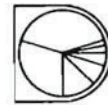


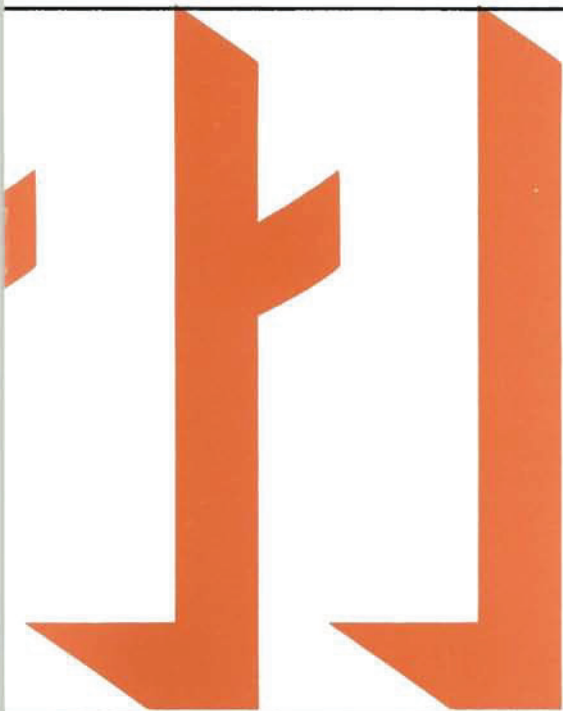
Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen



Statistische Rundschau

November 1986

für das Land
Nordrhein-
Westfalen



Kurznachrichten

■ **Der Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen von Mitte September bis Mitte Oktober 1986 um 0,2 % von 120,0 auf 119,7 Punkte zurückgegangen (Basis 1980 = 100); damit wurde der Vorjahresstand um 1,1 % (Oktober 1986/85) unterschritten. Die seit April d. J. mit negativem Vorzeichen versehene jährliche Preisveränderungsrate lag in den Monaten Juli bis September jeweils bei -0,7 % und hat nun einen neuen Tiefstand erreicht. — Die Indexveränderung im Oktober 1986/85 beträgt für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen -1,1 % (119,6 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen -0,8 % (120,6 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern -0,5 % (119,9 Punkte). — Für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte während der ersten zehn Monate dieses Jahres errechnet sich eine durchschnittliche Jahresveränderungsrate des Preisindex von -0,2 % (10 Monate 1985/84: +2,1 %).

■ Die deutliche Senkung der Gaspreise im Oktober hat die **Preisrelationen zwischen den Energieträgern erneut verschoben**: Heizöl ist in Nordrhein-Westfalen gegenüber Oktober 1985 um rd. 59 % und Gas um rd. 18 % billiger geworden. Fast unverändert blieben im letzten Jahr die Kohlepreise (+0,1 %). Strom dagegen verteuerte sich um 2,8 %. — Auch im Zehnjahresvergleich (1986/1976, jeweils Oktober) waren die Stromverbraucher von Preissteigerungen am stärksten betroffen (+71 %). Deutlich weniger verteuerten sich die traditionellen heimischen Energieträger Kohle (+64 %) und Gas (+50 %). Heizöl kostete dagegen nur 5,4 % mehr als im Oktober vor 10 Jahren.

■ **Die Preise für Eier und Molkereiprodukte** (einschl. Speisefetten) sind in den letzten fünf Jahren (September 1981 bis September 1986) in Nordrhein-Westfalen fast unverändert geblieben (+0,7 %). Sie haben sich damit dämpfend auf die Preisentwicklung der Nahrungsmittel insgesamt (+6,9 %) wie die der Gesamtlebenshaltung (+11,1 %) ausgewirkt. — Hierzu hat vor allem die Verbilligung von Eiern (-6,9 %), Butter (-6,1 %) und Trinkmilch (-3,9 %) beigetragen. Nur geringfügig gestiegen sind die Preise für Käse und Speiseöl (+3,8 % bzw. +4,9 %). Margarine hat sich dagegen im Fünfjahresabstand überdurchschnittlich verteuert (+16,3 %).

■ **Die Produktionstätigkeit** in Nordrhein-Westfalens Industrie und Handwerk lag im September 1986 um 4 % unter Vorjahresniveau. Der Rückgang betrug bei Grundstoffen -5 %, bei Investitionsgütern -3 %. Bei den Verbrauchsgütern sowie den Nahrungs- und Genussmitteln war das Produktionsniveau 2 % niedriger als im September 1985. Die Kohleförderung wurde um 11 % gedrosselt.

■ **Nordrhein-Westfalen importierte** in den ersten 8 Monaten 1986 **Waren aus Japan** im Wert von 5,48 Mrd. DM. Damit nimmt Japan in der Rangliste der wichtigsten Importländer Nordrhein-Westfalens bereits den sechsten Platz ein. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum stieg der Einfuhrwert um 1,2 Mrd. DM (+28,6 %) an. — Den Schwerpunkt der Importe bildeten Enderzeugnisse mit einem Anteil von 92,6 % (5,1 Mrd. DM) an der Gesamteinfuhr. Innerhalb dieser Warengruppe legten Kraftfahrzeuge (1,7 Mrd. DM; +49,7 %) und Maschinen (1,0 Mrd. DM; +64,1 %) überproportional zu. Besonders beachtenswert war hier der Zuwachs bei Büromaschinen (120,5 %) und Werkzeugmaschinen (+58,5 %). Elektrotechnische Erzeugnisse wurden für 1,4 Mrd. DM (+14,3 %) eingeführt.

■ **Nach Japan exportierte** die nordrhein-westfälische Wirtschaft von Januar bis August 1986 Waren im Werte von 937,6 Mill. DM. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum stieg der Exporterlös um 54 Mill. DM (+6,1 %). Am gesamten Exportvolumen Nordrhein-Westfalens haben die Ausfuhren nach Japan einen Anteil von 1,0 %. — Nahezu die Hälfte (45,2 %) der Gesamtexporte entfiel auf chemische Fertigerzeugnisse (423,6 Mill. DM), unter denen Kunststoffe (73,5 Mill. DM; +12 %) und pharmazeutische Produkte (87,8 Mill. DM; +12,7 %) deutliche Zuwächse erzielten. — Bedeutend war ferner der Export von Maschinen mit 215,6 Mill. DM (+7,4 %). Mit einem Plus von 29,5 % konnten Kraftfahrzeuge (39,1 Mill. DM) kräftig zulegen. — Leicht rückläufig war dagegen die Ausfuhr von Halbwaren, die mit 54,4 Mill. DM (-1,2 %) unter dem Vorjahresniveau blieb.

Statistische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

38. Jahrgang
November 1986

ISSN 0177 – 6363

Erscheinungsfolge: monatlich.
Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen.
Hauptschriftleiter: Dr. Walter Rauch, 4000 Düsseldorf 1.
Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann.
Jahresabonnement: 48,– DM,
Einzelheft: 5,– DM.
Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf 4 49 71,
sowie der Buchhandel.
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet.

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8611

Inhalt

- 747 Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987
- 760 Künftige Bevölkerungsentwicklung – „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“, Ergebnisse und Prognoserisiken –
- 770 Arbeitskosten im Handel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe 1984

Rundblick

- 779 Allgemeinbildende Schulen 1985/86
- 788 Zur Entwicklung der Mehrarbeit durch Überstunden
- 789 GmbH – Fluktuation

Tabellenteil

Zahlenspiegel

Zeichenerklärungen (nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Hinweis

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Zentrale Information und Beratung

Tel. (0211) 44 97 525

Die Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Vorbemerkung

Durch Anordnung des Bundespräsidenten vom 27. Juni 1986 (BGBl. I S. 945) ist der 25. Januar 1987 als Termin für die Wahl zum Elften Deutschen Bundestag festgelegt worden.

Bei 248 Wahlkreisen, in die das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland — ohne das Land Berlin — eingeteilt ist, sowie grundsätzlich 248 zu vergebenden Sitzen aus den Landeslisten der Parteien werden im Regelfall 496 Abgeordnete in den Bundestag gewählt. Hierzu kommen 22 Abgeordnete des Landes Berlin (mit begrenzter Stimm-berechtigung), die vom dortigen Abgeordnetenhaus gewählt werden.

Die 248 Wahlkreise verteilen sich auf die Bundesländer wie folgt:

	Wahlkreise	Wahlkreis-Nr.
Schleswig-Holstein	11	1 — 11
Hamburg	7	12 — 18
Niedersachsen	31	19 — 49
Bremen	3	50 — 52
Nordrhein-Westfalen	71	53 — 123
Hessen	22	124 — 145
Rheinland-Pfalz	16	146 — 161
Baden-Württemberg	37	162 — 198
Bayern	45	199 — 243
Saarland	5	244 — 248

71 Wahlkreise

In Nordrhein-Westfalen werden demnach in 71 Wahlkreisen Direktkandidaten für den Bundestag zur Wahl stehen. Bei einer seit der Bundestagswahl 1980 unveränderten Zahl und bei unveränderten Gebietsbezeichnungen der Wahlkreise sind infolge kleinerer kommunaler Grenzänderungen durch das Siebente Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. März 1985 (BGBl. I S. 524) u. a. in Nordrhein-Westfalen in 15 Wahlkreisen¹⁾ Grenzanpassungs-Änderungen erfolgt, die bei der Bundestagswahl 1987 zu berücksichtigen sind. Sie dürften den späteren Vergleich der Wahlergebnisse aber kaum beeinträchtigen.

Die nachstehenden Ausführungen sollen eine Übersicht über die wichtigsten wahlrechtlichen Bestimmungen und das Wahlsystem einschließlich der zwischenzeitlich erfolgten Neuerungen vermitteln und einen Rückblick auf die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen geben.

Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Bundestagswahl 1987 sind u. a.

- das Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. März 1985 (BGBl. I S. 521),
- die Bundeswahlordnung (BWO) vom 28. August 1985 (BGBl. I S. 1769).

Die für diese Wahl gültige Wahlkreiseinteilung ergibt sich aus der Anlage des Gesetzes vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149) und den dazu erfolgten Änderungen lt. Anlage des Gesetzes vom 8. März 1985 (BGBl. I S. 524).

Wichtigste allgemeine Rechtsgrundlage sind die Artikel 38 und 39 des Grundgesetzes (GG). Danach werden die Abgeordneten in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt (Art. 38 GG). Die Wahlperiode beträgt in der Regel vier Jahre (Art. 39 GG).

1) Wahlkreis-Nr. 69, 70, 73, 74, 87, 88, 89, 90, 93, 95, 101, 102, 103, 120, 121

Durch das o. a. Siebente Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. März 1985 (BGBl. I S. 521) ist hinsichtlich des aktiven Wahlrechts die Wahlberechtigung über den bisherigen Kreis der Berechtigten hinaus auf weitere Gruppen von Deutschen, die im Wahlgebiet keine Wohnung haben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten (sogen. „Auslandsdeutsche“), erweitert worden. Bislang waren Deutsche ohne Wohnung oder gewöhnlichen Aufenthalt im Wahlgebiet nur in den wenigen Ausnahmefällen wahlberechtigt, in denen sie z. B. als Beamte, Soldaten, Angestellte oder Arbeiter sowie als Angehörige ihres Hausstandes im öffentlichen Dienst standen und auf Anordnung ihres Dienstherrn ihre Wohnung oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland genommen hatten. Nunmehr sind auch diejenigen Auslandsdeutschen wahlberechtigt – sofern die übrigen Voraussetzungen zur Ausübung des Wahlrechts²⁾ vorliegen –, die am Wahltag entweder in den Gebieten der (20) übrigen Mitgliedstaaten des Europarates³⁾ (sog. „Europafälle“) oder nicht länger als 10 Jahre in einem anderen Staat (sog. „Fristfälle“) leben, sofern sie vor ihrem Wegzug mindestens 3 Monate im Wahlgebiet gewohnt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben. Für die „Europafälle“ ist eine weitere Voraussetzung, daß sie das Wahlgebiet erst nach dem 23. Mai 1949, dem Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes, verlassen haben.

Nach einer Schätzung des Bundesinnenministers wird sich der unter diese Neuregelung fallende Personenkreis im gesamten Bundesgebiet auf etwa 500 000 belaufen, von denen 320 000 als „Europafälle“ und 180 000 als „Fristfälle“ wahlberechtigt werden.

Wahlsystem, Sitzverteilung

Mehrheitswahl bei Direkt-,
Verhältnisswahl bei
Listenmandaten

In dem unverändert bestehenden Mischsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahl wird die Hälfte der Abgeordneten in Wahlkreisen mit einfacher Mehrheit (je Wahlkreis ein Direktmandat), die andere Hälfte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus den Landeslisten der Parteien (Listenmandate) gewählt.

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen: Mit der Erststimme wählt er einen Wahlkreisbewerber, mit der Zweitstimme, die von dem Votum der Erststimme abweichen kann, entscheidet er sich für die Landesliste einer Partei. An die Auswahl und Reihenfolge der Listenkandidaten ist der Wähler gebunden.

Neues Berechnungsverfahren
für die Sitzverteilung

Für die Berechnung der Sitzverteilung im Deutschen Bundestag sind die Zweitstimmen von entscheidender Bedeutung. Während die Verteilung bei den bisherigen Bundestagswahlen unter Anwendung des sogen. Höchstzahlverfahrens d'Hondt vorgenommen wurde, wird bei der Bundestagswahl 1987 auf Grund des o. a. Änderungsgesetzes vom 8. März 1985 erstmals das Verfahren der mathematischen Proportion angewandt. Im einzelnen gilt folgendes:

Bei der auf Bundesebene erfolgenden Zusammenzählung der für jede Landesliste abgegebenen gültigen Zweitstimmen bleiben Parteien unberücksichtigt, die im Wahlgebiet weniger als 5 % der gültigen Zweitstimmen errungen oder nicht mindestens drei Direktmandate erzielt haben. Ausgenommen von dieser Einschränkung sind Parteien nationaler Minderheiten. Für den unwahrscheinlichen Fall, daß ein parteiloser Bewerber oder der Bewerber einer Partei, für die keine Landesliste zugelassen ist, gewählt wird, sind die Zweitstimmen der Wähler, die ihre Erststimme einem solchen Bewerber gegeben haben, ebenfalls nicht zu berücksichtigen. Die von diesen Bewerbern errungenen Sitze werden von der Gesamtzahl der Abgeordnetensitze abgerechnet.

Auf der Grundlage der (bereinigten) Gesamtzahl der gültigen Zweitstimmen werden die auf die einzelnen Listen entfallenden Sitzzahlen wie folgt berechnet:

$$\text{Sitzzahl einer Partei} = \frac{\text{Zweitstimmen der Partei} \times \text{Gesamtsitzzahl}}{(\text{bereinigte}) \text{ Gesamtzahl der Zweitstimmen}}$$

Jede Partei (Liste) erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Danach noch zu vergebende Sitze werden den Parteien in der Reihenfolge der höch-

2) Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG, Vollendung des 18. Lebensjahres

3) Außer der Bundesrepublik Deutschland sind Mitglieder des Europarates: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich und Zypern.

sten (ungerundeten) Zahlenbruchteile dieser Berechnung zugeteilt. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los. Von den so ermittelten Sitzzahlen der Parteien werden die jeweils errungenen Wahlkreissitze (Direktmandate) abgerechnet. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn es mehr sind, als dieser Partei nach der o. a. Berechnung zustehen. Die Gesamtzahl der Sitze erhöht sich also nur um die Zahl der Mehrsitze (Überhangmandate). Ein Ausgleich durch „Aufstockung“ findet nicht statt.

Voraussichtliche Zahl der Wahlberechtigten

Zur nächsten Bundestagswahl werden in Nordrhein-Westfalen etwa 12,6 Mill. Personen wahlberechtigt sein, davon 5,8 Mill. Männer (46,0 %) und 6,8 Mill. Frauen (54,0 %).

Etwa 12,6 Mill. Wahlberechtigte

Etwa eine Mill. Wähler werden zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teilnehmen, während ca. 174 000 Wähler, die seit der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (12. Mai 1985) wahlberechtigt wurden, zum ersten Mal überhaupt zur Wahlurne gehen können.

Wahlbewerber, Wahlbeteiligung

Bei der letzten Bundestagswahl am 6. 3. 1983 hatten sich in Nordrhein-Westfalen die folgenden neun Parteien mit ihren Landeslisten zur Wahl durch die Zweitstimme gestellt und zugleich (ausgenommen die KPD) durch die Aufstellung von Direktbewerbern in den Wahlkreisen um die Erststimmen der Wähler geworben:

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
GRÜNE	DIE GRÜNEN
EAP	Europäische Arbeiterpartei
KPD	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
USD	Unabhängige Soziale Demokraten

Hinzu kamen in drei Wahlkreisen je ein Einzelbewerber. Insgesamt bewarben sich in Nordrhein-Westfalen 596 Personen in 789 Kandidaturen (193 Doppelbewerbungen in Wahlkreisen **und** auf Landeslisten) um ein Bundestagsmandat. Von ihnen kamen 146 zum Zuge, und zwar 71 als erfolgreiche Wahlkreisbewerber und 75 über die Listenplätze der Parteien.

Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen 1972 – 1983							
Bundes- tagswahl	Kandidaturen				Kandidaten		
	im Wahl- kreis	auf der Landes- liste	ins- gesamt	darunter Doppel- kandi- daturen	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
1972	372	457	829	187	642	575	67
1976	462	592	1 054	242	812	699	113
1980	447	405	852	213	639	529	110
1983	392	397	789	193	596	487	109

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen ist erfahrungsgemäß bedeutend höher als bei Landtags-, Kommunal- oder Europawahlen. So betrugen z. B. in Nordrhein-Westfalen die Vergleichswerte bei der jeweils letzten

Bundestagswahl	am 6. 3. 1983 :	89,5 %	(5. 10. 1980 : 89,0 %)
Europawahl	am 17. 6. 1984 :	59,4 %	(10. 6. 1979 : 67,4 %)
Kommunalwahl ⁴⁾	am 30. 9. 1984 :	65,8 %	(30. 9. 1979 : 69,9 %)
Landtagswahl	am 12. 5. 1985 :	75,2 %	(11. 5. 1980 : 80,0 %)

4) in Kreisen und kreisfreien Städten

Wahlbeteiligung über dem Bundesdurchschnitt

Bei allen Bundestagswahlen der Nachkriegszeit erzielte Nordrhein-Westfalen über dem Bundesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligungsquoten. Über dem bei der letzten Bundestagswahl erzielten Durchschnittswert (89,1 %) lagen – außer in Nordrhein-Westfalen (89,5 %) – die entsprechenden Vergleichswerte in Schleswig-Holstein (89,2 %), Niedersachsen (89,6 %), Hessen (90,2 %), Rheinland-Pfalz (90,4 %) und im Saarland (90,6 %).

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1949 – 1983		
Bundestagswahl	Nordrhein-Westfalen	Bundesgebiet (ohne Berlin)
	%	
1949	79,2	78,5
1953	86,0	85,8
1957	88,5	87,8
1961	88,4	87,7
1965	87,6	86,8
1969	87,3	86,7
1972	91,8	91,1
1976	91,3	90,7
1980	89,0	88,6
1983	89,5	89,1

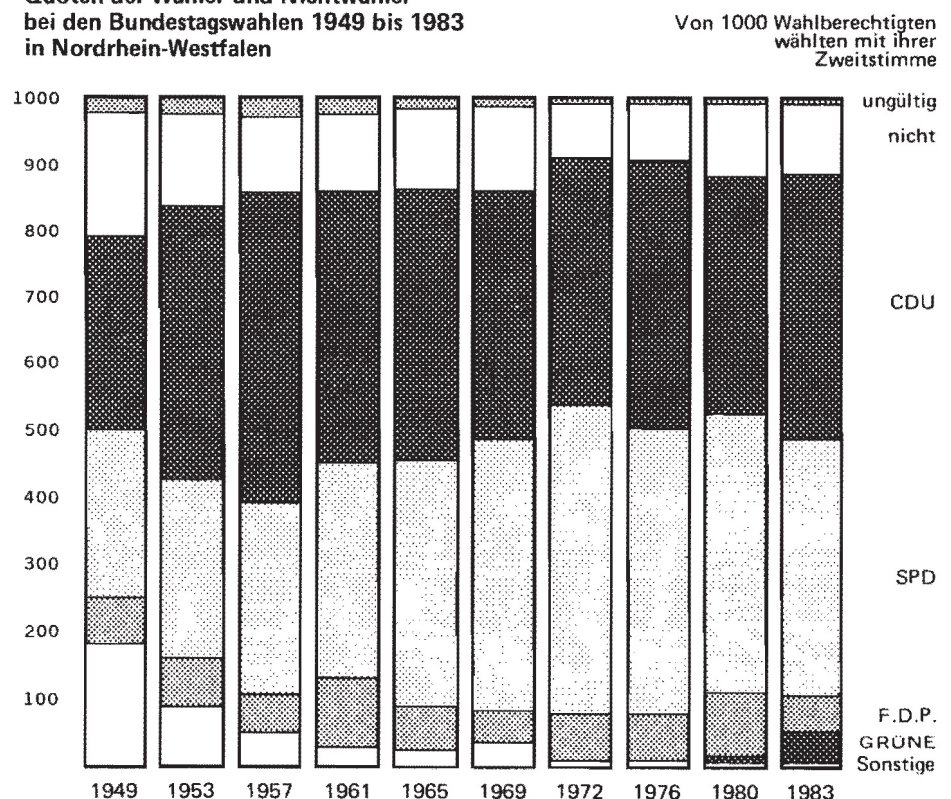
Die mit der Zahl der Wähler korrespondierende Zahl der Nichtwähler hatte bei sämtlichen Bundestagswahlen der Nachkriegszeit eine Größenordnung, die sie – in der Rangfolge nach den beiden „großen“ Parteien im Bund und in den Ländern – gewissermaßen in die Rolle der drittstärksten „Partei“ versetzten.

Wahlenthaltung bei Bundestagswahlen am geringsten

Die auf 1 000 Wahlberechtigte berechnete Nichtwähler-Quote war bei den ersten beiden Bundestagswahlen besonders hoch (1949: 188, 1953: 140) und bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 auffallend niedrig (82 bzw. 87). Nach einem kräftigen Wiederanstieg bei der Bundestagswahl 1980 (110) war zuletzt wieder eine rückläufige Bewegung festzustellen (1983: 105).

Anders als die ständigem Wechsel unterliegende Nichtwählerquote ist die – ebenfalls auf 1 000 Wahlberechtigte bezogene – Quote der ungültig Wählenden über einen Zeitraum von vier Wahlperioden hinweg auf einem nahezu unverändert niedrigen Niveau geblieben (6). Die z. Z. minimale Ungültigkeitsquote der Nachkriegszeit, die

Quoten der Wähler und Nichtwähler bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1983 in Nordrhein-Westfalen



Quoten der Wähler und Nichtwähler bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1983							
Bundes- tagswahl	Von 1 000 Wahlberechtigten wählten						
	nicht	ungültig ¹⁾	CDU ¹⁾	SPD ¹⁾	F.D.P. ¹⁾	GRÜNE ¹⁾	Sonstige ¹⁾
1949	188	22	292	248	68	—	182
1953	140	25	408	266	71	—	89
1957	115	29	465	286	54	—	50
1961	116	25	409	320	101	—	29
1965	124	15	406	367	65	—	24
1969	127	13	375	403	47	—	36
1972	82	6	374	459	71	—	7
1976	87	6	404	425	71	—	7
1980	110	7	358	413	96	11	4
1983	105	6	401	380	57	46	4

1) Zweitstimmen; bei der Bundestagswahl 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

nur noch rd. ein Fünftel ihres bei der Bundestagswahl 1957 erreichten maximalen Vergleichswertes (29) ausmacht, dürfte sicher auch eine Folge der vielseitigen und ständigen Bemühungen sein, die wahlberechtigte Bevölkerung zu einer formal korrekten Stimmabgabe zu veranlassen und die Stimmzettelvordrucke möglichst übersichtlich zu gestalten.

Wahlergebnisse

In den ersten fünf Legislaturperioden des Deutschen Bundestages war die CDU die erfolgreichste Partei im Land. Bei der Wahl im Jahre 1957 erreichte sie mit 54,4 % der gültigen Zweitstimmen zum ersten und bislang einzigen Mal die absolute Mehrheit. In der Folgezeit verringerte sich ihr Stimmenanteil kontinuierlich bis auf 41,0 % bei der Bundestagswahl 1972. Nach einem anschließenden Auf und Ab in der Wählergunst (1976: 44,5 %, 1980: 40,6 %) konnte sie bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 nach der zwischenzeitlich erfolgten Übernahme der Regierungsverantwortung in Bonn ihren Stimmenanteil wieder deutlich verbessern (1983: 45,2 %).

1983: Gewinne für CDU und GRÜNE, Verluste für SPD und F.D.P.

Die SPD, die über einen Zeitraum von fast sechs Wahlperioden hinweg stets die Nummer zwei in der Rangfolge war, konnte während dieser Zeit ihren Zweitstimmenanteil von Wahl zu Wahl verbessern, bis sie bei der Bundestagswahl 1972 – der ersten Wahl nach Bildung der sozial-liberalen Koalition – zum ersten und bislang einzigen Mal mit 50,4 % der Zweitstimmen knapp die absolute Mehrheit erreichte. Bei den folgenden Bundestagswahlen war ihr Stimmenanteil wieder rückläufig; mit 42,8 % bei der letzten Bundestagswahl erreichte die SPD fast den bei der Bundestagswahl 1965 erzielten Ergebniswert (42,6 %).

Die F.D.P. erreichte bei der Bundestagswahl 1961 mit einem Zweitstimmenanteil von 11,8 % ihren größten Wahlerfolg; ein „zweistelliges“ Ergebnis erzielte sie nur noch bei der Bundestagswahl 1980. Der nach dem Koalitionswechsel eingetretene starke Einbruch in der Wählergunst (1983: 6,4 %) wurde nur durch die noch schlechteren Ergebnisse bei den Bundestagswahlen 1957 und 1969 (6,3 % bzw. 5,4 %) übertroffen.

Eine Besonderheit der letzten Bundestagswahl war der Wahlerfolg der GRÜNEN, denen es – neben den „traditionellen“ Bundestagsparteien CDU/CSU, SPD und F.D.P. – gelang, durch die Überwindung der Sperrklausel auf Bundesebene (5,6 %) 27 eigene Vertreter in das Bundesparlament zu entsenden. Aufgrund des in Nordrhein-Westfalen erzielten Zweitstimmenergebnisses dieser Partei (5,2 %) konnten über deren Landesliste 8 Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen in den Bundestag einziehen. Außer den genannten „traditionellen“ Bundestagsparteien war es zuletzt bei der Bundestagswahl 1957 einer weiteren Partei, der Deutschen Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei) – DP –, gelungen, 17 Abgeordnete, darunter 2 aus Nordrhein-Westfalen, in den Deutschen Bundestag zu entsenden.

Tabellenteil: 1

Außer in Nordrhein-Westfalen war die CDU bei der Bundestagswahl 1983 in allen Bundesländern (die CSU in Bayern), ausgenommen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen, stärkste Partei. In Baden-Württemberg erzielte sie mit 52,6 %, in Bayern die CSU mit 59,5 %, die absolute Mehrheit der Zweitstimmen. Die SPD erreichte ihr bestes Wahlergebnis in Bremen (48,7 %), ihr schlechtestes demgegenüber in Bayern (28,9 %).

Bei der F.D.P. schwankten die Zweitstimmenergebnisse in den Ländern zwischen 9,0 % in Baden-Württemberg und 6,0 % im Saarland, bei den GRÜNEN zwischen 9,7 % in Bremen und 4,5 % in Rheinland-Pfalz.

Gemessen am jeweiligen Bundesergebnis der einzelnen Parteien (Zweitstimmen), erzielten bei der letzten Bundestagswahl überdurchschnittliche Länderergebnisse:

die CDU/CSU in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und in Bayern (CSU),
 die SPD in allen Bundesländern außer Baden-Württemberg und in Bayern,
 die F.D.P. in Hessen und Baden-Württemberg,
 die GRÜNEN in Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen und in Baden-Württemberg

Länderergebnisse – Zweitstimmen – der Bundestagswahlen 1980 und 1983										
Land	Wahljahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung %	Gültige Zweitstimmen	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfielen auf				
						CDU ¹⁾	SPD	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige
Schleswig-Holstein	1980	1 928 108	1 716 553	89,0	1 703 917	38,9	46,7	12,7	1,4	0,4
	1983	1 975 075	1 761 269	89,2	1 748 119	46,5	41,7	6,3	5,2	0,3
Hamburg	1980	1 253 335	1 113 199	88,8	1 106 468	31,2	51,7	14,1	2,3	0,8
	1983	1 246 089	1 105 844	88,7	1 100 867	37,6	47,4	6,3	8,2	0,6
Niedersachsen	1980	5 363 576	4 790 833	89,3	4 755 142	39,8	46,9	11,3	1,6	0,4
	1983	5 480 450	4 909 061	89,6	4 874 836	45,6	41,3	6,9	5,7	0,4
Bremen	1980	523 161	459 208	87,8	455 456	28,8	52,5	15,1	2,7	1,0
	1983	523 260	462 122	88,3	457 684	34,2	48,7	6,5	9,7	0,8
Nordrhein-Westfalen	1980	12 374 314	11 008 682	89,0	10 919 449	40,6	46,8	10,9	1,2	0,5
	1983	12 576 604	11 254 374	89,5	11 176 337	45,2	42,8	6,4	5,2	0,4
Hessen	1980	4 001 747	3 598 071	89,9	3 565 162	40,6	46,4	10,6	1,8	0,5
	1983	4 071 991	3 673 072	90,2	3 641 509	44,3	41,6	7,6	6,0	0,5
Rheinland-Pfalz	1980	2 759 777	2 480 763	89,9	2 451 560	45,6	42,8	9,8	1,4	0,5
	1983	2 816 609	2 546 266	90,4	2 501 671	49,6	38,4	7,0	4,5	0,5
Baden-Württemberg	1980	6 370 535	5 518 062	86,6	5 454 040	48,5	37,2	12,0	1,8	0,4
	1983	6 544 795	5 785 570	88,4	5 722 585	52,6	31,1	9,0	6,8	0,5
Bayern	1980	7 827 420	6 854 780	87,6	6 786 365	57,6	32,7	7,8	1,3	0,5
	1983	8 012 989	7 020 065	87,6	6 964 891	59,5	28,9	6,2	4,7	0,8
Saarland	1980	829 768	752 025	90,6	741 422	42,3	48,3	7,8	1,1	0,6
	1983	841 073	761 886	90,6	752 188	44,8	43,8	6,0	4,8	0,7
Bundesgebiet ohne Berlin (West)	1980	43 231 741	38 292 176	88,6	37 938 981	44,5	42,9	10,6	1,5	0,5
	1983	44 088 935	39 279 529	89,1	38 940 687	48,8	38,2	7,0	5,6	0,5

1) in Bayern: CSU

Die Erststimmen-Anteile lagen bei den beiden großen Bundestagsparteien deutlich über dem jeweiligen Zweitstimmen-Ergebnis (CDU um 3,1, SPD um 2,2 Punkte), während sie bei den beiden kleineren Parteien ebenso deutlich darunter blieben (F.D.P. um 4,0, GRÜNE um 1,3 Punkte).

1983: 39 Wahlkreise an die CDU,
 32 an die SPD

Die CDU errang 48,3 % aller Erststimmen des Landes (1980: 42,1 %), mit denen sie in 39 Wahlkreisen (1980: in 27) die Mehrheit errang. Demgegenüber gelang es der SPD mit einem Erststimmenanteil von 45,0 % (1980: 48,5 %) in 32 Wahlkreisen (1980: in 44) die meisten Stimmen zu gewinnen.

Gewonnene Wahlkreise bei den Bundestagswahlen 1976 – 1983				
Partei/Art der Mehrheit		1976	1980	1983
CDU	absolute Mehrheit	20	13	29
	relative Mehrheit	8	14	10
	Zusammen	28	27	39
SPD	absolute Mehrheit	28	33	22
	relative Mehrheit	17	11	10
	Zusammen	45	44	32
Insgesamt		73	71	71

Wahlkreise mit schwacher bzw. starker Erststimmenmehrheit bei der Bundestagswahl 1983			
Schwache Mehrheit		Starke Mehrheit	
Wahlkreis	Erststimmen-Anteil % ¹⁾	Wahlkreis	Erststimmen-Anteil % ¹⁾
CDU			
90 Essen III	46,2 (45,9)	81 Kleve	60,2 (33,3)
105 Lippe I	46,3 (45,9)	65 Rhein-Sieg-Kreis II	61,0 (30,9)
102 Bielefeld	46,6 (44,1)	121 Olpe-Siegen II	61,1 (33,9)
103 Herford	46,7 (46,4)	55 Heinsberg	62,8 (31,8)
123 Märkischer Kreis II	47,0 (46,6)	119 Hochsauerlandkreis	62,9 (31,2)
71 Solingen-Remscheid	47,2 (45,6)	97 Coesfeld-Steinfurt I	65,5 (28,2)
		96 Borken	67,3 (27,9)
		107 Paderborn	69,0 (24,3)
SPD			
69 Wuppertal I	45,8 (44,4)	93 Gelsenkirchen I	60,2 (33,8)
104 Minden-Lübbecke	47,8 (45,4)	114 Dortmund II	60,8 (33,8)
68 Leverkusen-Rhein.-Berg. Kr. II	47,9 (44,9)	112 Herne	61,0 (33,8)
117 Hamm-Unna II	48,2 (46,2)	85 Duisburg I	62,7 (32,4)
57 Erftkreis I	48,3 (47,2)	89 Essen II	63,4 (31,9)
59 Köln I	48,9 (42,3)		

1) () = Erststimmenanteil für die Partei des Erstunterlegenen (CDU bzw. SPD)

Unter den Wahlkreisen mit absoluten Mehrheitsverhältnissen (CDU: 29, SPD: 22) ragten bei der CDU die Wahlkreise 96 Borken (67,3 %) und 107 Paderborn (69,0 %), bei der SPD die Wahlkreise 85 Duisburg I (62,7 %) und 89 Essen II (63,4 %) in besonders starkem Maße heraus.

Generell ist festzustellen, daß die CDU in allen 71 Bundestagswahlkreisen des Landes gegenüber der Bundestagswahl 1980 mehr oder weniger starke Erststimmen-Gewinne erzielen konnte. Die Skala der Zuwächse lag zwischen +3,7 Prozentpunkten im Wahlkreis 93 Gelsenkirchen I und +8,8 Prozentpunkten im Wahlkreis 120 Siegen I. Der SPD gelang demgegenüber nur in einem einzigen Wahlkreis – 69 Wuppertal I – ein leichter Gewinn an Erststimmen (+0,7 Prozentpunkte). In allen übrigen Wahlkreisen

Erststimmengewinne der CDU in 71 (allen), Verluste der SPD in 70 Wahlkreisen

Wechsel der Erststimmenmehrheiten bei der Bundestagswahl 1983 gegenüber der Bundestagswahl 1980					
Wahlkreis	BTW	Partei des		Stimmen- anteil des Ge- winners	Stimmen- vorsprung des Ge- winners
		Gewinners	Erstunter- legenen		
				%	Anzahl
54 Kreis Aachen	1980	SPD	CDU	49,3	11 041
	1983	CDU	SPD	49,6	8 017
60 Köln II	1980	SPD	CDU	44,0	103
	1983	CDU	SPD	50,2	10 799
71 Solingen-Remscheid	1980	SPD	CDU	49,5	18 508
	1983	CDU	SPD	47,2	2 836
72 Mettmann I	1980	SPD	CDU	49,4	13 377
	1983	CDU	SPD	49,1	7 280
73 Mettmann II	1980	SPD	CDU	48,3	7 221
	1983	CDU	SPD	49,6	7 895
79 Krefeld	1980	SPD	CDU	46,9	3 383
	1983	CDU	SPD	50,5	10 325
90 Essen III	1980	SPD	CDU	49,1	14 982
	1983	CDU	SPD	46,2	526
102 Bielefeld	1980	SPD	CDU	48,7	18 946
	1983	CDU	SPD	46,6	5 194
103 Herford	1980	SPD	CDU	52,1	21 283
	1983	CDU	SPD	46,7	502
105 Lippe I	1980	SPD	CDU	49,8	15 405
	1983	CDU	SPD	46,3	598
120 Siegen I	1980	SPD	CDU	49,5	11 128
	1983	CDU	SPD	50,6	11 160
123 Märkischer Kreis II	1980	SPD	CDU	51,0	16 224
	1983	CDU	SPD	47,0	603

mußte sie Verluste hinnehmen, die sich in der Spanne zwischen $-0,5$ Prozentpunkten im Wahlkreis 74 Düsseldorf I und $-6,5$ Prozentpunkten im Wahlkreis 120 Siegen I bewegten.

12 Wahlkreise von der SPD zur CDU

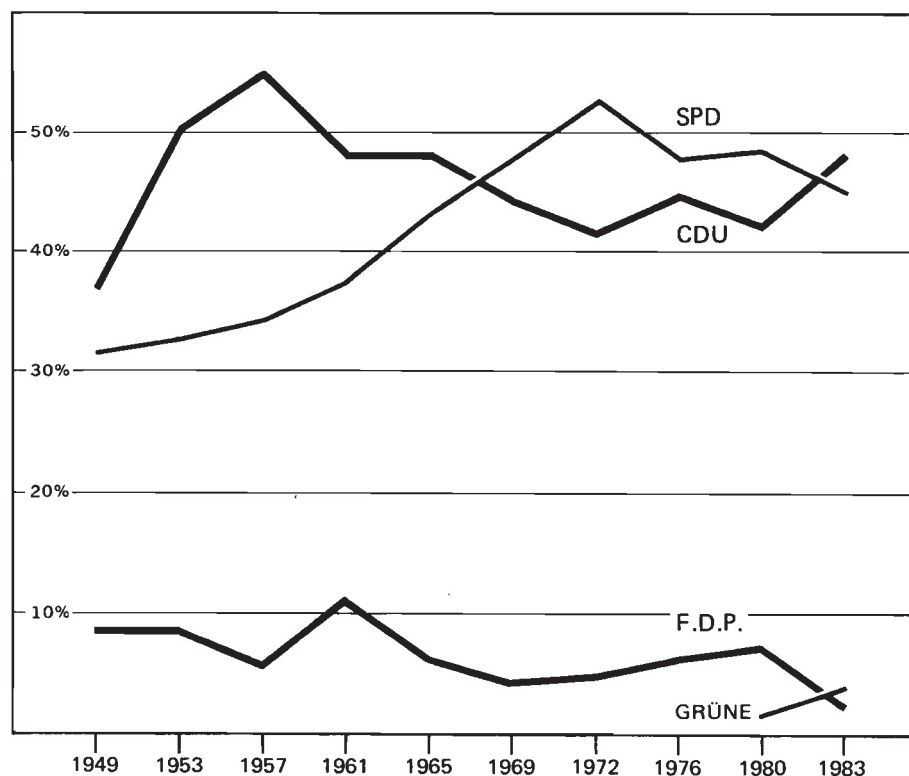
Dieser für die SPD durchweg negative Stimmertrend hat dazu geführt, daß es gegenüber der Bundestagswahl 1980 in insgesamt 12 Wahlkreisen einen Wechsel der Erststimmenmehrheit von der SPD zur CDU gegeben hat, während der umgekehrte Fall nicht eingetreten ist. In 4 Wahlkreisen gelang dieser Wechsel nur sehr knapp. So betrug der Stimmenvorsprung des jeweiligen CDU-Kandidaten im Wahlkreis 123 Märkischer Kreis II $+603$, im Wahlkreis 105 Lippe I $+598$, im Wahlkreis 90 Essen III $+526$ und im Wahlkreis 103 Herford sogar nur $+502$ Erststimmen.

Stimmensplitting

Mehr Erst- als Zweitstimmen für CDU und SPD

Das seit der Bundestagswahl 1953 mögliche „Splitting“ der Stimmabgabe in Erst- und Zweitstimmen ist seither von den Wählern in recht unterschiedlicher Weise genutzt worden. Generell ist festzustellen, daß die beiden größeren, für Wahlkreisbewerber chancenreichen Parteien regelmäßig mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten haben, allerdings in unterschiedlichem Maße: während z. B. vom Wahljahr 1953 bis zum Wahljahr 1965 der Erststimmen-Überhang (= mehr Erst- als Zweitstimmen) bei der damaligen Regierungspartei CDU regelmäßig größer als bei der SPD war, kehrte sich diese Tendenz in der Zeit zwischen den Wahljahren 1969 und 1980 um. So erzielte z. B. die SPD während ihrer Regierungsverantwortung im Wahljahr 1972 den bis dahin mit Abstand höchsten Erststimmenüberhang ($+234\ 000$) vor der CDU ($+33\ 000$). Bei der Bundestagswahl 1983 ergab sich für die CDU erneut gegenüber der SPD und auch im Vergleich aller Bundestagswahlen seit 1953 der höchste Erststimmen-Überhang (CDU $+339\ 000$, SPD $+235\ 000$). Die wechselhafte Entwicklung zeigt, daß jeweils die in der Regierungsverantwortung stehende größere Partei am stärksten davon profitiert hat, daß viele Anhänger der kleineren Parteien ihre Erststimme den wirklich aussichtsreichen Wahlkreiskandidaten geben. Daß diese realistische Einschätzung der Erfolgchancen auf der Wahlkreisebene auch der in der Opposition stehenden größeren Partei entgegengebracht wird, zeigt die Tatsache, daß sich auch bei der SPD der Erststimmen-Überhang (1983: $+235\ 000$; 1980: $+170\ 000$) deutlich verstärkt hat.

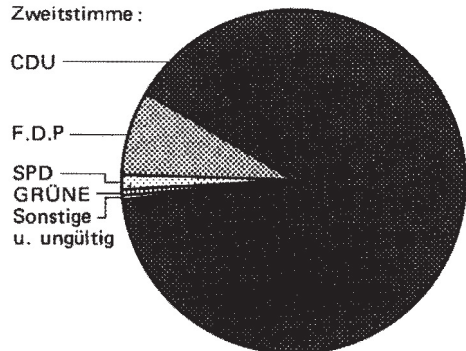
Stimmenanteile (Zweitstimmen¹) bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1983 in Nordrhein-Westfalen



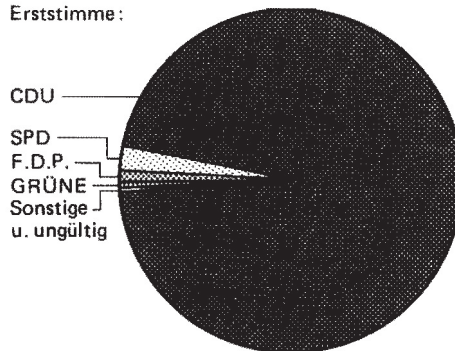
1) Bei der Bundestagswahl 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Stimmenkombinationen bei der Bundestagswahl 1983 in Nordrhein-Westfalen

Von den Wählern, die ihre
Erststimme der **CDU** gaben,
wählten mit der
Zweitstimme:

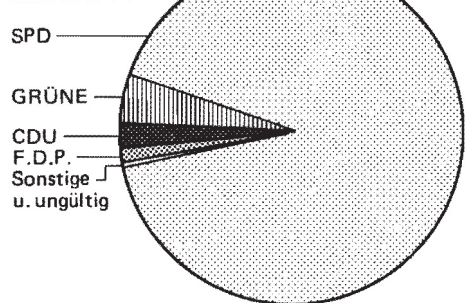


Von den Wählern, die ihre
Zweitstimme der **CDU** gaben,
wählten mit der
Erststimme:



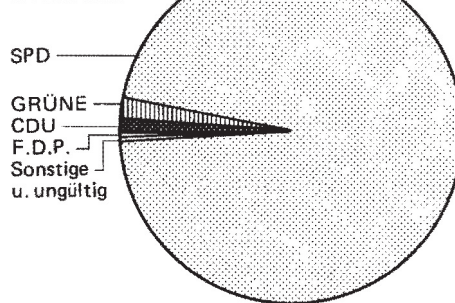
Erststimme **SPD**

Zweitstimme:



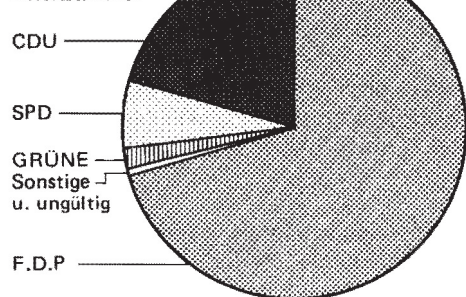
Zweitstimme **SPD**

Erststimme:



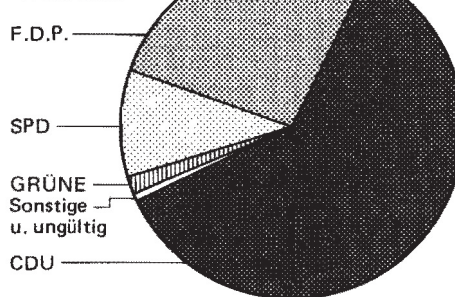
Erststimme **F.D.P.**

Zweitstimme:



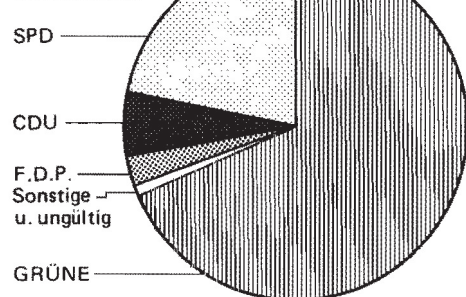
Zweitstimme **F.D.P.**

Erststimme:



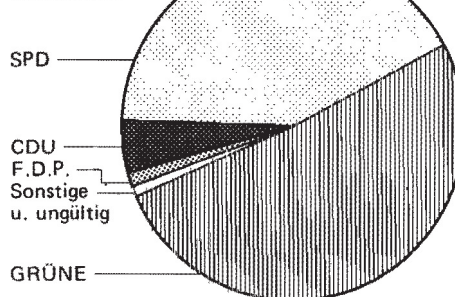
Erststimme **GRÜNE**

Zweitstimme:



Zweitstimme **GRÜNE**

Erststimme:



Erststimmen-Überhang in 1 000		Zweitstimmen-Überhang in 1 000		
CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige
339	235	443	145	7
Summe	574		595	
Restsaldo			21	

Die Feststellung, daß der Restsaldo „Zweitstimmen-Überhang“ seit der Bundestagswahl 1969 (96 000) von Wahl zu Wahl kleiner geworden ist (1983: 21 000), dürfte deutlich machen, daß offenbar immer mehr Wähler — vor allem Anhänger der kleineren Parteien — erkannt haben, daß auch der Erststimme als einem tragenden Element des für Bundestagswahlen geltenden Mischsystems aus Mehrheitswahl (Erststimmen) und Verhältniswahl (Zweitstimmen) wegen ihres stärkeren Personenbezuges bei der Direktwahl von Kandidaten erhebliche Bedeutung zukommt.

Differenzierte Aussagen über Erst- und Zweitstimmen-Kombinationen haben die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik über das Wahlverhalten der Wähler — gegliedert nach Geschlecht und fünf Altersgruppen — ergeben.

Neigung zum Stimmensplitting gewachsen

Wie die Ergebnisauswertung mehrerer Bundestagswahlen zeigt, ist die Neigung der Wähler zum sogen. „Stimmensplitting“ seit der Bundestagswahl 1976 größer geworden:

	Anteil der Wähler mit Stimmensplitting %
Bundestagswahl 1976	6,6 %
Bundestagswahl 1980	10,8 %
Bundestagswahl 1983	10,9 %

In diesem Zusammenhang war bei Männern der Anteil derer, die das Stimmensplitting genutzt haben (1983: 11,8 %, 1980: 10,9 %), größer als bei den Frauen (1983: 10,2 %, 1980: 10,7 %). Während bei den Männern gegenüber der Bundestagswahl 1980 dieser Prozentanteil gestiegen war, war er bei den Frauen rückläufig.

Übereinstimmung bei CDU und SPD am größten

Für die beiden großen Parteien CDU und SPD, auf die regelmäßig alle Direktmandate entfielen, war — ebenso wie bei früheren Bundestagswahlen — eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den jeweiligen Zahlen der auf sie entfallenen Erst- und Zweitstimmen festzustellen: Bei der CDU übertraf die Zahl der Erststimmen die der Zweitstimmen um 6,7 % (1980: 3,5 %), bei der SPD betrug der entsprechende Wert 4,9 % (1980: 3,3 %). Demgegenüber erhielten die F.D.P. 162,4 % (1980: 49,3 %) und die GRÜNEN 33,4 % mehr Zweitstimmen als Erststimmen. Bei der Bundestagswahl 1980 hatten die GRÜNEN noch 37,4 % mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten.

Über das Maß an Übereinstimmung bzw. Nichtübereinstimmung bei der zweifachen Stimmabgabe geben Kombinationstabellen in Matrixform Aufschluß, in denen für jede mögliche Stimmenkombination ein gesondertes Tabellenfeld vorgegeben ist.

Bei der aus Vergleichsgründen notwendigen Verwendung von Relativzahlen ergibt sich eine unterschiedliche Betrachtungsweise, je nachdem, ob man die Erststimmen oder die Zweitstimmen als Beobachtungsbasis heranzieht.

Gemessen an der Zahl der Erststimmen (Erststimmen = 100), war bei den CDU-Wählern der Grad der Übereinstimmung zwischen Erst- und Zweitstimmen mit 89,8 % deutlich niedriger als bei der Bundestagswahl 1980 (94,0 %). Für die SPD zeigte sich dagegen mit 91,7 % ein stärkeres Maß an Übereinstimmung (1980: 90,1 %); die entsprechenden Vergleichswerte für die F.D.P. lauteten 70,6 % (1980: 72,3 %) und für die GRÜNEN 68,4 % (1980: 48,8 %). Von den Wählern mit Erststimmenvotum für die CDU gaben 8,1 % ihre Zweitstimme der F.D.P. (1980: 3,5 %) und trugen damit offensichtlich der neuen Regierungskoalition Rechnung. Demgegenüber gaben nur noch 1,4 % (1980: 8,3 %) der Wähler, die sich mit ihrer Erststimme für die SPD entschieden, ihre zweite Stimme dem früheren Koalitionspartner, während immerhin 4,5 % (1980: 0,4 %) für die GRÜNEN abgegeben wurden.

Gemessen an der Zahl der Zweitstimmen (Zweitstimmen = 100), die für die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag maßgebend sind, betrug das Maß der Übereinstimmung zwischen Zweit- und Erststimmabgabe bei der CDU 95,8 % (1980: 97,3 %) und bei der SPD 96,0 % (1980: 93,3 %).

Hinter dem bei dieser Bemessungsgrundlage sehr hohen Grad an Übereinstimmung gerade bei den beiden größeren Parteien steht die Erfahrung, daß die Zweitstimmenwähler dieser Parteien eine sehr viel stärkere Geschlossenheit in der Stimmabgabe zeigen, als dies bei den Wählern kleinerer Parteien – verständlicherweise – der Fall ist. Ausgehend von der Erkenntnis, daß es den kleineren Parteien erfahrungsgemäß nicht gelingt, für einen ihrer Wahlkreiskandidaten ein Direktmandat zu erringen, sehen sich viele Anhänger dieser kleineren Parteien veranlaßt, mit ihrer Zweitstimme der Partei über die 5 %-Hürde hinweg den Einzug in den Bundestag zu ermöglichen, gleichzeitig aber ihre Erststimme dem Kandidaten einer der beiden größeren Parteien zu geben, die die Chance haben, ein Direktmandat zu gewinnen.

Unter diesem Aspekt entschieden sich z. B. von den F.D.P.-Zweitstimmenwählern 60,8 % dazu, einem CDU-Wahlkreiskandidaten ihre Erststimme zu geben (1980: 12,8 %). Weitere 10,2 % votierten für einen SPD-Kandidaten (1980: 36,8 %). Der Anteil derjenigen F.D.P.-Zweitstimmenwähler, die auch ihre Erststimme dieser Partei gegeben haben, ist im Vergleich zur Bundestagswahl 1980 deutlich geringer geworden (1983: 26,8 %, 1980: 47,9 %).

Bei den GRÜNEN war dagegen das vergleichbare Maß an Geschlossenheit in der identischen Abgabe von Zweit- und Erststimmen immer noch sehr groß, wenn auch gegenüber der Bundestagswahl 1980 ebenfalls rückläufig (1983: 51,3 %, 1980: 68,4 %). Von den Zweitstimmenwählern der GRÜNEN votierten 5,0 % mit ihrer Erststimme für einen Wahlkreisbewerber der CDU (1980: 7,3 %) und immerhin 41,4 % (1980: 17,0 %) für einen Kandidaten der SPD.

Von den Zweitstimmenwählern der sonstigen Parteien entschieden sich 13,4 % für einen CDU- und 15,5 % für einen SPD-Kandidaten.

Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983							
Partei	Bundes- tags- wahljahr	Von 100 Wählern, die mit der Erst- bzw. Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme					
Ungültige Stimmabgabe		CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	ungültig
Erststimmen = 100							
CDU	1980	94,0	1,8	3,5	0,2	0,2	0,3
	1983	89,8	1,3	8,1	0,5	0,1	0,1
SPD	1980	0,9	90,1	8,3	0,4	0,1	0,3
	1983	2,2	91,7	1,4	4,5	0,2	0,1
F.D.P.	1980	4,3	22,2	72,3	0,7	0,2	0,2
	1983	20,6	6,3	70,6	1,9	0,3	0,3
GRÜNE	1980	7,1	30,1	12,5	48,8	1,1	0,4
	1983	5,9	21,9	2,8	68,4	0,9	0,1
Sonstige	1980	4,8	25,9	2,8	4,6	60,7	0,9
	1983	4,8	13,0	1,6	10,9	69,2	0,8
Ungültig	1980	14,2	22,8	5,9	1,3	2,9	52,7
	1983	13,5	14,0	2,9	2,6	3,5	63,4
Zweitstimmen = 100							
CDU	1980	97,3	1,1	0,8	0,3	0	0,4
	1983	95,8	2,3	1,1	0,5	0	0,3
SPD	1980	1,5	93,3	3,4	1,0	0,2	0,5
	1983	1,4	96,0	0,3	1,9	0,1	0,3
F.D.P.	1980	12,8	36,8	47,9	1,8	0,1	0,6
	1983	60,8	10,2	26,8	1,7	0,1	0,4
GRÜNE	1980	7,3	17,0	4,5	68,4	1,5	1,3
	1983	5,0	41,4	0,9	51,3	0,8	0,5
Sonstige	1980	19,8	10,8	3,8	4,3	53,4	7,8
	1983	13,4	15,5	1,5	7,2	55,4	7,0
Ungültig	1980	13,9	14,5	1,4	0,7	0,4	69,0
	1983	8,2	9,0	0,9	0,5	0,4	81,0

Das Verhalten der Männer und Frauen im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Nutzung des Stimmensplittings bei der Abgabe von Erst- und Zweitstimmen wich nur wenig von den Gesamt-Durchschnittswerten ab. Bemerkenswert ist z. B., daß von den Erststimmenwählern der CDU die Männer beim Zweitstimmenvotum stärker zur F.D.P. neigten als die Frauen (9,1 % bzw. 7,2 %). Von den Erststimmenwählern der SPD waren unter den Zweitstimmenvoten für die GRÜNEN die Frauen deutlich zurückhaltender als die Männer (3,9 % bzw. 5,2 %).

Bei der Betrachtungsweise auf der Basis der Zweitstimmenabgabe votierten z. B. unter den Zweitstimmenwählern der F.D.P. erheblich mehr Männer als Frauen mit ihrer Erststimme für die CDU (63,7 % bzw. 57,8 %), mehr Frauen als Männer dagegen für die SPD (11,0 % bzw. 9,4 %). Unter den Zweitstimmen für die GRÜNEN waren die Frauen bei der Erststimmabgabe für die SPD etwas zurückhaltender als die Männer (40,8 % bzw. 42,0 %), dagegen etwas stärker als die Männer den CDU-Kandidaten zugeneigt (5,4 % bzw. 4,7 %).

Briefwahl

Durch Briefwahl verbessertes
Gesamtergebnis für CDU,
F.D.P. und GRÜNE

Bei der Bundestagswahl 1983 gaben 1 232 161 Wähler ihre Stimme durch briefliche Wahl ab. Ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Wähler lag mit 10,9 % deutlich unter dem bei der Bundestagswahl 1980 erreichten Spitzenwert (15,1 %). Damit haben sich Befürchtungen, das deutsche Volk werde immer mehr zu einem Volk von Briefwählern, nicht bewahrheitet.

Ebenso wie bei früheren Bundestagswahlen gelang es der CDU wiederum, durch ein gegenüber der Urnenwahl günstigeres Briefwahlergebnis ihr Gesamtergebnis – um 0,5 Prozentpunkte – zu verbessern, während die SPD demgegenüber eine entsprechende Verschlechterung – um 0,8 Prozentpunkte – hinnehmen mußte. Als Besonderheit ergab sich, daß bei der Bundestagswahl 1983 auch die F.D.P. und die GRÜNEN von der Briefwahl profitierten, die das Gesamtergebnis um jeweils 0,2 Prozentpunkte verbesserte. Diese – wenn auch nur leichten – Verbesserungen des Gesamtergebnisses aller Bundestagsparteien – ausgenommen die SPD – waren angesichts des aufgezeigten rückläufigen Gewichtes der Briefwahl umso beachtlicher.

Briefwahl bei den Bundestagswahlen 1957 – 1983		
Bundestagswahl	Briefwähler in % der Wähler	
	Nordrhein-Westfalen	Bundesgebiet
1957	5,3	4,9
1961	6,3	5,8
1965	8,4	7,3
1969	7,2	7,1
1972	7,1	7,2
1976	11,2	10,7
1980	15,2	13,0
1983	10,9	10,5

Gewählte Bewerber

Je ein Überhangmandat in Hamburg
und Bremen

Bei der Bundestagswahl 1983 hatte die SPD in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen jeweils ein Überhangmandat, so daß sich die Gesamtzahl der Abgeordneten im Zehnten Deutschen Bundestag – ohne die 22 Vertreter aus Berlin (West) – um zwei auf 498 erhöhte.

Die aufgrund des Zweitstimmenergebnisses durch den Bundeswahlleiter in zwei Rechengängen (1. Rechengang: Sitzverteilung auf die Listenverbindungen, 2. Rechengang: Sitzverteilung auf die einzelnen Landeslisten der Parteien) nach dem bis dahin geltenden Höchstzahlverfahren d'Hondt vorgenommene Mandatsverteilung ergab für Nordrhein-Westfalen insgesamt 146 Mandate (1980: 147). Außer den in den 71 Wahlkreisen des Landes gewählten Direktbewerbern (CDU: 39, SPD: 32) kamen weitere 75 Abgeordnete über die Landeslisten der Parteien (CDU: 26, SPD: 31, F.D.P.: 10, GRÜNE: 8) in den Deutschen Bundestag.

Gewählte Bewerber bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983 nach Bundesländern											
Land	Wahljahr	Gewählte Bewerber		Parteizugehörigkeit							
				CDU/CSU ¹⁾		SPD		F.D.P.		GRÜNE	
		insgesamt	in Wahlkreisen	zusammen	in Wahlkreisen	zusammen	in Wahlkreisen	zusammen	in Wahlkreisen	zusammen	in Wahlkreisen
Schleswig-Holstein	1980	23 ²⁾	11	9	—	11	11	3	—	—	—
	1983	21	11	10	9	9	2	1	—	1	—
Hamburg	1980	13	7	4	—	7	7	2	—	—	—
	1983	13 ³⁾	7	5	—	7	7	—	—	1	—
Niedersachsen	1980	63	31	26	8	30	23	7	—	—	—
	1983	63	31	29	21	26	10	4	—	4	—
Bremen	1980	4	3	1	—	3	3	—	—	—	—
	1983	5 ³⁾	3	2	—	3	3	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	1980	147	71	60	27	70	44	17	—	—	—
	1983	146	71	65	39	63	32	10	—	8	—
Hessen	1980	46	22	19	3	22	19	5	—	—	—
	1983	48	22	21	17	20	5	4	—	3	—
Rheinland-Pfalz	1980	32	16	15	10	14	6	3	—	—	—
	1983	31	16	16	11	12	5	2	—	1	—
Baden-Württemberg	1980	72	37	36	31	27	6	9	—	—	—
	1983	74	37	39	36	23	1	7	—	5	—
Bayern	1980	89	45	52	40	30	5	7	—	—	—
	1983	89	45	53	44	26	1	6	—	4	—
Saarland	1980	8	5	4	2	4	3	—	—	—	—
	1983	8	5	4	3	4	2	—	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin (West)	1980	497 ²⁾	248	226	121	218	127	53	—	—	—
	1983	498 ³⁾	248	244	180	193	68	34	—	27	—
Berlin (West)	1980	22 ⁴⁾	x	11	x	10	x	1	x	x ¹⁵⁾	x
	1983	22 ⁴⁾	x	11	x	9	x	1	x	—	x
Insgesamt	1980	519	x	237	x	228	x	54	x	—	x
	1983	520	x	255	x	202	x	35	x	28 ⁵⁾	x

1) in Bayern: CSU — 2) einschl. eines Überhangmandats in Schleswig-Holstein (SPD) — 3) einschl. je eines Überhangmandats in Hamburg und Bremen (jeweils SPD) — 4) vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt — 5) ein Abgeordneter der Alternativen Liste (AL) von Berlin (West)

Gewählte Bewerber bei den Bundestagswahlen 1976, 1980 und 1983 nach Alter, Geschlecht und Parteizugehörigkeit																
Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahljahr	Gewählte Bewerber insgesamt			Parteizugehörigkeit											
					CDU			SPD			F.D.P.			GRÜNE		
		männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
unter 30	1976	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1980	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1983	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
30 — 40	1976	20	2	22	12	1	13	6	—	6	2	1	3	—	—	—
	1980	24	4	28	7	1	8	14	—	14	3	3	6	—	—	—
	1983	15	2	17	4	—	4	7	1	8	2	—	2	2	1	3
40 — 50	1976	61	2	63	28	2	30	28	—	28	5	—	5	—	—	—
	1980	50	2	52	21	1	22	25	1	26	4	—	4	—	—	—
	1983	47	6	53	21	2	23	26	2	28	—	1	1	—	1	1
50 — 60	1976	47	7	54	18	2	20	27	4	31	2	1	3	—	—	—
	1980	54	6	60	23	3	26	24	3	27	7	—	7	—	—	—
	1983	56	5	61	26	3	29	22	2	24	7	—	7	1	—	1
60 — 70	1976	8	1	9	3	—	3	4	1	5	1	—	1	—	—	—
	1980	6	1	7	4	—	4	2	1	3	—	—	—	—	—	—
	1983	10	1	11	9	—	9	1	1	2	—	—	—	—	—	—
70 und mehr	1976	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1980	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1983	2	—	2	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	1
Insgesamt	1976	136	12	148	61	5	66	65	5	70	10	2	12	—	—	—
	1980	134	13	147	55	5	60	65	5	70	14	3	17	—	—	—
	1983	130	16	146	60	5	65	57	6	63	9	1	10	4	4	8

146 Abgeordnete aus
Nordrhein-Westfalen ...

Nordrhein-Westfalen stellte mit seinen 146 Abgeordneten das bei weitem größte Länderkontingent (29,3 %), gefolgt von Bayern mit 89 (17,9 %), Baden-Württemberg mit 74 (14,9 %) und Niedersachsen mit 63 (12,7 %).

Unter den nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten (146) überwogen, wie bei der Bundestagswahl 1980, die 50 bis 59 Jahre alten Personen (61 = 41,8 %), gefolgt von den 40- bis 49jährigen (53 = 36,3 %). Der altersmäßige Schwerpunkt der CDU-Abgeordneten (65) lag zwischen 50 und 59 (29 = 44,6 %, der der SPD-Abgeordneten (63) zwischen 40 und 49 (28 = 44,4 %), der der Freien Demokraten (10) zwischen 50 und 59 (7 = 70,0 %) und der der GRÜNEN (8) unter 40 Jahren (5 = 62,5 %).

... darunter 16 Frauen

Mit insgesamt 16 Frauen zogen gegenüber der Bundestagswahl 1980 3 weibliche Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen mehr in den Zehnten Deutschen Bundestag ein: 6 von ihnen gehörten der SPD (1980: 5), 5 der CDU (1980: 5), eine der F.D.P. (1980: 3) und 4 den GRÜNEN an.

Weitere Veröffentlichungen von Wahlergebnissen

Im Rahmen einer Sonderreihe „Bundestagswahl 1987“ sind bereits ein Heft mit den Ergebnissen früherer Wahlen – Heft 1 – (Bundestagswahlen 1983 und 1980, Landtagswahl 1985, Kommunalwahl 1984 sowie Europawahl 1984) auf der Ebene der 71 Wahlkreise des Landes sowie eine Wahlkreismappe für jeden einzelnen Bundestagswahlkreis und dessen zugehörige Gemeinden, ebenfalls mit Ergebnissen früherer Wahlen und wichtigen Strukturdaten, veröffentlicht worden.

Zu gegebener Zeit werden folgende weiteren Publikationen herausgegeben:

- Vorläufige Ergebnisse (Heft 2)
- Endgültige Ergebnisse (Heft 3)
- Ergebnisse nach Wahlkreisen und Gemeinden (Heft 4)
- Ergebnisse nach Alter und Geschlecht (Heft 5).

Dr. Alexander Müller

Künftige Bevölkerungsentwicklung

– „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“,
Ergebnisse und Prognoserisiken*) –

Vorbemerkungen

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen führt seit den 60er Jahren Bevölkerungsprognosen durch. Zwischenzeitlich ist das methodische Instrumentarium hierfür laufend weiterentwickelt worden. Auch hat sich das Spektrum der zukunftsbezogenen Analysen zunehmend erweitert; neben der Bevölkerungsprognose werden – hierauf basierend – Modellrechnungen zur künftigen Entwicklung von „Erwerbspotential“ und „Privathaushalten“ durchgeführt sowie eine „Schülerprognose“ und Vorausberechnungen zur „Beschäftigtenentwicklung“. Diese Aufgaben werden im Auftrag der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt¹⁾.

*) Überarbeitetes Manuskript zum Vortrag in der Eröffnungsveranstaltung der Diskussionsreihe „Forum Zukunft“ am 3. 7. 1986 in Düsseldorf. Veranstalter: Minister für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS)

1) Vgl. zur „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“, Heft 545 der Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, sowie Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1985, LDS NW (Hrsg.). Hingewiesen sei auf Heft 48 der Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen: „Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen – Analysen-Prognosen-Perspektiven –“. Dort wird über die Perspektiven zur Entwicklung der Bevölkerung, aber auch über andere im Auftrag der Landesregierung seitens des LDS NW erarbeitete Modellrechnungen zur künftigen Entwicklung von Erwerbspotential, Privathaushalten und Beschäftigten informiert.

Planung bedeutet Gestaltung der Zukunft; insoweit ist ein möglichst umfassendes Bild über die Zukunft, d. h. die gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten und -erfordernisse, als Planungsgrundlage unabdingbar. Weitere Planungsbereiche (z. B. Hochschulentwicklung, Flächennutzung und -verbrauch) werden derzeit systematisch im Hinblick auf ihre Prognostizierbarkeit durchleuchtet.

Prognosen enthalten stets Fehlerrisiken. Diese Risiken, die mit dem methodischen Hintergrund und insbesondere den zugrundeliegenden Annahmen verbunden sind, sind bei der Einschätzung der Ergebnisse mit zu berücksichtigen. Dies gilt um so mehr, wenn Prognoseergebnisse als Entscheidungsgrundlagen Verwendung finden und Prognosefehler zu Fehlplanungen, d. h. zur Fehlleitung von Ressourcen, führen können.

Die Forderung nach dem rechten Umgang mit Prognoseergebnissen ist leicht zu stellen, aber schwierig einzulösen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Dokumentation außer den Ergebnissen selbst auf die Bedingtheit der Berechnungen nicht oder nicht mit ausreichender Klarheit eingeht.

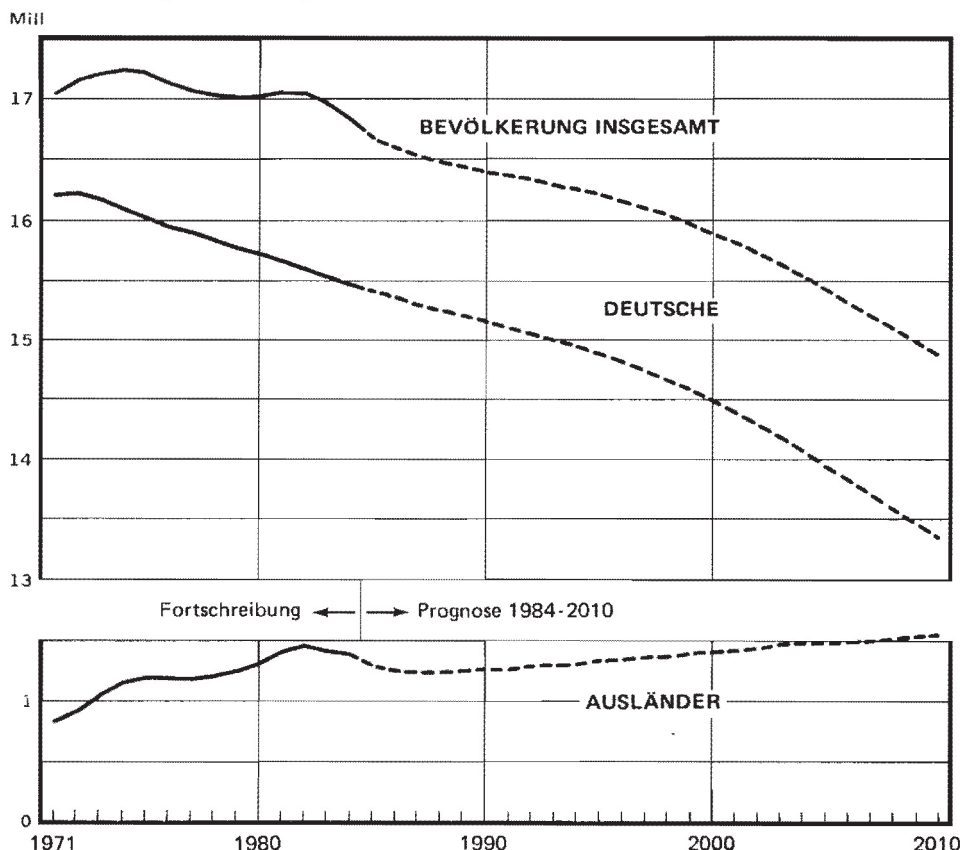
Angesichts des engen Zeitrahmens werden meine Ausführungen dem Anspruch einer angemessenen Darstellung von Ergebnissen und methodischem Hintergrund und hiermit verbundenen Prognoserisiken nicht annähernd gerecht werden können; ohne die Sichtweite zu verkürzen, soll daher im folgenden vielfach nur exemplarisch vorgegangen werden.

Prognoseergebnisse

In den nächsten 25 Jahren wird die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen, ausgehend von knapp 17 Mill., um rd. 2 Mill. (11,7 %) auf weniger als 15 Mill. Einwohner zurückgehen. Dabei wird der Rückgang sich etwa zu gleichen Teilen auf die Zeitspanne vor dem Jahr 2000 und das erste Jahrzehnt danach verteilen. Dieses Ergebnis der Bevölkerungsprognose ist vornehmlich auf erwartete Sterbefallüberschüsse zurückzuführen, die sich im Prognosezeitraum ausgehend von rd. 30 000 im Jahre 1984 (bei 190 000 Gestorbenen und 160 000 Geborenen) bis auf rd. 110 000 im Jahr 2009 (220 000 Gestorbene, 110 000 Geborene) verstärken. Diese Komponente bewirkt rechnerisch

Bevölkerungsrückgang: mehr Sterbefälle als Geburten

Bevölkerungsentwicklung 1971 – 2010



– über den Gesamtzeitraum kumuliert – einen Einwohnerrückgang von 1,7 Mill. Personen. Der Wanderungseinfluß wirkt sich dagegen mit Fortzugsüberschüssen von 0,3 Mill. Einwohnern annahmegemäß nur in geringem Maß auf die künftige Bevölkerungsentwicklung aus.

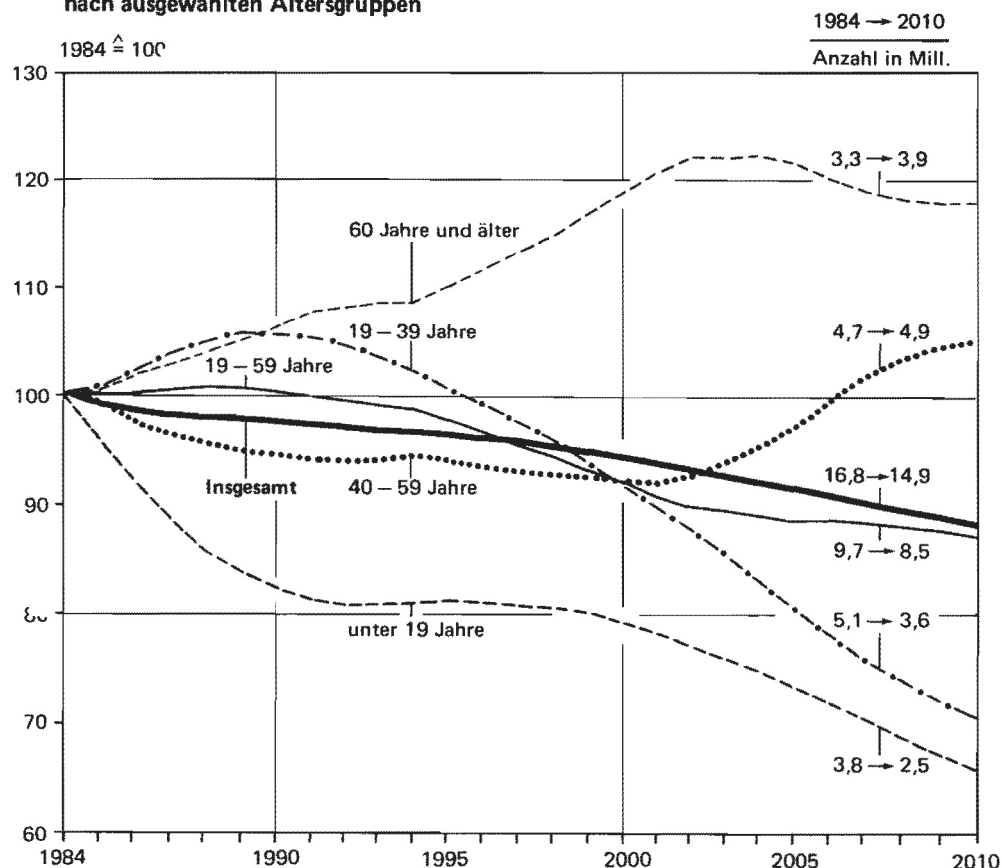
Die differenzierte Betrachtung von deutschem und ausländischem Bevölkerungsteil läßt deutlich künftige Entwicklungsunterschiede erkennen. Der Bevölkerungsrückgang betrifft ausschließlich die deutschen Einwohner, während bei den Ausländern in Nordrhein-Westfalen eine weitgehend stabile Zahl resultiert.

Es sei an dieser Stelle bereits eine kritische Bemerkung zu den Ergebnissen erlaubt: Prognosen zum ausländischen Bevölkerungsteil sind aufgrund der starken und wenig zeitstabilen Wanderungsverflechtung mit ihren Herkunftsländern mit besonderen Fehlerrisiken behaftet. Die Ergebnisse sollten daher nicht überbewertet werden – zumal im Rahmen einer Vorausschau über ein Vierteljahrhundert hiermit qualitativen Aspekten – z. B. Integration – leicht der Blick verstellt werden könnte.

Ich werde mich aus den genannten Gründen im folgenden auf die Bevölkerung von Ausländern und Deutschen insgesamt beziehen.

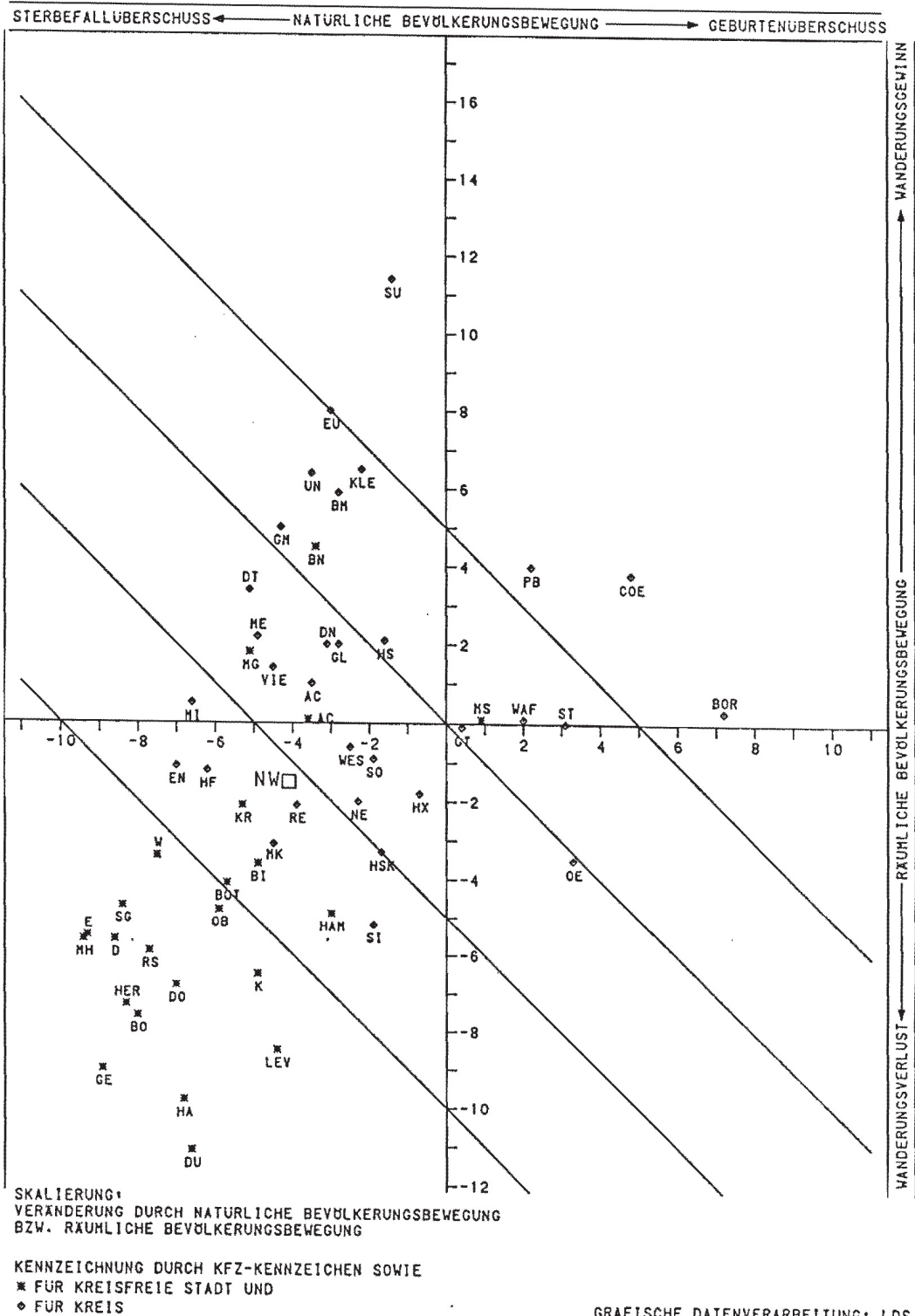
Von besonderer Bedeutung für die demographische Entwicklung sind die sich künftig abzeichnenden Altersstrukturverschiebungen. Entgegen dem mäßigen Rückgang der Bevölkerung insgesamt sind hierbei einerseits weit hierüber hinausgehende Abnahmeraten bei den Kindern und Jugendlichen (unter 19jährige: –34,3 % bis 2010) andererseits aber entgegen der Gesamtentwicklung auch Zuwächse bei den älteren Menschen (über 60jährige: +17,9 %) zu erwarten. Für den weiten mittleren Bereich, der das übliche Erwerbsalter betrifft, wird die Entwicklung zwar weitgehend parallel zur Gesamtentwicklung verlaufen (19- bis 59jährige: –12,9 %). Gleichwohl ist auf die starken Verschiebungen innerhalb dieses Bereichs hinzuweisen; während die ältere Erwerbsbevölkerung bis zum Jahr 2010 sogar noch leicht anwächst (40- bis 59jährige: +5,2 %), ist für den Bereich der jüngeren ein nachhaltiger Rückgang (19- bis 39jährige: –29,3 %) vorgezeichnet. Im Zuge dieser gegenläufigen Entwicklung wird die derzeit noch stärker besetzte Gruppe der jüngeren Erwerbsbevölkerung von der der älteren klar überholt werden.

Entwicklung der Bevölkerung 1984 – 2010 nach ausgewählten Altersgruppen

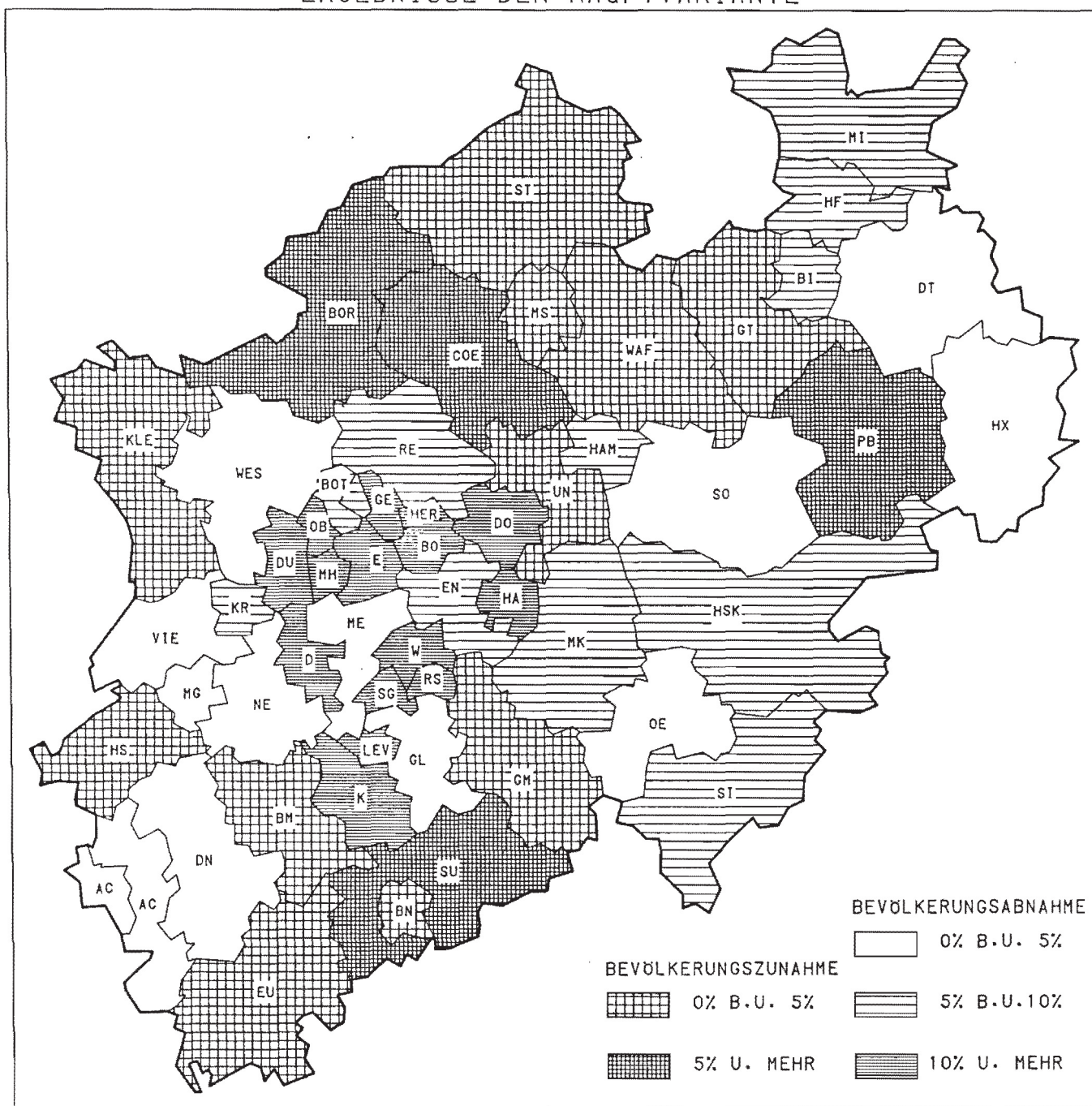


Zuwächse bei der Zahl älterer
Mitglieder – Rückgang bei den
Kindern und Jugendlichen

KOMPONENTEN DER REGIONALEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DEN JAHREN 1984 BIS 2000
- ERGEBNISSE DER HAUPTVARIANTE -



REGIONALE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 1984 BIS 2000 - ERGEBNISSE DER HAUPTVARIANTE -



KENNZEICHNUNG DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN ENTSPRECHEND
DEN KPZ-KENNZEICHEN

GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NW

Die in den Grafiken verwendeten Kraftfahrzeug-Kennzeichen

AC Kreisfreie Stadt und Kreis Aachen
BI Kreisfreie Stadt Bielefeld
BM Erftkreis
BN Kreisfreie Stadt Bonn
BO Kreisfreie Stadt Bochum
BOR Kreis Borken
BOT Kreisfreie Stadt Bottrop
COE Kreis Coesfeld
DN Kreisfreie Stadt Düsseldorf
DO Kreis Dören
DT Kreis Lippe
DU Kreisfreie Stadt Duisburg
E Kreisfreie Stadt Essen
EN Ennepe-Ruhr-Kreis
EU Kreis Euskirchen
GL Rheinisch-Bergischer Kreis

GM Oberbergischer Kreis
GT Kreis Gütersloh
HA Kreisfreie Stadt Hagen
HAM Kreisfreie Stadt Hamm
HER Kreisfreie Stadt Herne
HF Kreis Herford
HS Kreis Hainberg
HSK Hochsauerlandkreis
HX Kreis Hörter
K Kreisfreie Stadt Köln
KLE Kreis Kleve
KR Kreisfreie Stadt Krefeld
LEV Kreisfreie Stadt Leverkusen
ME Kreis Mettmann
MG Kreisfreie Stadt Mönchengladbach
MH Kreisfreie Stadt Mülheim a. d. Ruhr
MI Kreis Minden-Lübbecke
MK Märkischer Kreis

MS Kreisfreie Stadt Münster
NE Kreis Neuss
OB Kreisfreie Stadt Oberhausen
OE Kreis Olpe
PB Kreis Paderborn
RE Kreis Recklinghausen
RS Kreisfreie Stadt Remscheid
SG Kreisfreie Stadt Solingen
SI Kreis Siegen-Wittgenstein
SO Kreis Soest
ST Kreis Steinfurt
SU Rhein-Sieg-Kreis
UN Kreis Unna
VIE Kreis Viersen
W Kreisfreie Stadt Wuppertal
WAF Kreis Warendorf
WES Kreis Wesel

Die erläuterten teilweise erheblichen Strukturverschiebungen sind von offensichtlicher Bedeutung für zahlreiche Planungsfelder. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die hier nur grob an Hauptgruppen skizzierten Entwicklungen an Schärfe noch gewinnen, wenn auf engere Altersgruppen — wie sie z. B. für die verschiedenen Schulstufen von Bedeutung sind — abgestellt wird.

Bei aller Vorsicht wird man sagen dürfen, daß die prognostizierten Verschiebungen sich — durch Prognoserisiken nur marginal berührt — im großen und ganzen bestätigen werden, denn sie sind größtenteils in der Ausgangsbevölkerung bereits angelegt. In derartigen Strukturaussagen liegt somit ein Stück Gewißheit über die Zukunft, das die Planungsgrundlagen zu verbessern vermag.

**Prognose zur künftigen Altersstruktur
auf solidem Fundament**

Die Bevölkerungsprognose wird auf der regionalen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens gerechnet. Entgegen den Landesergebnissen wird für die Regionalebene die demographische Entwicklung allerdings nur bis zum Horizont des Jahres 2000 dokumentiert.

Da Planungen — wie sie im öffentlichen Bereich z. B. bei der Infrastruktur-Ausstattung mit Bildungs-, Gesundheits- oder auch Verkehrseinrichtungen anstehen — in aller Regel Aspekte der regionalen Versorgung zu berücksichtigen haben, sind regionalisierte Prognosen von großem Interesse. Dies gilt um so mehr, wenn sich die Teilräume gegenüber dem Land insgesamt künftig demographisch in stark unterschiedlicher Weise entwickeln — wie die Bevölkerungsprognose dies erwarten läßt.

Die Spannweite reicht bis zum Jahr 2000 von Einwohnerzuwachsen von über 5 % bis zu -verlusten von mehr als 15 %. Kennzeichnend für die meisten Regionaleinheiten sind Sterbefallüberschüsse. Für die überwiegende Zahl der kreisfreien Städte treten Wanderungsverluste als zusätzliche Minus-Komponente hinzu, wohingegen die meisten Kreise mit Wanderungsgewinnen rechnen können.

Das Streudiagramm veranschaulicht die dominierende demographische Bedeutung der Wanderung für die kleinräumige Bevölkerungsentwicklung. Bereits auf der Kreisebene ist die durch die Wanderung bedingte Streuung der Regionalentwicklung — längs der Ordinate — offensichtlich gravierender als die (Abszissen-)Streuung durch Unterschiede bei Geborenen- respektive Gestorbenenzahl.

**Teils starke regionale
Entwicklungsunterschiede**

Nicht zu übersehen ist, daß die Regionen mit vergleichbarer demographischer Entwicklung weitgehend zusammenhängende Teilräume bilden. So sind größere Verluste in allen kreisfreien Städten des Ruhrgebiets zu erwarten — weiterhin auch in Remscheid, Solingen und Wuppertal sowie in Düsseldorf, Leverkusen und Köln. Größere Gewinne werden sich dagegen auf den Einzugsbereich des nördlichen Ruhrgebietes, auf die Umgebung von Köln/Bonn und den Kreis Paderborn konzentrieren.

Gerade zu den Regionalergebnissen sind einige relativierende Ergänzungen anzubringen. Diese Ergebnisse sind Resultat von Status-quo-Berechnungen mit empirisch ermittelten regionalspezifischen Geburten- und Sterbeziffern sowie — und dies ist für die Regionalebene von besonderem Gewicht — Wahrscheinlichkeiten für Umzüge zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes. Die Treffsicherheit von Prognosen nimmt bei Regionalisierung tendenziell ab; keineswegs sind die Prognosewerte als zwangsläufige Perspektiven oder gar als „Ziel-“Werte zu mißdeuten. Sie stellen eine Planungsgrundlage dar, die sich rückblickend insgesamt bewährt hat. Der Blick für regionale Entwicklungschancen und -ziele, wie sie sich aus einer spezifischen Ortskenntnis ergeben mögen, sollte hierdurch jedoch nicht verstellt werden.

Methodische Grundkonzeption und Differenzierungsgrad

Im Zentrum des verwandten Prognosemodells, das in der Grundkonzeption für die meisten anderweitig angewandten demographischen Prognosemodelle stehen kann, steht eine empirische Ausgangsbevölkerung — nach Geschlecht und Altersjahren gegliedert. Hiervon ausgehend werden für alle Prognosejahre sukzessive die demographischen Veränderungskomponenten vorausgeschätzt. Die jeweilige Jahresendbevölkerung (= Jahresanfang des Folgejahres) ermittelt sich dabei, indem die jeweilige Anfangsbevölkerung — entsprechend empirischer Sterbewahrscheinlichkeiten — um die Zahl der Gestorbenen reduziert wird. Negativ wirken sich gleichfalls die auch in demographischer Gliederung zu berücksichtigenden Fortzüge aus. Als positive Kom-

Prognosemodell mit hohem Differenzierungsgrad

Dort sind als Bestandskomponenten mit der Gliederung nach Geschlecht (zwei Ausprägungen) und Alter (100) 200 demographische „Kohorten“ skizziert. Hiermit ist aber die demographische Wirklichkeit nicht in ausreichender Differenzierung abzubilden. Daher wird im Modell zusätzlich noch nach deutschem und ausländischem Bevölkerungsteil (2) gegliedert und – um regionalspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen – originär auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte (54 Verwaltungseinheiten) gerechnet. Damit ergeben sich letztlich $200 \times 2 \times 54$ Bestandskomponenten, die durch Vorausschätzung von demographischen Veränderungen entsprechend der erläuterten Grundkonzeption „fortgeschrieben“ werden.

Einen Überblick über Modell, Struktur und Differenzierungsgrad vermittelt die Übersicht auf S. 767. Zur Wanderung, die in der Grundkonzeption nur pauschal aufgeführt wurde, seien noch die zugehörigen Modellbausteine nachgetragen. Es handelt sich für die Ausländer lediglich um die Komponente „Wanderungsverflechtung mit den Herkunftsgebieten“, die prognoserelevantes Gewicht aufweist. Bei den Deutschen spielt dagegen neben der Außenwanderung – hauptsächlich gekennzeichnet durch Zuwanderung aus der DDR und den ehemaligen „Ostgebieten“ einerseits sowie durch die Wanderungsverflechtung gegenüber den anderen Bundesländern andererseits – auch die Wanderung innerhalb des Landes eine demographisch bedeutende Rolle – gerade für die kleinräumigen Entwicklungsunterschiede. Ohne dies im einzelnen zu erläutern, kann auch für die Wanderungsmodelle auf einen hohen demographisch/regionalspezifischen Differenzierungsgrad verwiesen werden. Beim

Das Diagramm illustriert die Berechnung der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Im Zentrum steht eine Alterspyramide, die die Bevölkerung in Altersgruppen (15, 20, 40, 50, 60, 80+) und Geschlechtern (Männer/Frauen) darstellt. Die Pyramide ist in Tausendern skaliert. Um die Pyramide herum sind verschiedene Boxen angeordnet, die die Berechnungsschritte zeigen:

- Sterbeziffern Männer/Frauen:** Zwei Boxen oben links und rechts zeigen die Sterbeziffern für Männer und Frauen über das Alter (0-100).
- Geburtenhäufigkeiten:** Eine Box unten links zeigt die Geburtenhäufigkeit über das Alter (15-49).
- Geschlechterproportion:** Eine Box unten rechts zeigt die Geschlechterproportion.
- Überlebenswahrscheinlichkeit:** Eine Box ganz unten zeigt die Überlebenswahrscheinlichkeit.

Pfeile verdeutlichen die Berechnungsschritte: Die Sterbeziffern werden mit der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe multipliziert (gekennzeichnet durch ein 'x' in einem Kreis). Die Geburtenhäufigkeit wird mit der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe multipliziert (gekennzeichnet durch ein 'x' in einem Kreis). Die Geschlechterproportion wird mit der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe multipliziert (gekennzeichnet durch ein 'x' in einem Kreis). Die Überlebenswahrscheinlichkeit wird mit der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe multipliziert (gekennzeichnet durch ein 'x' in einem Kreis).

Die natürlichen Bevölkerungsbewegung ist die Differenz aus Geburten und Sterbefällen. Die räumliche Bevölkerungsbewegung ist die Differenz aus Zuwanderung und Abwanderung.

Modell für die Landesbinnenwanderung führt dies z. B. bei 54 Wanderungsquellen auf Kreisebene mit je 53 Zielkreisen zu 54 x 53 Wanderungsströmen, und zwar in der Gliederung nach Alter (100) und Geschlecht (2), so daß letztlich 54 x 53 x 200, das sind rd. 600 000, Umzugswahrscheinlichkeiten dieses Modell auffüllen. Gerade für die Landesbinnenwanderung erscheint aber angesichts der hiermit verbundenen Selektionsprozesse — z. B. spezifische Zielverteilung von Bildungswanderung gegenüber Altenwanderung — ein hohes Auflösungsvermögen unabdingbar.

Landesbinnenwanderung: Modell mit hohem Auflösungsvermögen

Wenn bislang der hohe Differenzierungsgrad und die damit einhergehende gute Anpassung des Modells an demographische und regionalspezifische Besonderheiten hervorgehoben wurden, so ist für die Prognoseeigenschaften damit leider noch nicht viel ausgesagt, denn von einer guten Beschreibung der Vergangenheit bis zur Beschreibung der Zukunft ist noch ein entscheidender Schritt zu tun.

Annahmen als Modell-Input²⁾

Ausgehend von einem Modell, das in seinen empirisch abgestützten Parametern die Vergangenheit widerspiegelt, ist die Frage nach der künftigen Entwicklung zu beantworten — im vorliegenden Modell sind Annahmen über das weitere demographische Verhalten zu treffen.

Hinsichtlich der in der vorgenommenen Differenzierung empirisch zu verzeichnenden Unterschiede wird bei der vorliegenden Bevölkerungsprognose grundsätzlich künftige Strukturkonstanz angenommen. Eine Nivellierung von regionalspezifischen Unterschieden bei Geburtenhäufigkeiten oder Umzugswahrscheinlichkeiten findet daher im Modell z. B. nicht statt.

Für die globale Entwicklung werden die in der untenstehenden Übersicht skizzierten Annahmen getroffen. Es sind dies für die Deutschen:

konstante Geburtenwahrscheinlichkeiten/leicht sinkende Sterbeziffern/eine Außenwanderung, die sich um den Saldo Null bewegt/und eine Binnenwanderung mit un-

Annahmen zur Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010			
Bevölkerungsteil Komponente	Angenommene Tendenz für die Parameter	Parameter	Differenzierungsgrad
Deutsche			
Geburten		Wahrscheinlichkeiten	Alter/Region
Sterbefälle		Wahrscheinlichkeiten	Alter/Geschlecht/Region
Wanderung Aussen -		Zuzüge: Aussiedler Fortzüge: Übriges Bundesgebiet	Alter/Geschlecht/Region
Binnen -	(Gefälle)	Wahrscheinlichkeiten	Alter/Geschlecht/ Zielregion/ Quellregion
Ausländer			
Geburten		Wahrscheinlichkeiten	Alter/Region
Sterbefälle		Wahrscheinlichkeiten	Alter/Geschlecht/Land
Wanderung Aussen -		Rotation/Saldo	Alter/Geschlecht/Region
			Strukturkonstanz angenommen

²⁾ Um das Referat nicht mit Details zu überlasten, werden lediglich die angenommenen Veränderungsrichtungen erläutert. Die zugrundeliegenden Annahmen sind im einzelnen in den in Anmerkung 1) genannten Veröffentlichungen des LDS NW erläutert.

veränderten Umzugswahrscheinlichkeiten. Gestrichelte Pfeile geben Hinweise auf flankierende Alternativrechnungen.

Für die Ausländer wird ausgegangen von:
einer fortgesetzten Anpassung der noch höheren Geburtenhäufigkeiten/Konstanz der vergleichsweise niedrigen Ausländersterblichkeit/einer Außenwanderung, die per Saldo mittelfristig auf die Null-Linie einschwenkt.

Prognosegüte/Prognoserisiko

Für die Einschätzung der Treffsicherheit einer Prognose sind zwei Betrachtungsrichtungen instruktiv:

Die Ex-post-Betrachtung und die Ex-ante-Betrachtung.

Die Ex-post-Betrachtung basiert auf einer rückblickenden Gegenüberstellung von Prognoseergebnissen und tatsächlicher Entwicklung. Da die Bevölkerungsprognose in der skizzierten Konzeption und, auf den heutigen seit 1975 bestehenden Gebietsstand bezogen, seit 1978 vorliegt – seitdem wurden im 2-Jahresturnus Aktualisierungen vorgenommen –, ist ausreichend Gelegenheit, mittels Prognose-/Realisations-Untersuchungen aus früheren Prognoseläufen zumindest Erfahrungen zur kurzfristigen Prognosegüte zu sammeln. Insbesondere die Annahme zur künftigen Entwicklung des Wanderungssaldos der Ausländer hat sich dabei wiederholt als unrealistisch erwiesen. Positiv sind dagegen die Erfahrungen mit der Leistungsfähigkeit des Modells für die Landesbinnenwanderung. Bezüglich Einzelheiten sei auf veröffentlichtes Material hierzu verwiesen; es zeigte sich, daß das hiermit modellmäßig erfaßte demographische Wachstumsgefälle die tatsächlichen kleinräumigen demographischen Unterschiede insgesamt zutreffend antizipiert³⁾.

Ex-post-Untersuchungen haben allerdings den Nachteil, daß sie sich jeweils nur auf ein singuläres Vergleichspaar von Prognose und Realisation beziehen und zudem häufig für eine Langfrist-Einschätzung wenig aussagekräftig sind, da die Vergleichszeiträume hierfür zu kurz erscheinen.

Erfahrungen aus früheren Prognoseläufen

Annahmen zur Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010							
Bevölkerungsteil Komponente	Angenommene Tendenz für die Parameter	Zeitstabilität Ex Post		Bevölkerungs- wissenschaft- licher Hintergrund	Sicherheit künftige Erwartungen		Sensible Fachplanungen (Exempl.)
		kurzfristige	langfristige		kurzfristige	langfristige	
Deutsche							
Geburten		++	--	++	++	+/-	Schulplanung
Sterbefälle		++	-	+/-	++	+	Gesundheitswesen
Wanderung Aussen -		+	-	-	-	-	„Alle“ Bereiche
Binnen -	(Gefälle!)	+	+/-	-	+	+ -	„Alle“ Bereiche
Ausländer							
Geburten		+	--	+	+ -	-/-	Schulplanung
Sterbefälle		++	+	-	+	+	(Quantitativ gering)
Wanderung Aussen -		--	--	-/-	--	--	„Alle“ Bereiche
		++ Hoch -- Gering					

3) Vgl. A. Müller: Kleinräumige Wanderungsverflechtung im Rahmen demographischer Voraus-schätzungen – Prognose/Realisations-Untersuchungen zur Binnenwanderung in Nordrhein-Westfalen –, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 3/1983, LDS NW (Hrsg.), S. 150 ff..

Was aber läßt sich ex-ante zur Prognosegüte sagen? Zunächst sei an dieser Stelle hervorgehoben, daß das verwandte Modell der Komponentenfortschreibung selbst logisch fehlerfrei ist — beinhaltet es doch letztlich nicht mehr als die definitorische Beziehung, nach der die Jahresendbevölkerung sich jeweils aus der anfangsbevölkerung unter Verrechnung zwischenzeitlicher Zu- und Abgänge ergibt. Dies bedeutet zwar nicht, daß sich eine „Modelldiskussion“ erübrigt — ein weites Thema, das hier nicht weiter abgehandelt werden kann. Es bedeutet aber, daß im Rahmen der vorliegenden Modellkonzeption Prognosefehler — sieht man von möglichen Mängeln in der Datenbasis ab — auf fehlerhafte Annahmen zurückzuführen sind. Prognoserisiken sind daher überwiegend von der Sicherheit der künftigen Erwartungen, d. h. von der Sicherheit der Annahmen abhängig.

Prognoserisiken durch Risiken in den Annahmen

Die Übersicht auf der gegenüberliegenden Seite gibt in der vorletzten Spalte eine „Risikoeinschätzung“ für die Annahmen des Modells. Offensichtlich wächst die Ungewißheit mit zunehmendem Zeithorizont; die Sicherheit wird daher langfristig (sagen wir 10 Jahre und mehr) tendenziell geringer als auf kurze Sicht.

Die hier vorgenommene grobe Klassifizierung der Annahmen nach dem Sicherheitsgrad ist subjektiv; sie bedürfte eingehender Begründung und würde in Einzelfällen vielleicht dennoch in der vorgenommenen Abstufung konträr diskutiert werden. Da das Fehlerrisiko der Annahmen für die Treffsicherheit von zentraler Bedeutung ist, sei hierauf zumindest ansatzweise eingegangen. Insgesamt ist festzustellen, daß die Risikoeinschätzung je nach Annahme unterschiedlich ausfällt. Zu betonen ist, daß — und dies betrifft etwaige Planungsfehler als Konsequenz demographischer Fehlprognosen — Fachplanungen in unterschiedlichem Maße vom Fehlerrisiko in den Annahmen betroffen werden. Eine Fehlprognose der Geburten kann mit der Einschulung der Kinder die Schulplanung bereits nach 6 Jahren ereilen, für die „Seniorenplanung“ ist sie dagegen auch langfristig ohne Bedeutung.

Nun zum Hintergrund der vorgenommenen Klassifizierung der Risiken. Die Einschätzung ist abstützbar in zweierlei Begründungszusammenhang. Zum ersten hat die empirische Erfahrung Bedeutung; eine rückblickend zeitstabile demographische Komponente wird leichter in die Zukunft hineinverlängert als eine Komponente mit starken Unregelmäßigkeiten. Zum zweiten — und dies ist von größerem Belang — eröffnet die fachwissenschaftliche Diskussion ggf. Perspektiven, andernfalls wären Extrapolationen auch aus einer stabilen Vergangenheit heraus fragwürdig.

Zur Veranschaulichung sei hier das Beispiel der Geburtenentwicklung bei der deutschen Bevölkerung herausgegriffen. Auf kurze Sicht war diese Komponente sehr zeitstabil. So haben sich die Geburtenhäufigkeiten — bei einer leichten Verschiebung zum höheren Geburtsalter — seit 1975 insgesamt im Niveau kaum verändert. Auf lange Sicht ist jedoch der nachhaltige Rückgang (um rd. 50 %) in dem Zeitraum von 1965 bis 1975 zu gewärtigen, der für die Bevölkerungsprognostik Mitte der 60er Jahre überraschend kam und zu Fehlprognosen führte. Die Stabilität der letzten 10 Jahre ist daher für sich genommen eine fragwürdige Begründung dafür, auch künftig vom Status-quo auszugehen.

Ohne auf die breite bevölkerungswissenschaftliche Diskussion im einzelnen einzugehen, sei darauf hingewiesen, daß sie zur Fundierung der Annahmen zur künftigen Geburtenentwicklung instruktiv ist. Die Bandbreite möglicher Entwicklung erscheint aus dieser Sicht zumindest kurzfristig vergleichsweise eng; gibt es doch sowohl Untersuchungen, die eine deutliche Zunahme wie auch solche, die eine deutliche Abnahme der Geburtenhäufigkeiten unwahrscheinlich erscheinen lassen. Um es kurz anzureißen: Gegen eine nachhaltige Zunahme sprechen u. a.:

Hinweise zur Fundierung von Annahmen aus der Bevölkerungswissenschaft

- der säkulare abwärts gerichtete Trend
- die internationale Abwärts-Entwicklung
- Untersuchungen, die die Wirkung materieller staatlicher Anreize als gering ausweisen
- ökonomische, soziologische und psychologische Erklärungsansätze, nach denen die Bestimmungsgründe für den Geburtenrückgang (Opportunitätskosten, gesellschaftlicher Wertewandel, individuelle Präferenzstruktur/Zukunftserwartungen) sich eher noch verstärken.

Gegen eine nachhaltige Abnahme sind anzuführen:

- die Schlußlichtposition im internationalen Vergleich
- die Niveaustabilisierung der letzten 10 Jahre

- Längsschnittuntersuchungen, die aus der Gesamtkinderzahl von Frauen Hinweise eher auf einen leichten Anstieg der Geburtenhäufigkeiten geben.

Für andere Komponenten, wie z. B. die Ausländerwanderung, ist die fachwissenschaftliche Diskussion allerdings leider weniger ergiebig. Auch wird man für die ferne Zukunft gravierende demographische Veränderungen bei fast allen Komponenten kaum ausschließen können. Der kurze Exkurs zur Bevölkerungswissenschaft sei als Anregung verstanden, auch diesen Bereich für Prognosen soweit möglich nutzbar zu machen.

Schlußbemerkungen

Da die künftige demographische Entwicklung für vielfältige Planungen Bedeutung hat, sind Bevölkerungsprognosen von großem Interesse. Prognosen bergen unvermeidliche Fehlerrisiken, die vornehmlich mit Unsicherheiten bei der Quantifizierung der zugrunde zu legenden Annahmen verbunden sind. Wenn die Ergebnisse vor diesem Hintergrund interpretiert werden, wird auch tatsächlich ein Zugewinn an Transparenz hinsichtlich der künftigen Gestaltungsmöglichkeiten und -erfordernisse erreicht.

Demographie ist ein Bereich, der Prognosen vergleichsweise gut zugänglich ist; mancherlei Entwicklungen — wie z. B. die künftigen Altersstrukturverschiebungen — sind bereits in der Ausgangsbevölkerung vorgezeichnet. Gleichwohl wäre es auch hier wünschenswert, wenn Prognosegüte bzw. Prognoserisiken noch intensiver — auch unter Ausschöpfung der bevölkerungswissenschaftlichen Befunde — diskutiert würden.

Dipl.-Volksw. Wolfram Schindel

Arbeitskosten im Handel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe 1984

Die ersten EG-Erhebungen über Arbeitskosten (Personalkosten) in ausgewählten Dienstleistungsbereichen (Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe) fanden für die Jahre 1970¹⁾ und 1974 statt. Seit 1978 werden die Arbeitskosten alle 3 Jahre gleichzeitig in den vorgenannten Dienstleistungsbereichen und im Produzierenden Gewerbe ermittelt. Künftig ist ein 4-Jahres-Turnus vorgesehen.

Rechtsgrundlage der Erhebung für das Jahr 1984 sowohl im Produzierenden Gewerbe wie im Dienstleistungsbereich ist die EG-Verordnung Nr. 3149/83 des Rates vom 4. November 1983. Danach sind die Arbeitskostenerhebungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf repräsentativer Ebene durchzuführen. In die Auswahl einzubeziehen waren grundsätzlich Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten, wobei die Berichtsunternehmen aus einer nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtenengrößenklassen geschichteten Grundgesamtheit im Wege einer sog. Zufallsstichprobe ermittelt worden sind. Der Auswahlsatz der Arbeitskostenerhebung 1984 im Dienstleistungsbereich für Nordrhein-Westfalen betrug 15,3 %²⁾.

Auswaleinheit und Erhebungseinheit war im Dienstleistungsbereich ausschließlich das Unternehmen im Unterschied zum Produzierenden Gewerbe, wo die Mehrbetriebsunternehmen für jeden ihrer Betriebe einen gesonderten Erhebungsbogen auszufüllen hatten. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß im Produzierenden Ge-

1) 1970 nicht im Bereich Großhandel

2) Vgl. „Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984“ in Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 10/1986, S. 697 ff.

werbe die Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte getrennt erfragt und nachgewiesen werden, während im Dienstleistungsbereich diese beiden Beschäftigtengruppen als „Arbeitnehmer“ zusammengefaßt sind und nicht getrennt werden können. Zwar sind in den einbezogenen Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsbereichs überwiegend Angestellte beschäftigt, doch gehören insbesondere dem Groß- und Einzelhandel, aber auch dem Bank- und Versicherungsgewerbe zahlreiche Arbeiter an.

Bei der Darstellung der Arbeits- bzw. Personalkosten werden die gleichen Gruppen von Aufwendungsarten unterschieden wie im Produzierenden Gewerbe, nämlich:

- Das Entgelt für geleistete Arbeit (als laufende Verdienstzahlungen, die ausschließlich der geleisteten Arbeitszeit zuzurechnen sind).
- Die Arbeits- oder Personalnebenkosten, zu denen alle übrigen Personalkosten zählen, auch die Verdienstbestandteile, die nicht unmittelbar Entgelt für geleistete Arbeitszeit sind (z. B. Sonderzahlungen oder die Vergütung arbeitsfreier Tage).

Arbeitskosten

Die Arbeitsnebenkosten werden sachlich in folgende Arten eingeteilt:

- Sonderzahlungen (z. B. Gratifikationen, Jahresabschlußvergütungen, Urlaubsgeld, dreizehntes Monatsgehalt, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers);
- Vergütung arbeitsfreier Tage (z. B. Urlaubsvergütung, Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Vergütung gesetzlicher Feiertage);
- Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (z. B. Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, Unfallversicherung, betriebliche Altersvorsorge einschl. Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen);
- Sonstige Arbeitsnebenkosten (z. B. Ausbildungsvergütungen, sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung, Entlassungsentschädigungen, Verpflegungs- und Kantinenzuschüsse u. ä.).

Arbeitsnebenkosten

Darüber hinaus ist die Unterscheidung zwischen gesetzlichen sowie tariflich und betrieblich vereinbarten Personalnebenkosten von Bedeutung. Nicht als Personalnebenkosten erfaßt werden Aufwendungen, die dem Schutz des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz dienen.

Arbeitskosten nach Aufwendungsarten

In den untersuchten Dienstleistungsbereichen des nordrhein-westfälischen Handels sowie Bank- und Versicherungsgewerbes betrugen im Jahr 1984 die Arbeitskosten durchschnittlich 49 140 DM je vollbeschäftigten Arbeitnehmer, das sind 4 095 DM je Monat. Von den jährlichen Arbeitskosten entfielen 27 865 DM oder 56,7 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 21 275 DM oder 43,3 % auf die Arbeitsnebenkosten. Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit, beliefen sich die Arbeitsnebenkosten mithin auf 76,40 DM, die die Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes zusätzlich je Arbeitnehmer aufzubringen hatten.

Von den durchschnittlichen Arbeits- bzw. Personalnebenkosten in Höhe von 21 275 DM entfiel mit 8 342 DM oder einem Anteil von 17 % an den gesamten Arbeits-

Durchschnittliche Arbeitskosten in ausgewählten Dienstleistungsbereichen*) 1984 nach Aufwendungsarten			
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten ¹⁾		
	DM	%	in % des Entgelts für geleistete Arbeit
Entgelt für geleistete Arbeit	27 865	56,7	100
Arbeitsnebenkosten	21 275	43,3	76,4
davon			
Sonderzahlungen	4 184	8,5	15,0
Vergütung arbeitsfreier Tage	6 420	13,1	23,0
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	8 342	17,0	29,9
sonstige Arbeitsnebenkosten	2 328	4,7	8,4
Arbeitskosten insgesamt	49 140	100	176,4
darunter			
Bruttolöhne und -gehälter	38 469	78,3	138,1
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	8 768	17,8	31,5

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten — 1) Vollbeschäftigte und mit Faktor 0,6 umgerechnete Teilzeitbeschäftigte

**Durchschnittliche Arbeitskosten
je Arbeitnehmer: 49 140 DM,
davon 21 275 DM an
Arbeitsnebenkosten**

kosten der größte Betrag auf die Aufwendungen der Arbeitgeber für Vorsorgeeinrichtungen. Es folgten mit 6 420 DM, entsprechend 13,1 %, der Posten der Vergütung arbeitsfreier Tage und mit 4 184 DM (8,5 %) die Sonderzahlungen. Die restlichen Personalnebenkosten waren „sonstige“ Aufwendungen, z. B. für berufliche Aus- und Weiterbildung, mit durchschnittlich 2 328 DM (4,7 % der gesamten jährlichen Arbeitskosten).

Die von den Unternehmen für ihre Arbeitnehmer erbrachten zusätzlichen Leistungen beruhten zu 17,8 % auf gesetzlichen Regelungen, wie auf der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, der Vergütung gesetzlicher Feiertage, den Arbeitgeberpflichtbeiträgen zur Sozialversicherung, den Aufwendungen nach dem Schwerbehindertengesetz, Umlagen für das Konkursausfallgeld usw. Entsprechend schlugen die tariflich oder betrieblich vereinbarten Personalnebenkosten mit 25,5 % an den gesamten durchschnittlichen Arbeitskosten zu Buche.

Arbeitskosten nach Beschäftigtengrößenklassen

**Arbeitskostenbelastung in
Abhängigkeit von
Unternehmensgröße**

In der Gliederung der Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen waren die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer vergleichsweise recht unterschiedlich. In der Größenklasse 10 bis 49 Beschäftigte wurden mit 43 591 DM die niedrigsten Arbeitskosten festgestellt. Sie lagen um 11,3 % unter dem Gesamtdurchschnitt von 49 140 DM. Die höchsten Arbeitskosten waren dagegen mit 54 992 DM in der Größenklasse 500 bis 999 Beschäftigte zu finden. Nur um 3,8 % über dem Landesdurchschnitt lagen die Arbeitskosten mit 51 029 DM je Arbeitnehmer in Großbetrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten.

Durchschnittliche Arbeitskosten in ausgewählten Dienstleistungsbereichen*) 1984 nach Beschäftigtengrößenklassen		
Beschäftigtengrößenklasse	Jährliche Arbeitskosten	
	insgesamt	je Vollbeschäftigten ¹⁾
	%	DM
Unternehmen mit ... Beschäftigten		
10 — 49	19,0	43 591
50 — 99	8,9	47 333
100 — 199	8,8	47 991
200 — 499	11,3	51 490
500 — 999	7,6	54 992
1 000 und mehr	44,4	51 029
Insgesamt	100	49 140

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten — 1) Vollbeschäftigte und mit Faktor 0,6 umgerechnete Teilzeitbeschäftigte

Von den gesamten jährlichen Arbeitskosten her gesehen, fiel der überwiegende Teil, nämlich 44,4 %, in der Beschäftigtengrößenklasse von 1 000 und mehr Arbeitnehmern an. Dagegen wies die Größenklasse von 500 bis 999 Beschäftigte mit nur 7,6 % den geringsten Anteil auf. In der Größenklasse der Klein- und Mittelbetriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten betrug der Anteil an den Arbeitskosten immerhin 19 %.

Arbeitskosten nach Dienstleistungsbereichen

Eine Aufschlüsselung der Arbeitskosten des Jahres 1984 auf die im Rahmen der EG-Erhebung befragten Dienstleistungsbereiche ergibt, daß auf den Einzelhandel mit 36,4 % und auf den Großhandel mit 34,6 % die größten Anteile entfielen. Dagegen fielen im Bankgewerbe 19,6 % und im Versicherungsgewerbe 9,4 % der insgesamt ermittelten jährlichen Arbeitskosten an.

Bezüglich der Struktur der Arbeitskosten ergeben sich innerhalb der vier angesprochenen Bereiche beachtliche Unterschiede. Die höchsten durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer entstanden im Versicherungsgewerbe mit 67 808 DM und im Bankgewerbe mit 61 028 DM. Beide Bereiche liegen erheblich über dem Durchschnitt für alle befragten Unternehmen von 49 140 DM. Mit 51 172 DM hat der Großhandel den Gesamtdurchschnitt nur wenig überschritten, während die durch-

schnittlichen Arbeitskosten im Einzelhandel mit 40 478 DM vergleichsweise niedrig ausfielen. Bezogen auf den Einzelhandel lagen die Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe um nicht weniger als 67,5 % darüber. Als Ursache dafür können die im Einzelhandel im allgemeinen niedrigeren Gehälter bzw. die im Bank- und Versicherungsgewerbe erwartete höhere berufliche Qualifikation angesehen werden. Zudem werden besonders im Gewerbebereich des Einzelhandels überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt, die zum Teil als angelernte bzw. ungelernte Arbeitskräfte in niedrigeren Lohngruppen eingestuft sind.

Höchste Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe, niedrigste im Einzelhandel

Durchschnittliche Arbeitskosten in ausgewählten Dienstleistungsbereichen*) 1984 nach Branchen			
Bereich	Jährliche Arbeitskosten		
	insgesamt	je Vollbeschäftigten ¹⁾	je geleistete Arbeitsstunden
	%	DM	
Großhandel	34,6	51 172	28,70
Einzelhandel	36,4	40 478	22,78
Bankgewerbe	19,6	61 028	34,48
Versicherungsgewerbe	9,4	67 808	38,70
Insgesamt	100	49 140	27,67

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten — 1) Vollbeschäftigte und mit Faktor 0,6 umgerechnete Teilzeitbeschäftigte

Die verbreitete Frauenbeschäftigung im Einzelhandel spiegelt sich auch in den Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde wider. Hier ergaben sich mit 22,78 DM die niedrigsten Zahlen, während der Spitzenwert mit 38,70 DM je Arbeitsstunde für das Versicherungsgewerbe ermittelt wurde. Zwischen dieser Spanne lagen der Großhandel mit 28,70 DM Stundendurchschnitt und das Bankgewerbe mit 34,48 DM. Für die vier Bereiche zusammengenommen, ergab sich ein Wert von 27,67 DM je geleistete Arbeitsstunde.

Großhandel

Im Bereich Großhandel Nordrhein-Westfalens betrugen im Jahr 1984 die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer 51 172 DM. Das Entgelt für geleistete Arbeit belief sich auf 30 903 DM, das sind 60,4 % der Gesamtarbeitskosten, während sich die Arbeitsnebenkosten auf 20 269 DM und damit auf 39,6 % der Gesamtkosten bezifferten. Unter den Arbeitsnebenkosten spielten die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen mit 8 383 DM (16,4 %) und die Vergütung arbeitsfreier Tage mit 6 553 DM (12,8 %) die größte Rolle, wogegen die Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt, vermögenswirksame Leistungen usw.) mit 3 794 DM (7,4 %) und die sonstigen Arbeitsnebenkosten mit 1 539 DM (3 %) ins Gewicht fielen. Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit mußten 65,60 DM an Arbeits- oder Personalnebenkosten zusätzlich je Vollbeschäftigten aufgewendet werden.

Durchschnittliche Arbeitskosten im Großhandel: 51 172 DM

Durchschnittliche Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel 1984 nach Aufwendungsarten						
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten im					
	Großhandel			Einzelhandel		
	DM	%	in % des Entgelts für geleistete Arbeit	DM	%	in % des Entgelts für geleistete Arbeit
Entgelt für geleistete Arbeit	30 903	60,4	100	23 306	57,6	100
Arbeitsnebenkosten	20 269	39,6	65,6	17 172	42,4	73,7
davon						
Sonderzahlungen	3 794	7,4	12,3	2 950	7,3	12,7
Vergütung arbeitsfreier Tage	6 553	12,8	21,2	5 705	14,1	24,5
Aufwendungen für						
Vorsorgeeinrichtungen	8 383	16,4	27,1	6 348	15,7	27,2
sonstige Arbeitsnebenkosten	1 539	3,0	5,0	2 169	5,3	9,3
Arbeitskosten insgesamt	51 172	100	165,6	40 478	100	173,7
darunter						
Bruttolöhne und -gehälter	41 250	80,6	133,5	31 960	79,0	137,1
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	9 183	17,9	29,7	7 479	18,5	32,1

Aufgegliedert nach Unternehmensgrößenklassen, zeigt sich, daß fast ein Drittel (30,2 %) aller Arbeitskosten in den Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten anfielen. Dies deutet auf eine hohe Zahl von Großhandelsunternehmen und darin Beschäftigten in dieser Größenklasse hin. Der niedrigste Arbeitskostenanteil ergab sich mit 8,4 % in der Größenklasse 500 bis 999 Beschäftigte, während der Anteil der Großbetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten 18,2 % an den Gesamtkosten ausmachte.

Bezogen auf die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer, stand ein Betrag von 59 270 DM in Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten einem Betrag von 47 323 DM in der Unternehmensgrößenklasse 10 bis 49 Beschäftigte gegenüber. In den dazwischenliegenden Unternehmensgrößenklassen ist ein kontinuierlicher Anstieg der Arbeitskosten vom kleineren zum Großunternehmen hin erkennbar. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vergleich der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde. Die höchsten bzw. niedrigsten Beträge lauteten 33,57 DM für die Großunternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten und 26,38 DM für die kleinen Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten, während sich für alle Unternehmen des Großhandels ein Schnitt von 28,70 DM je geleistete Arbeitsstunde errechnete.

Im Vergleich der Erhebung von 1984 mit der von 1978 haben sich die durchschnittlichen Arbeitskosten je Beschäftigten im Großhandel von 35 790 DM auf 51 172 DM und damit um 43 % erhöht. Betrachtet man die beiden Hauptgruppen der Arbeitskosten getrennt, so zeigt sich, daß die Erhöhung des Entgelts für geleistete Arbeit in den letzten 6 Jahren vom Anwachsen der Arbeitsnebenkosten deutlich übertroffen

Durchschnittliche Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel 1984 nach Beschäftigtengrößenklassen						
Beschäftigten- größenklasse	Jährliche Arbeitskosten im					
	Großhandel			Einzelhandel		
	insgesamt	je Voll- beschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde	insgesamt	je Voll- beschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde
	%	DM		%	DM	
Unternehmen mit ... Beschäftigten						
10 — 49	30,2	47 323	26,38	19,1	37 030	20,58
50 — 99	15,1	49 004	27,40	5,5	38 436	21,40
100 — 199	12,9	49 225	27,79	5,6	38 021	21,41
200 — 499	15,2	53 081	29,77	6,6	39 987	22,64
500 — 999	8,4	55 137	31,01	3,6	39 479	22,08
1 000 und mehr	18,2	59 270	33,57	59,6	42 328	23,94
Insgesamt	100	51 172	28,70	100	40 478	22,78

Durchschnittliche Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel 1978 — 1984 nach Aufwendungsarten						
Aufwendungsart	Großhandel			Einzelhandel		
	1978	1981	1984	1978	1981	1984
jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten in DM						
Entgelt für geleistete Arbeit	22 516	27 315	30 903	17 493	19 824	23 306
Arbeitsnebenkosten	13 274	16 951	20 269	12 236	14 204	17 172
davon						
Sonderzahlungen	2 362	3 187	3 794	2 432	2 582	2 950
Vergütung arbeitsfreier Tage	4 575	5 747	6 553	3 894	4 606	5 705
Aufwendungen für						
Vorsorgeeinrichtungen	5 592	6 880	8 383	4 591	5 066	6 348
sonstige Arbeitsnebenkosten	745	1 137	1 539	1 319	1 950	2 169
Arbeitskosten insgesamt	35 790	44 266	51 172	29 729	34 028	40 478
Aufwendungen in % der Arbeitskosten insgesamt						
Entgelt für geleistete Arbeit	62,9	61,7	60,4	58,8	58,3	57,6
Arbeitsnebenkosten	37,1	38,3	39,6	41,2	41,7	42,4
davon						
Sonderzahlungen	6,6	7,2	7,4	8,2	7,6	7,3
Vergütung arbeitsfreier Tage	12,8	13,0	12,8	13,1	13,5	14,1
Aufwendungen für						
Vorsorgeeinrichtungen	15,6	15,5	16,4	15,4	14,9	15,7
sonstige Arbeitsnebenkosten	2,1	2,6	3,0	4,5	5,7	5,3

wurde. Verzeichnete das „direkte Entgelt“ ein Plus von 37,2 %, so betrug der Anstieg der Nebenkosten in der gleichen Zeitspanne 52,7 %. Innerhalb dieser Aufwendungsart hatte die Gruppe der „sonstigen Arbeitsnebenkosten“ mit +106,6 % die stärkste Zunahme. Den zweitstärksten Anstieg verzeichneten die Sonderzahlungen (+60,6 %), gefolgt von den Aufwendungen für Vorsorgeleistungen (+49,9 %) und den Kosten der Vergütung arbeitsfreier Tage (+43,2 %).

**Arbeitsnebenkosten im Handel:
zwei Fünftel der Gesamtarbeitskosten**

Von den im Bereich Großhandel für 1984 ermittelten durchschnittlichen Arbeitskosten in Höhe von 51 172 DM je Arbeitnehmer entfielen 60,4 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 39,6 % auf die Personalnebenkosten. Gegenüber dem Stand von 1978 mit Anteilsätzen von 62,9 bzw. 37,1 % ist somit eine spürbare Veränderung eingetreten, und zwar zugunsten der Nebenkosten, da diese – wie dargestellt – in den dazwischenliegenden 6 Jahren merklich stärker zunahmen als das Entgelt für geleistete Arbeit.

Einzelhandel

Im Bereich des nordrhein-westfälischen Einzelhandels wurden 1984 durchschnittliche Arbeitskosten in Höhe von 40 478 DM festgestellt, das sind 3 373 DM je Monat und Arbeitnehmer. Von den Jahresarbeitskosten je Arbeitnehmer entfielen 23 306 DM auf das Entgelt für geleistete Arbeit, das entspricht einem Anteil von 57,6 %. Entsprechend belief sich der Anteil der Arbeitsnebenkosten je Arbeitnehmer auf 42,4 %. Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit, waren mithin von den Einzelhandelsunternehmen zusätzliche Personalnebenkosten in Höhe von 73,70 DM je Beschäftigten aufzubringen.

Von den durchschnittlichen Arbeitsnebenkosten in Höhe von 17 172 DM je Arbeitnehmer entfiel mit 6 348 DM und einem Anteil von 15,7 % an den Gesamtkosten der größte Betrag auf die Aufwendungen der Arbeitgeber für Vorsorgeeinrichtungen, dicht dahinter mit 5 705 DM, entsprechend 14,1 %, die Position der Vergütung arbeitsfreier Tage. Es folgten die Sonderzahlungen mit einem Betrag von durchschnittlich 2 950 DM (7,3 % der gesamten jährlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer) sowie der Posten der sonstigen Arbeitsnebenkosten mit durchschnittlich 2 169 DM (5,3 %).

Die Aufgliederung nach Unternehmensgrößenklassen zeigt, daß 59,6 % aller Arbeitskosten in den Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten anfielen. In der Größenklasse von 10 bis 49 Beschäftigten waren es dagegen 19,1 %, während sich die restlichen 21,3 % auf die übrigen 4 Unternehmensgrößenklassen verteilten. Der Anteil der Arbeitskosten von drei Fünfteln in der obersten Gruppe der Großbetriebe deutet auf eine Konzentration der Beschäftigten des Einzelhandels in dieser Größenklasse hin.

**Durchschnittliche Arbeitskosten
im Einzelhandel: 40 478 DM**

In bezug auf die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer ist der Einfluß der Unternehmensgröße auf die Arbeitskostenhöhe im Einzelhandel geringer als erwartet. Zwar stand hier ein Betrag von 42 328 DM in der Größenklasse von 1 000 und mehr Beschäftigten einem Betrag von 37 030 DM in der Größenklasse 10 bis 49 Beschäftigte gegenüber. In den dazwischenliegenden Größenklassen ist jedoch – anders als im Großhandel – ein kontinuierlicher Anstieg der Arbeitskosten in Abhängigkeit zur Unternehmensgröße nicht nachweisbar. Dies gilt im übrigen auch beim Vergleich der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde. Mit 20,58 DM errechneten sich zwar die niedrigsten Beträge ebenso in der untersten Beschäftigtengrößenklasse wie mit 23,94 DM die höchsten in der Gruppe der Großbetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten; in den übrigen Größenklassen jedoch streuten die Werte und lagen ausnahmslos unter dem Durchschnitt von 22,78 DM je geleistete Arbeitsstunde für den gesamten Einzelhandel.

Im Zeitvergleich haben sich die Arbeitskosten je Beschäftigten von 29 729 DM im Jahre 1978 auf 40 478 DM in 1984 und damit um 36,2 % erhöht. Ähnlich wie im Großhandel konnte auch hier eine unterschiedliche Entwicklung der beiden Hauptgruppen der Arbeitskosten festgestellt werden: Die Zunahme des Entgelts für geleistete Arbeit in den letzten 6 Jahren um 33,2 % wurde vom Anwachsen der Arbeitsnebenkosten mit einem Plus von 40,3 % spürbar übertroffen. Innerhalb der Arbeitsnebenkosten hatte der Posten „sonstige Nebenkosten“ mit +64,4 % die stärkste Zunahme zu verzeichnen, gefolgt von den Aufwendungen für die Vergütung arbeitsfreier Tage (+46,5 %), für Vorsorgeeinrichtungen (+38,3 %) und für Sonderzahlungen (+21,3 %).

Von den im Einzelhandel für 1984 errechneten durchschnittlichen Arbeitskosten von 40 478 DM je Beschäftigten entfielen 57,6 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 42,4 % auf die Personalnebenkosten. Gegenüber den bei der Erhebung von 1978 festgestellten Anteilsätzen von 58,8 bzw. 41,2 % ist damit eine vergleichsweise eher geringere Verschiebung zugunsten der Arbeitsnebenkosten zu verzeichnen. Entsprechend niedrig waren auch die im Betrachtungszeitraum eingetretenen Veränderungen der Anteilswerte der einzelnen Nebenkostenarten.

Bankgewerbe

Sichtlich höher als im Handel liegen die Arbeitskosten in den Zweigen des Bank- und des Versicherungsgewerbes. So wies das Bankgewerbe in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1984 durchschnittliche Arbeitskosten je Arbeitnehmer von jährlich 61 028 DM bzw. von monatlich 5 086 DM auf. Auf das Entgelt für geleistete Arbeit entfielen 31 334 DM, das entspricht einem Anteil von 51,3 % an den gesamten jährlichen Arbeitskosten, während sich die Arbeitsnebenkosten auf 29 694 DM und damit auf einen Anteil von 48,7 % bezifferten. Unter den Arbeitsnebenkosten spielten die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen mit durchschnittlich 11 216 DM (18,4 % der Arbeitskosten je Beschäftigten) die größte Rolle. Die Vergütung arbeitsfreier Tage in Höhe von 7 239 DM und die Sonderzahlungen in Höhe von 7 153 DM hatten mit Anteilswerten von 11,9 bzw. 11,7 % ein in etwa gleiches Gewicht. Dagegen schlugen die sonstigen Arbeitsnebenkosten mit 4 086 DM je Vollbeschäftigten (6,7 %) zu Buche.

Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit, mußten im Bankgewerbe nicht weniger als 94,80 DM an Personalnebenkosten zusätzlich aufgewendet werden. Hier fallen insbesondere die relativ hohen Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen, vor allem für die betriebliche Altersversorgung ins Gewicht, die allein 35,8 % des Entgelts für geleistete Arbeit betrugen. Ebenfalls überdurchschnittlich hoch – im Vergleich

Durchschnittliche Arbeitskosten
im Bankgewerbe: 61 028 DM

Durchschnittliche Arbeitskosten im Bank- und Versicherungsgewerbe 1984 nach Aufwendungsarten						
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten im					
	Bankgewerbe			Versicherungsgewerbe		
	DM	%	in % des Entgelts für geleistete Arbeit	DM	%	in % des Entgelts für geleistete Arbeit
Entgelt für geleistete Arbeit	31 334	51,3	100	34 548	50,9	100
Arbeitsnebenkosten	29 694	48,7	94,8	33 260	49,1	96,3
davon						
Sonderzahlungen	7 153	11,7	22,8	7 212	10,6	20,9
Vergütung arbeitsfreier Tage	7 239	11,9	23,1	8 505	12,6	24,6
Aufwendungen für						
Vorsorgeeinrichtungen	11 216	18,4	35,8	14 401	21,3	41,9
sonstige Arbeitsnebenkosten	4 086	6,7	13,0	3 142	4,6	9,1
Arbeitskosten insgesamt	61 028	100	194,8	67 808	100	196,3
darunter						
Bruttolöhne und -gehälter	45 725	74,9	145,9	50 265	74,1	145,5
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	10 224	16,8	32,6	11 730	17,3	34,0

Durchschnittliche Arbeitskosten im Bank- und Versicherungsgewerbe 1984 nach Beschäftigtengrößenklassen						
Beschäftigten- größenklasse	Jährliche Arbeitskosten im					
	Bankgewerbe			Versicherungsgewerbe		
	insgesamt	je Voll- beschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde	insgesamt	je Voll- beschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde
	%	DM		%	DM	
Unternehmen mit ... Beschäftigten						
10 – 49	7,6	57 934	32,09	1,1	66 636	37,79
50 – 99	7,8	56 297	31,70	1,9	64 193	35,73
100 – 199	9,9	57 734	32,64	3,3	68 096	38,42
200 – 499	16,2	59 019	33,23	5,3	68 986	38,41
500 – 999	10,9	60 244	34,16	13,3	73 817	42,12
1 000 und mehr	47,6	64 148	36,41	75,1	66 857	38,27
Insgesamt	100	61 028	34,48	100	67 808	38,70

zum Handelsbereich – sind die Sonderzahlungen, insbesondere Gratifikationen und Erfolgsbeteiligungen, die einen Anteil von 22,8 % am Entgelt für geleistete Arbeit ausmachten.

Die Darstellung der gesamten Arbeitskosten in der Gliederung nach Beschäftigten-
größenklassen der Unternehmen ergibt, daß im Bankgewerbe 47,6 % der Gesamtkosten auf die Großunternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten entfielen, während den niedrigsten Anteil mit 7,6 % die Größenklasse 10 bis 49 Beschäftigte besaß. Der Rest von 44,8 % der Kosten verteilte sich auf die dazwischenliegenden Unternehmensgrößenklassen.

Auch bei der Betrachtung der durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollbeschäftigten und der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde ergibt sich, daß die höchsten Werte mit 64 148 DM bzw. mit 36,41 DM jeweils in der Größenklasse 1 000 und mehr Beschäftigte erreicht wurden. Dagegen verzeichnete die entsprechend niedrigsten Werte mit 56 297 DM bzw. mit 31,70 DM Stundendurchschnitt die Größenklasse von 50 bis 99 Beschäftigten. Die Klasse der Kleinbetriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten lag mit Arbeitskosten von 57 934 DM bzw. mit 32,09 DM Stundendurchschnitt darüber, jedoch noch deutlich unter den für das gesamte Bankgewerbe errechneten Durchschnittskosten von 61 028 DM je Arbeitnehmer bzw. von 34,48 DM je geleistete Arbeitsstunde.

Was auffällt, ist die relativ geringe Schwankungsbreite der Werte der einzelnen Unternehmensgrößenklassen um den Branchendurchschnitt. Gründe hierfür sind ein – im Vergleich zum Handelsbereich – in sich stark homogener Wirtschaftszweig und eine gleichartige Beschäftigtenstruktur in den Unternehmen. Die wirtschaftliche Situation im Bankgewerbe ist im allgemeinen, bedingt u. a. durch die gesetzlichen Vorschriften im Geld- und Kreditwesen, einheitlicher als im Handel, so daß die Arbeitskostenbelastung der Unternehmen nicht so stark differiert.

Zwischen den Erhebungen von 1978 und 1984 sind im Bankgewerbe die durchschnittlichen Arbeitskosten von 44 613 DM auf 61 028 DM je Arbeitnehmer und damit um 36,8 % angestiegen. Dabei machte der Anstieg bei dem Entgelt für geleistete Arbeit 31,6 % aus, während die Arbeitsnebenkosten in den letzten 6 Jahren überdurchschnittlich um 42,7 % zunahmen. Innerhalb der Arbeitsnebenkosten hatten die „sonstigen Kosten“ mit einem bemerkenswerten Plus von 127,8 % die stärkste Zunahme. Mit +47,9 % haben sich aber auch die Sonderzahlungen kräftig erhöht.

Arbeitsnebenkosten im Bank- und Versicherungsgewerbe: fast die Hälfte der Gesamtarbeitskosten

Von den im Bankenbereich für 1984 ermittelten jährlichen Arbeitskosten in Höhe von 61 028 DM je Arbeitnehmer entfielen 51,3 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und entsprechend 48,7 % auf die Arbeitsnebenkosten. Dagegen hatten die Anteil-

Durchschnittliche Arbeitskosten im Bank- und Versicherungsgewerbe 1978 – 1984 nach Aufwendungsarten						
Aufwendungsart	Bankgewerbe			Versicherungsgewerbe		
	1978	1981	1984	1978	1981	1984
jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten in DM						
Entgelt für geleistete Arbeit	23 811	28 116	31 334	25 518	32 475	34 548
Arbeitsnebenkosten	20 802	25 532	29 694	22 172	27 877	33 260
davon						
Sonderzahlungen	4 836	6 207	7 153	5 215	6 279	7 212
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 545	6 642	7 239	6 370	7 327	8 505
Aufwendungen für						
Vorsorgeeinrichtungen	8 627	9 537	11 216	8 974	11 745	14 401
sonstige Arbeitsnebenkosten	1 794	3 146	4 086	1 613	2 526	3 142
Arbeitskosten insgesamt	44 613	53 648	61 028	47 690	60 352	67 808
Aufwendungen in % der Arbeitskosten insgesamt						
Entgelt für geleistete Arbeit	53,4	52,4	51,3	53,5	53,8	50,9
Arbeitsnebenkosten	46,6	47,6	48,7	46,5	46,2	49,1
davon						
Sonderzahlungen	10,8	11,6	11,7	10,9	10,4	10,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	12,4	12,4	11,9	13,4	12,1	12,6
Aufwendungen für						
Vorsorgeeinrichtungen	19,3	17,8	18,4	18,8	19,5	21,3
sonstige Arbeitsnebenkosten	4,1	5,8	6,7	3,4	4,2	4,6

sätze 1978 noch 53,4 bzw. 46,6 % betragen. Infolge der relativ stärkeren Dynamik der Personalnebenkosten ist ihr Anteil damit auch im Bankgewerbe weiter gestiegen und beläuft sich nunmehr auf fast die Hälfte der gesamten Personalkosten.

Versicherungsgewerbe

Der Wirtschaftszweig des Versicherungsgewerbes hatte 1984 in Nordrhein-Westfalen durchschnittliche Arbeitskosten in Höhe von jährlich 67 808 DM bzw. monatlich 5 651 DM je Arbeitnehmer. Von den Jahresarbeitskosten entfielen 34 548 DM auf das Entgelt für geleistete Arbeit; das entspricht einem Anteil von 50,9 % der durchschnittlichen Arbeitskosten. Entsprechend belief sich der Anteil der Arbeitsnebenkosten je Arbeitnehmer auf 49,1 %. Dies bedeutet, daß, bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit, vom Versicherungsgewerbe zusätzlich 96,30 DM (Bankgewerbe: 94,80 DM) an Arbeitsnebenkosten aufzubringen waren. Damit wurden die Prozentsätze der Personalnebenkosten im Handel ganz erheblich übertroffen.

Durchschnittliche Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe: 67 808 DM

Von den Arbeitsnebenkosten von durchschnittlich 33 260 DM je Arbeitnehmer entfiel mit 14 401 DM und einem Anteil von 21,3 % an den Gesamtkosten der eindeutig größte Betrag auf die Aufwendungen der Arbeitgeber für Vorsorgeeinrichtungen. Mit Abstand folgten mit 8 505 DM, entsprechend 12,6 %, die Kosten der Vergütung arbeitsfreier Tage und mit 7 212 DM, entsprechend 10,6 %, die Sonderzahlungen. Die sonstigen Arbeitsnebenkosten bezifferten sich im Durchschnitt auf 3 142 DM (4,6 %).

Bei der Betrachtung der Hauptgruppen der Aufwendungsarten innerhalb der Personalnebenkosten sind ähnliche Strukturverhältnisse wie im Bankgewerbe zu erkennen. Auch im Versicherungsgewerbe dominieren die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Mitarbeiter, die mit 41,9 % des Entgelts für geleistete Arbeit zu Buche schlugen, gefolgt von den Sonderzahlungen in Form von Gratifikationen, Prämien usw. mit einem Anteil von 20,9 % und der Vergütung arbeitsfreier Tage mit 24,6 % am Entgelt für geleistete Arbeit.

Abweichungen gegenüber dem Bankgewerbe ergeben sich dagegen im Vergleich der Arbeitskosten nach Beschäftigtengrößenklassen. Nach der Erhebung für das Jahr 1984 sind im Versicherungsgewerbe große Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten dominierend; auf sie entfielen allein 75,1 % der gesamten Arbeitskosten. Die restlichen 24,9 % verteilten sich ungleichmäßig auf die übrigen 5 Beschäftigtengrößenklassen.

Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer waren in den einzelnen Beschäftigtengrößenklassen sehr unterschiedlich, so daß im Versicherungsgewerbe kein direkter Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Arbeitskosten je Arbeitnehmer zu erkennen ist. Die höchsten durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollbeschäftigten besaß die Größenklasse 500 bis 999 Beschäftigte mit 73 817 DM, die niedrigsten waren in der Größenklasse 50 bis 99 Beschäftigte mit 64 193 DM zu finden. Die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde vermitteln ein ähnliches Bild. Der niedrigste Stundendurchschnitt wurde mit 35,73 DM ebenfalls in der Größenklasse 50 bis 99 Beschäftigte und der höchste Durchschnitt mit 42,12 DM in der Größenklasse 500 bis 999 Beschäftigte ermittelt. In den übrigen Größenklassen waren die Werte sehr nah um die Durchschnittskosten von 67 808 DM je Vollbeschäftigten bzw. von 38,70 DM je geleistete Arbeitsstunde für das gesamte Versicherungsgewerbe gruppiert.

Auch im Dienstleistungsbereich: stärkerer Anstieg der Arbeitsnebenkosten

Im Zeitvergleich der Erhebung von 1984 mit der von 1978 haben sich die durchschnittlichen Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe von 47 690 DM auf 67 808 DM je Arbeitnehmer und damit um 42,2 % erhöht. Im Vergleich der beiden Hauptgruppen der Arbeitskosten blieb die Entwicklung des Entgelts für geleistete Arbeit in diesem Zeitraum mit +35,4 % hinter dem Gesamtanstieg zurück, während die Arbeitsnebenkosten mit +50 % einen überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichneten. Innerhalb dieser hatten die „sonstigen“ Arbeitsnebenkosten mit +94,8 % die stärkste Zunahme. An zweiter Stelle folgten die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen mit einem Plus von 60,5 %. Die Veränderungsraten der Sonderzahlungen (+38,3 %) und der Kosten der Vergütung arbeitsfreier Tage (+33,5 %) blieben unter dem Durchschnitt.

An den 1984 im Versicherungsgewerbe festgestellten Arbeitskosten in Höhe von 67 808 DM je Arbeitnehmer hatten das Entgelt für geleistete Arbeit und die Arbeits-

nebenkosten Anteile von 50,9 bzw. 49,1 %. Dagegen hatte das Verhältnis 1978 noch 53,5 zu 46,5 % betragen. Das weitere Anwachsen der Arbeitsnebenkosten und des Anteils derselben ist weitgehend durch das Ansteigen der Anteile der Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (von 18,8 auf 21,3 %) und der sonstigen Arbeitsnebenkosten (von 3,4 auf 4,6 %) verursacht. Aufgrund dieser Entwicklung haben auch die gesamten Arbeitsnebenkosten im Versicherungsgewerbe mit 49,1 % das schon beim Bankgewerbe (48,7 %) erwähnte starke Gewicht innerhalb der Arbeitskosten bekommen und übertreffen damit die Prozentsätze der Nebenkosten im Großhandel (39,6 %) wie im Einzelhandel (42,4 %) ganz deutlich.

RUNDBLICK

Allgemeinbildende Schulen 1985/86

Die Situation an den allgemeinbildenden Schulen Nordrhein-Westfalens im Schuljahr 1985/86 war vor allem dadurch geprägt, daß

- der Schülerrückgang sich nur leicht abgeschwächt hat und dadurch die Gesamtzahl der Schüler auf dem niedrigsten Niveau nach 1965 angelangt ist
- die Zahl der ausländischen Schüler zwar noch geringfügig gesunken ist, der Ausländeranteil aber eine neue Höchstmarke erreicht hat
- durch die steigende Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung der Rückgang des Lehrpersonals weitgehend gebremst wurde
- die durchschnittlichen Klassengrößen sich erneut deutlich verringert hatten.

Den 2 061 654 Schülern im allgemeinbildenden Schulwesen, das sind 111 630 oder 5,1 % weniger als im Vorjahr, standen insgesamt 6 750 (Vorjahr: 6 749) Schulen zur Verfügung. Durch die Neugründung von 11 Sonderschulen, 8 Gesamtschulen, 3 Waldorfschulen und 1 Grundschule hat sich damit — trotz der Schließung von insgesamt 22 Schulen (darunter 10 Hauptschulen, 6 Sonderschulen, 4 Grundschulen) — die Zahl der in diesem Bildungssektor eingerichteten Schulen erstmals seit Jahren nicht mehr verringert¹⁾.

Schulen der allgemeinen Ausbildung

Die stärkste Schülergruppe unter den 2 061 654 (Vorjahr: 2 156 722) Schülern im Bereich der allgemeinen Ausbildung stellten die Grundschüler (ohne Schulkindergarten: 619 943), gefolgt von den Gymnasiasten (540 141), Hauptschülern (431 022), Realschülern (283 066), Sonderschülern (ohne Sonderschulkindergarten: 86 496), Gesamtschülern (60 458) und Schülern der freien Waldorfschulen (9 805). Weitere 924 Schüler gehen in die 3 noch nicht umorganisierten Volksschulen und 12 211 bzw. 502 zwar schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder besuchten den Schulkindergarten bzw. den Sonderschulkindergarten.

An der Grundschule (einschließlich Schulkindergarten) hatte sich der Schülerrückgang weiter abgeschwächt (—12 728 oder —2,0 % gegenüber —19 709 oder —3,0 % im Vorjahr); dennoch markieren die 632 154 Grundschüler einen neuen Tiefstand der Grundschülerzahl seit Bestehen des Landes. Gegenüber 1972, dem Jahr mit den bislang meisten Grundschülern, hatte sich die Zahl der Grundschüler sogar nahezu halbiert. Nachdem im Vorjahr die Zahl der ausländischen Grundschüler erstmals nicht nur relativ, sondern auch absolut erheblich stärker als die Zahl der deutschen

¹⁾ Nach 1970 ist die Zahl der allgemeinbildenden Schulen per Saldo ständig, und zwar auch noch in Zeiten steigender Schülerzahlen (also bis 1976), von 7 171 in 1970/71 über 6 938 in 1975/76 und 6 818 in 1980/81 auf 6 749 in 1984/85 zurückgegangen; lediglich im Schuljahr 1982/83 blieb die Zahl der Schulen mit 6 800 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Bildung

Schulen, Klassen und Schüler im allgemeinbildenden Schulwesen 1985/86							
Schulform	Schulen	Klassen ¹⁾	Schüler				
			insgesamt	weiblich		ausländisch	
	Anzahl				Anteil an Spalte 3 %	Anzahl	Anteil an Spalte 3 %
	1	2	3	4	5	6	7
Grundschule	3 388	30 437	632 154	307 839	48,7	93 604	14,8
darunter							
Schulkindergarten	832	928	12 211	5 008	41,0	3 225	26,4
Hauptschule	1 289	19 270	431 022	197 297	45,8	77 692	18,0
Volksschule	3	40	924	437	47,3	21	2,3
Realschule	551	10 418	283 066	147 459	52,1	16 124	5,7
Gesamtschule	64	1 919	60 458	27 591	45,6	8 015	13,3
Gymnasium	640	12 568	540 141	274 183	50,8	18 330	3,4
Waldorfschule	25	314	9 805	4 985	50,8	203	2,1
Zusammen	5 960	74 966	1 957 570	959 751	49,0	213 989	10,9
Sonderschule im Bereich G/H	736	7 753	86 530	33 763	39,0	13 593	15,7
darunter							
Sonderschulkindergarten	26	68	502	197	39,2	70	13,9
Sonderschule im Bereich R/Gy	2	41	468	202	43,2	39	8,3
Zusammen	738	7 794	86 998	33 965	39,0	13 632	15,7
Schulen der allgemeinen							
Ausbildung	6 698	82 760	2 044 568	993 716	48,6	227 621	11,1
Primarstufe	3 949	32 375	654 162	316 372	48,4	97 069	14,8
Sekundarstufe I	3 103	48 495	1 165 235	566 444	48,6	123 578	10,6
Sekundarstufe II	690	36	208 533	103 719	49,7	5 329	2,6
ohne Stufenangabe ²⁾	162	1 856	16 638	7 181	43,2	1 645	9,9
Abendrealschule	22	x	3 985	1 790	44,9	539	13,5
Abendgymnasium	15	x	7 442	3 612	48,5	251	3,4
Kolleg	15	x	5 659	2 660	47,0	114	2,0
Schulen der allgemeinen							
Fortbildung	52	x	17 086	8 062	47,2	904	5,3
Allgemeinbildende Schulen	6 750	82 760	2 061 654	1 001 778	48,6	228 525	11,1

1) Bei der Zuordnung der Klassen zu Bildungsstufen Doppelzählung von 2 Mischklassen — 2) Klassen für Geistigbehinderte und Krankenklassen an Sonderschulen im Bereich G/H sowie Klassen für Geistigbehinderte und Klassen des berufsbildenden Bereichs an freien Waldorfschulen

Grundschüler abgenommen hatte²⁾, liegt der absolute Rückgang der ausländischen Grundschüler mit –5 594 nun wieder unter dem entsprechenden Wert für die deutschen Grundschüler (–7 134). Dennoch hat sich der Anteil der Ausländer an den Grundschulen weiter verringert, und zwar auf 14,8 (Vorjahr: 15,4) %. Damit nimmt die Grundschule hinter der Haupt- bzw. Sonderschule nur noch den dritten Rang im allgemeinbildenden Schulwesen ein, nachdem sie noch bis 1983/84 stets die Schulform mit dem höchsten Ausländeranteil gewesen war.

Mit einem Minus von 48 541 oder 10,1 % (Vorjahr: –58 163 oder –10,8 %) verzeichnet die Hauptschule ebenfalls einen geringeren Schülerrückgang als im Vorjahr³⁾. Die Gesamtzahl beträgt 431 022 Hauptschüler im Schuljahr 1985/86. Hervorzuheben ist, daß sich der Rückgang der ausländischen Hauptschüler von –8 629 oder –9,7 % im Vorjahr auf –2 317 oder –2,7 % in 1985/86 abschwächte⁴⁾. Da die Zahl der deutschen Hauptschüler sich gleichzeitig um 46 224 oder 11,6 % auf 353 330 verringert hatte, erreichte der Ausländeranteil 18,0 (Vorjahr: 16,7) %; das ist der höchste Ausländeranteil, der bisher im allgemeinbildenden Schulwesen festgestellt wurde⁵⁾. Von den 77 692 ausländischen Hauptschülern befindet sich nur noch jeder dreiundvierzigste (1980/81: jeder fünfte) in einer Vorbereitungsklasse, so daß der Integrationsgrad auf 97,6 % gestiegen ist. Die Mädchenquote hat sich erstmals wieder erhöht; mit 45,8 (Vorjahr: 45,6) % weist die Hauptschule aber weiterhin einen der niedrigsten Mädchenanteile im Bereich der allgemeinen Ausbildung auf.

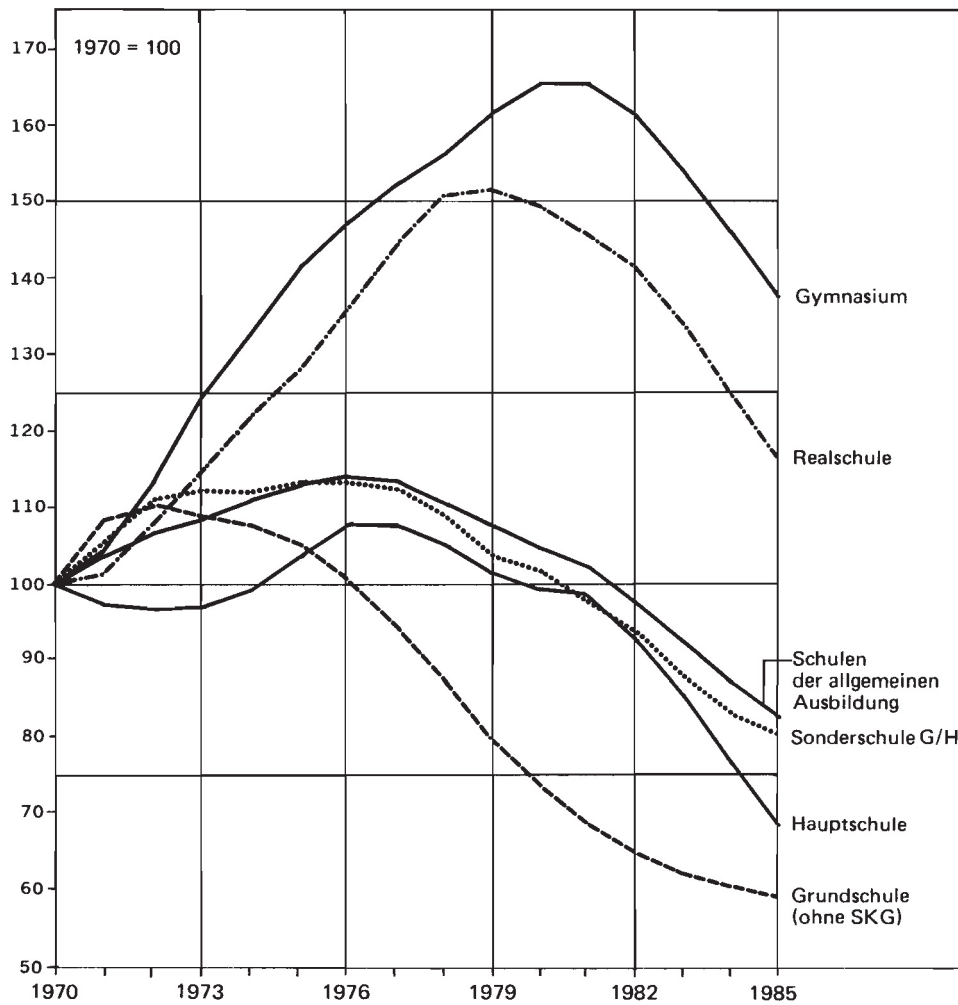
2) 1984/85 lag der Rückgang der ausländischen Grundschüler — nicht zuletzt aufgrund der Rückkehrförderung — bei –13 369 oder –11,9 % und bei den deutschen Grundschülern bei –6 340 oder 1,1 %.

3) Dies hängt u. a. damit zusammen, daß immer mehr Neuntkläßler der Hauptschule ihr zehntes Vollzeitschuljahr in der Hauptschule absolvieren (1985/86: 72,5 %; Vorjahr: 68,3 %), obwohl auch nach Einführung der zehnjährigen Vollzeitschulpflicht (1980) das 10. Vollzeitschuljahr fakultativ an einer allgemeinbildenden oder einer berufsbildenden Schule oder durch den Besuch der Kollegschule erfüllt werden konnte. Erst mit dem Gesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes vom 19. 3. 1985 wurde festgelegt, daß die Vollzeitschulpflicht bis auf einige Ausnahmen im allgemeinbildenden Bereich zu erfüllen ist.

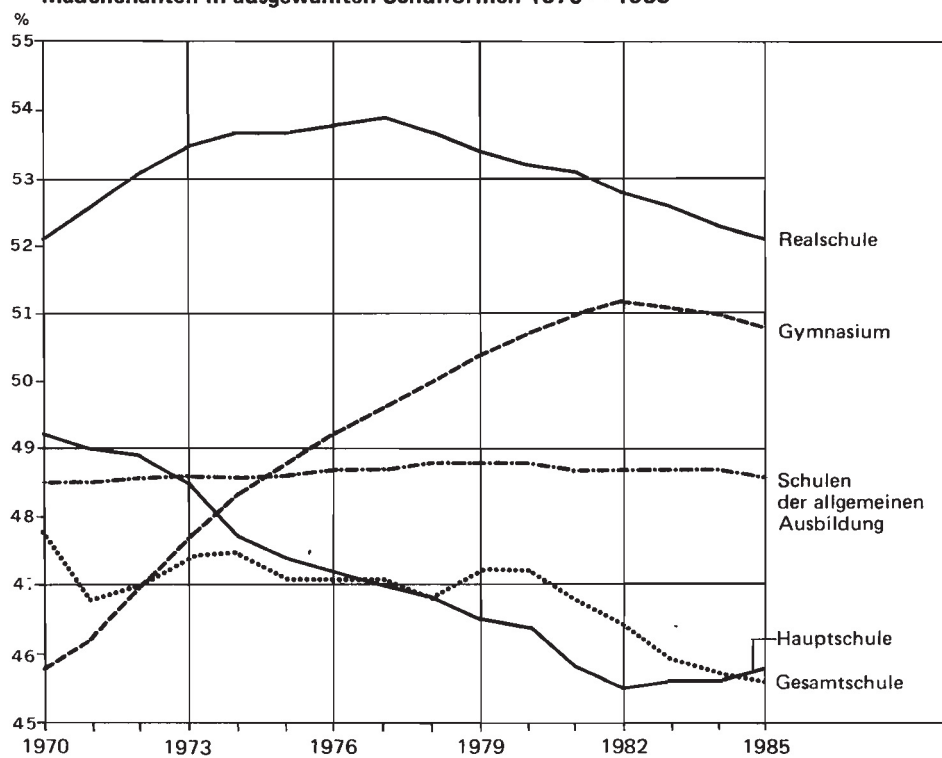
4) 1983/84 lag der Rückgang bei –1,3 %; der Anstieg auf –9,7 % im Schuljahr 1984/85 ist vor allem auf die durch die Rückkehrförderung ausgelösten Remigrationseffekte zurückzuführen.

5) Die bisherige Höchstmarke lag bei 16,9 % für die Grundschule (einschließlich Schulkindergarten) im Schuljahr 1982/83.

Schülerbestandsentwicklung in ausgewählten Schulformen 1970 – 1985



Mädchenanteil in ausgewählten Schulformen 1970 – 1985



Die Realschule wurde von 283 066 Schülern besucht, wobei sich der in den Vorjahren beobachtete Schülerrückgang etwas abgeschwächt hat (–20 025 oder –6,6 % gegenüber –22 549 oder –6,9 % in 1984/85). Im Gegensatz zu Grund- und Hauptschule hatte sich an der gegenläufigen Entwicklung der deutschen und der ausländischen Schülerpopulation nichts geändert; während sich die Zahl der ausländischen Realschüler um 1 442 oder 9,8 % auf 16 124 erhöht hatte, beläuft sich die Zahl der deutschen Realschüler auf 266 942, das sind 21 467 oder 7,4 % weniger als im Vorjahr. Mit 52,1 (Vorjahr: 52,3) % liegt der Mädchenanteil bereits 1,8 Punkte unter dem Höchstwert des Jahres 1977/78, dennoch bleibt die Realschule weiterhin die Schulform mit dem höchsten Mädchenanteil.

Beim Gymnasium hat die unterschiedliche Entwicklung bei der Entscheidung über die weitere Bildungslaufbahn im Anschluß an den Besuch der Primarstufe einerseits und im Anschluß an den Besuch der Sekundarstufe I andererseits⁶⁾ dazu beigetragen, daß der überwiegend demographisch bedingte Schülerrückgang sich in der Sekundarstufe I von –29 695 oder –7,5 % im Vorjahr auf –24 031 oder –6,6 % abgeschwächt, in der Sekundarstufe II hingegen von –4 160 oder –2,0 % auf –6 848 oder –3,0 % zugenommen hatte. Per Saldo beträgt die Zahl der Gymnasiasten jetzt noch 540 141 und liegt damit unter dem Vergleichswert von 1975. Ähnlich wie bei der Realschule entwickeln sich die deutsche und ausländische Schülerpopulation immer noch gegenläufig; während die Zahl der ausländischen Gymnasiasten kontinuierlich weiter gestiegen ist (+1 234 oder +7,2 % auf 18 330), hat die Zahl der deutschen Gymnasiasten erneut abgenommen (–32 113 oder –5,8 % auf jetzt 521 811). Beim Mädchenanteil hielt der Trend ebenfalls an: In der Sekundarstufe I sind 51,3 (Vorjahr: 51,5) % der Gymnasiasten weiblich, und in der Sekundarstufe II wurde mit 49,8 % (–0,3 Punkte gegenüber dem Vorjahr) erstmals seit 1979 die 50 %-Marke wieder unterschritten.

Aufgrund von 8 Neugründungen und durch den weiteren Ausbau der bestehenden Einrichtungen⁷⁾ konnte die Gesamtschule ihren Schülerbestand erneut um 3 184 oder 5,6 % (Vorjahr: +2 202 oder +4,0 %) auf 60 458 Schüler steigern, wobei sowohl die Zahl der deutschen als auch die der ausländischen Gesamtschüler zugenommen hat (+1 721 oder +3,4 % auf 52 443 bzw. +1 463 oder +22,3 % auf 8 015). Mit einem Ausländeranteil von 13,3 (Vorjahr 11,4) % nimmt die Gesamtschule eine mittlere Position ein, während der Mädchenanteil in Höhe von 45,6 % nicht nur deutlich unter dem für die Schulen der allgemeinen Ausbildung ermittelten Wert (48,6 %) liegt, sondern erstmals nach zehn Jahren auch wieder den Hauptschulwert unterschreitet.

Die freie Waldorfschule setzte ihre Gesamtentwicklung ebenfalls fort (+612 oder +6,7 %). Von den insgesamt 9 805 Waldorfschülern entfallen 955 auf den Sonderschul- und 487 auf den berufsbildenden Bereich der Waldorfschulen⁸⁾. Mit 2,1 % ausländischen Schülern weist die Waldorfschule den niedrigsten Ausländeranteil im Bereich der Schulen der allgemeinen Ausbildung auf; beim Mädchenanteil nimmt sie mit 50,8 % zusammen mit den Gymnasien den zweiten Rang ein.

Schrumpfende Schülerbestände kennzeichneten hingegen den Sonderschulbereich, wobei sich der Rückgang allerdings weiter abgeschwächt hat (–3 792 oder –4,2 % gegenüber –5 336 oder –5,6 % im Vorjahr)⁹⁾. Von den insgesamt 86 998 Sonderschülern entfallen 86 530 (Vorjahr: 90 322) auf die Sonderschulen im Bereich Grund-/Hauptschule (einschließlich Sonderschulkindergarten). Weitere 468 (479) Behinderte besuchten eine Sonderschule im Bereich Realschule/Gymnasium. Die zahlenmäßig stärkste Behindertengruppe bildeten die Lernbehinderten (62,2 % aller Sonderschüler), gefolgt von den Geistigbehinderten und Körperbehinderten. Abwei-

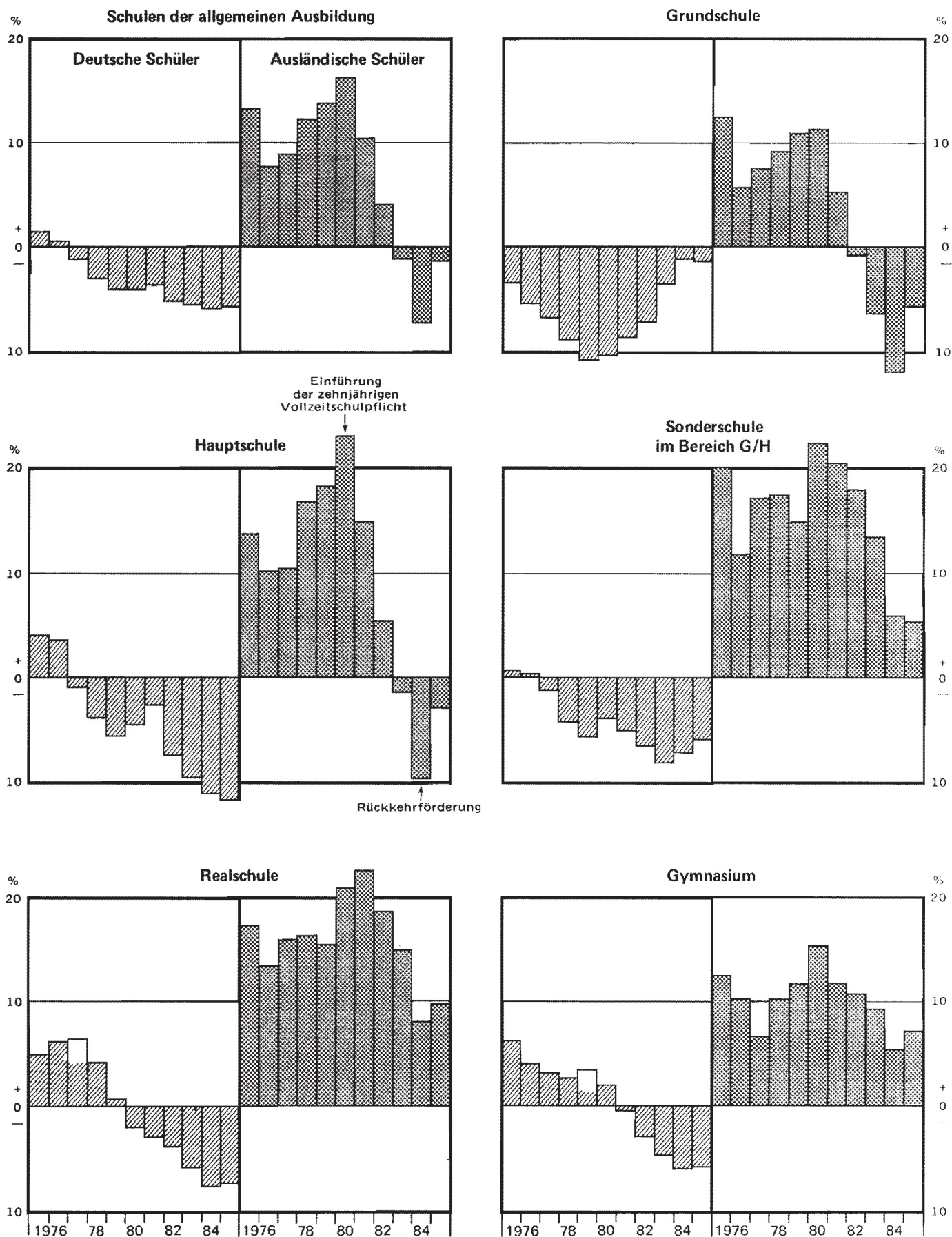
6) Mit einem Anteil von 34,2 % an den in die Sekundarstufe I (ohne Sonderschulen) überwechselten Grundschülern ist das Gymnasium bereits bis auf 0,6 Prozentpunkte an den Anteil der Hauptschule herangekommen; bei den Mädchen liegt das Gymnasium (35,3 %) sogar zum ersten Mal vor der Hauptschule (33,0 %). An der Schnittstelle Sekundarstufe I/ Sekundarstufe II ist die Übergangsquote der Gymnasiasten von 84,0 auf 82,7 % zurückgegangen, wobei die Folgen für die S II-Schülerpopulation noch durch die erneut zurückgegangene Neigung der Haupt- und Realschüler, ihre Bildungslaufbahn in der gymnasialen Oberstufe fortzusetzen (4,9 bzw. 9,5 % gegenüber 5,3 bzw. 11,7 % im Vorjahr), verstärkt werden.

7) 1985/86 bieten z. B. bereits 31 (Vorjahr: 29) Gesamtschulen die gymnasiale Oberstufe an und weitere 19 (7) Gesamtschulen sind bis zur 8. Klassenstufe ausgebaut.

8) Durch die Einbeziehung der Waldorfschulen in das Konzept der amtlichen Schuldaten (ASD) ist es ab 1985/86 möglich, detailliertere Aussagen zu diesen angegliederten Bildungsbereichen zu machen; dies gilt insbesondere für die Hiberniaschule, in der sich allgemeinbildende und berufsbildende Phasen abwechseln.

9) Bei Aufschlüsselung nach den einzelnen Sonderschultypen zeigt sich allerdings, daß die Schülerzahl vor allem an den Schulen für Lernbehinderte (–7,1 %) und an den Schulen für Geistigbehinderte (–2,9 %) sinkt, während andere Sonderschultypen (z. B. Schulen für Sprachbehinderte: +8,5 %, Schulen für Kranke: +11,1 %) weiter ausgebaut wurden.

Deutsche und ausländische Schüler ausgewählter Schulformen 1975 – 1985 Veränderungen gegenüber dem Vorjahresbestand



chend zu den herkömmlichen Grund- und Hauptschulen stand der auf 73 366 (–4 500 oder –5,8 %; Vorjahr: –6 046 oder –7,2 %) gesunkenen Zahl der deutschen Schüler immer noch ein Zuwachs an ausländischen Schülern (+697 oder +5,4 %; Vorjahr: +710 oder +5,8 %) gegenüber. Die 13 632 ausländischen Sonderschüler entsprechen einer Ausländerquote von 15,7 (Vorjahr: 14,2) %; damit liegt die Sonderschule erstmals vor der Grundschule (14,8 %). Die Relation Sonderschüler je 100 Grund-/Haupt-/Volksschüler zeigt, daß anteilig zwar weiterhin mehr deutsche Kinder beschult werden (8,2 %) als ausländische Kinder (7,9), der Abstand sich jedoch bereits auf 0,3 (Vorjahr: 1,0) Punkte verringert hat¹⁰⁾. Mit 39,0 (Vorjahr: 39,2) % weisen die Sonderschulen erneut die mit Abstand niedrigste Mädchenquote im allgemeinbildenden Bereich auf. Jeder dreizehnte (vierzehnte) Sonderschüler ist schwerstbehindert. Von den 6 660 (6 334) betroffenen Sonderschülern befinden sich fast die Hälfte (44,7 %) in Schulen für Geistigbehinderte und über ein Viertel (27,1 %) in Schulen für Körperbehinderte. Die übrigen Mehrfachbehinderten verteilen sich auf die Schulen für Erziehungshilfe, Gehörlose, Blinde und Kranke.

Schulen der allgemeinen Fortbildung

Mit einem Plus von 3,2 % gegenüber dem Vorjahr haben die Schülerzahlen an den Einrichtungen des 2. Bildungsweges einen neuen Höchststand erreicht¹¹⁾. Von den 17 086 (Vorjahr: 16 562) Schülern bzw. Studierenden sind 8 062 oder 47,2 % (Vorjahr: 47,7 %) weiblich. Die Mädchenquote lag damit weiterhin in allen drei zum Bereich der allgemeinen Fortbildung zählenden Schulformen unter den Mädchenquoten der entsprechenden herkömmlichen Schulformen, wobei insbesondere die Abendrealschule mit 44,9 % deutlich von der Realschule 52,1 % abweicht. Die ausländischen Schüler sind mit einem Anteil von 5,3 % (Vorjahr: 4,7 %) stärker vertreten gewesen als in den entsprechenden allgemeinbildenden Schulen; mit einem Ausländeranteil von 13,5 % nimmt die Abendrealschule auch hier eine Sonderstellung ein. Erstmals liegen auch Informationen über Teilbeleger und Gasthörer an den Schulen der allgemeinen Fortbildung vor: Danach schwankt der Anteil der Teilbeleger zwischen 0,9 % (Kolleg) und 16,6 % (Abendrealschule) und der Anteil der Gasthörer zwischen 0,1 % (Kolleg) und 2,0 % (Abendgymnasium)¹²⁾.

Statistische Aussagen zum Lehrerbereich

Die Zahl der an den allgemeinbildenden Schulen beschäftigten Lehrer ging im Schuljahr 1985/86 um 845 oder 0,6 % auf 145 111 Lehrer zurück, und zwar – wie schon im Vorjahr – vor allem zu Lasten der nebenamtlichen/nebenberuflichen Lehrer (–528 oder –16,9 %). Dank des vermehrten Einsatzes von teilzeitbeschäftigten Lehrern (37 695 = +3 352 oder +9,8 %) konnte der Rückgang der hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrer auf 317 oder 0,2 % begrenzt werden, wobei Gesamt- und Waldorfschule, aber auch die Grundschule sogar noch Zuwächse zu verzeichnen haben. Die meisten der insgesamt 142 511 hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrer unterrichteten am Gymnasium (39 032 = –146 oder –0,4 %), gefolgt von der Grundschule (35 919 = +266 oder +0,7 %), Hauptschule (31 534 = –730 oder –2,3 %), Realschule (16 449 = –79 oder –0,5 %) und der Sonderschule im Bereich G/H (12 324 = –29 oder –0,2 %).

57,2 % (Vorjahr: 58,2 %) der hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrer sind Frauen, wobei die Anteile im Bereich der Schulen der allgemeinen Ausbildung zwischen 81,7 % (Grundschule) und 39,7 % (Gymnasium) schwankten. Eine Sonderstellung nahmen die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges ein, bei denen trotz steigender Tendenz nur jeder dritte Lehrer weiblich war. Ausländische Lehrer spielten mit einem Anteil von 1,4 (Vorjahr: 1,5) % weiterhin lediglich eine untergeordnete Rolle.

Von den insgesamt 3 047 808 Wochenstunden werden 3 032 029 oder 99,5 % durch hauptamtliche/hauptberufliche Lehrer erteilt, deren Nettodeputat¹³⁾ sich auf 21,3

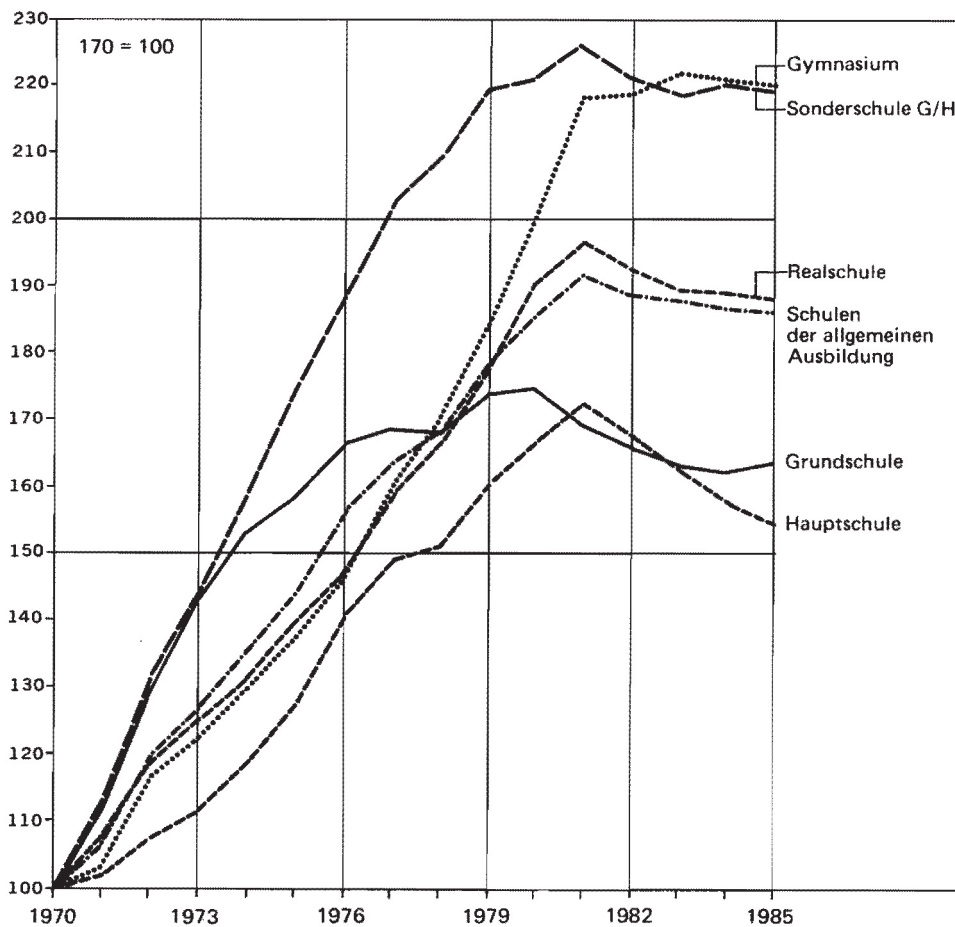
10) Gegenüber 1980/81 hat sich die Relation Sonderschüler je 100 Grund-/Haupt-/Volksschüler für die deutschen Kinder kaum verändert (–0,1), für die ausländischen Kinder dagegen fast verdoppelt (von 4,0 auf 7,9).

11) Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist z. T. auf das geänderte Erhebungskonzept zurückzuführen: ab 1985/86 werden erstmals auch Einzelbeleger und Gasthörer nachgewiesen.

12) Die Angaben zu Teilbelegern und Gasthörern überschneiden sich insofern, als bei den Teilbelegern neben Studierenden auch Gasthörer bzw. bei den Gasthörern neben Vollbelegern auch Teilbeleger enthalten sind.

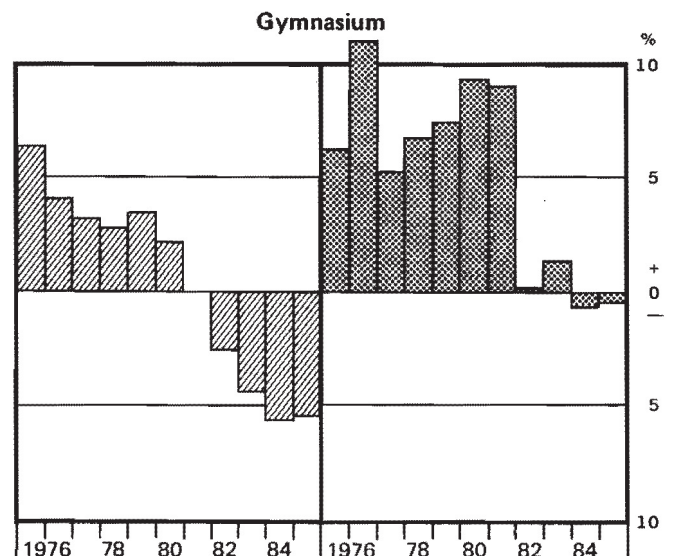
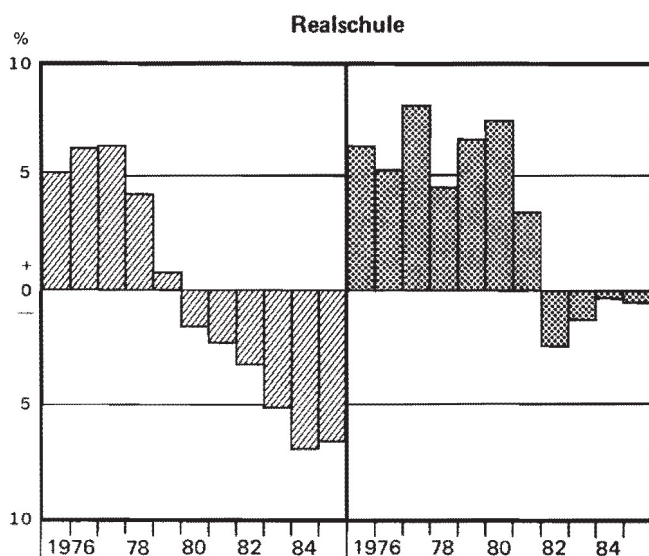
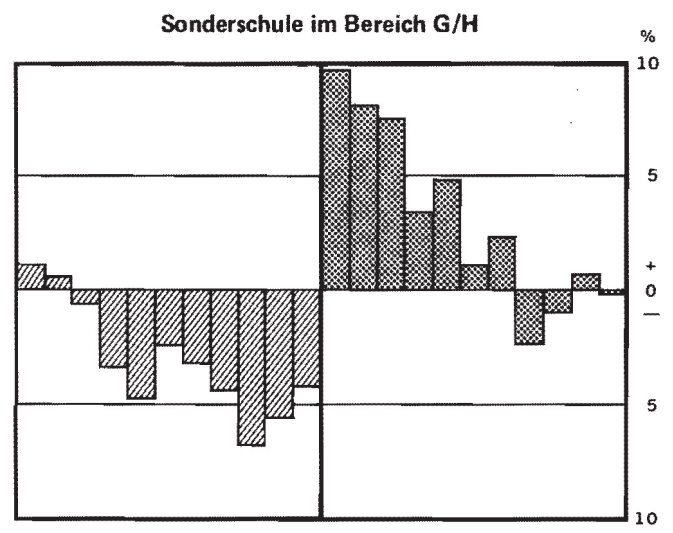
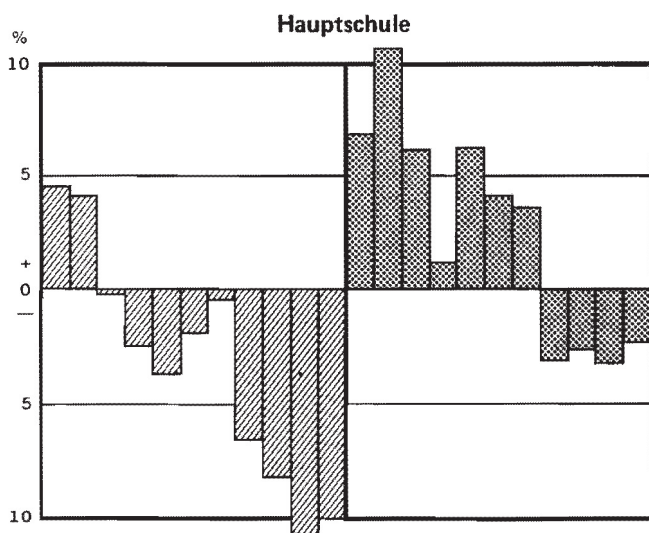
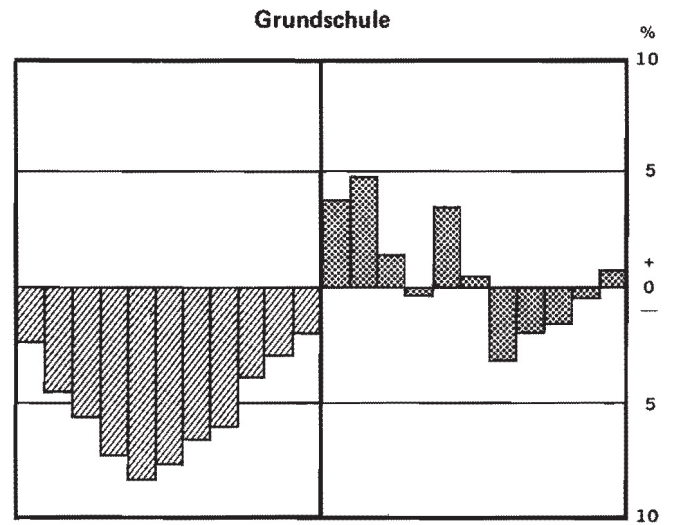
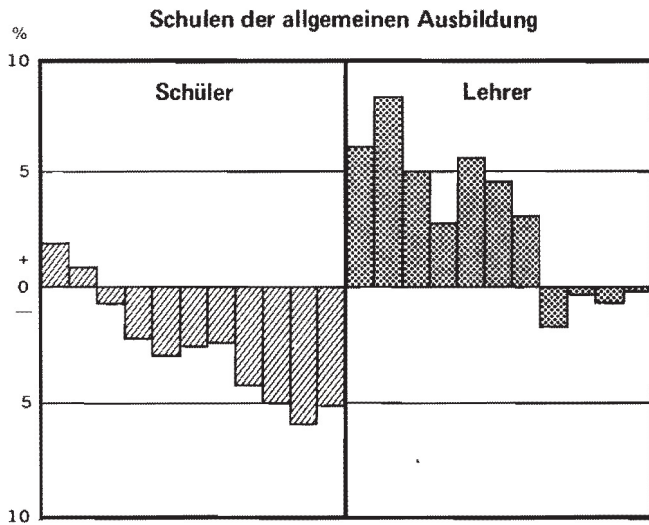
13) Um Ermäßigungsstunden und Mehrarbeit korrigiertes Pflichtstundensoll des Lehrers (schulformspezifisches Pflichtstundensoll abzüglich Ermäßigungsstunden zuzüglich Mehrarbeit).

**Bestandsentwicklung der hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrer
in ausgewählten Schulformen 1970 – 1985**



Lehrerdaten 1985/86											
Schulform	Lehrer			Darunter hauptamtlich/hauptberuflich							
	insgesamt	weiblich	ausländisch	insgesamt		weiblich		ausländisch		vollzeitbeschäftigt	
	Anzahl			Anteil an Spalte 1 %	Anzahl	Anteil an Spalte 4 %	Anzahl	Anteil an Spalte 4 %	Anzahl	Anteil an Spalte 4 %	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Grundschule	36 464	29 543	807	35 919	98,5	29 339	81,7	777	2,2	22 201	61,8
Hauptschule	31 774	16 860	651	31 534	92,2	16 772	53,2	625	2,0	24 393	77,4
Volksschule	61	39	—	60	98,4	38	63,3	—	—	43	71,7
Realschule	16 828	9 935	50	16 449	97,7	9 724	59,1	46	0,3	11 678	71,0
Gesamtschule	5 116	2 457	43	5 045	98,6	2 399	47,6	43	0,9	3 677	72,9
Gymnasium	40 059	15 964	400	39 032	97,4	15 480	39,7	379	1,0	30 880	79,1
Waldorfschule	831	455	43	732	88,1	385	52,6	42	5,7	5 540	73,8
Zusammen	131 133	75 253	1 994	128 771	98,2	74 137	57,6	1 912	1,5	93 412	72,5
Sonderschule im Bereich G/H	12 516	8 413	112	12 324	98,5	8 320	67,5	110	0,9	10 209	82,8
Sonderschule im Bereich R/Gy	104	68	3	102	98,1	66	64,7	3	2,9	86	84,3
Zusammen	12 620	8 481	115	12 426	98,5	8 386	67,5	113	0,9	10 295	82,9
Schulen der allgemeinen Ausbildung	143 753	83 734	2 109	141 197	98,2	82 523	58,4	2 025	1,4	103 707	73,4
Abendrealschule	253	112	2	226	89,3	98	43,4	—	—	175	77,4
Abendgymnasium	534	193	6	511	95,7	186	36,4	5	1,0	433	84,7
Kolleg	571	169	10	557	97,5	167	30,0	10	1,8	501	89,9
Schulen der allgemeinen Fortbildung	1 358	474	18	1 294	95,3	451	34,9	15	1,2	1 109	85,7
Allgemeinbildende Schulen	145 111	84 208	2 127	142 491	98,2	82 974	58,2	2 040	1,4	104 816	73,6

Schüler und hauptamtliche/hauptberufliche Lehrer ausgewählter Schulformen 1975 – 1985
Veränderungen gegenüber dem Vorjahresbestand



Unterrichtsdaten 1985/86					
Schulform	Erteilte Unterrichtsstunden				
	insgesamt	darunter hauptamtlich/hauptberuflich		je 100 Schüler	
	Anzahl	%	je Lehrer		
Grundschule	792 572	789 758	99,6	22,0	125,4
Hauptschule	710 020	708 573	99,8	22,5	164,7
Volksschule	1 384	1 382	99,9	23,0	149,8
Realschule	359 243	356 313	99,2	21,7	126,9
Gesamtschule	100 196	99 667	99,5	19,8	165,7
Gymnasium	766 156	760 148	99,2	19,5	141,8
Waldorfschule	15 781	15 259	96,7	20,8	160,9
Zusammen	2 745 352	2 731 100	99,5	21,2	140,2
Sonderschule im Bereich G/H	279 338	278 243	99,6	22,6	321,0 ¹⁾
Sonderschule im Bereich R/Gy	2 291	2 273	99,2	22,3	489,5
Zusammen	281 629	280 516	99,6	22,6	321,9 ¹⁾
Schulen der allgemeinen Ausbildung	3 026 981	3 011 616	99,5	21,3	148,0 ¹⁾
Abendrealschule	3 579	3 403	95,1	15,1	89,8
Abendgymnasium	8 120	8 002	98,5	15,7	109,1
Kolleg	9 128	9 008	98,7	16,2	161,3
Schulen der allgemeinen Fortbildung	20 827	20 413	98,0	15,8	121,9
Allgemeinbildende Schulen	3 047 808	3 032 029	99,5	21,3	147,8 ¹⁾

1) einschl. 502 Kindern im Bereich der Früherziehung

(Vorjahr: 21,4) Stunden je Lehrer beläuft, wobei Haupt- und Sonderschule mit 22,5 bzw. 22,6 Stunden je Lehrer über, Gymnasium, Gesamtschule und die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges mit 19,5 bzw. 19,8 sowie 15,8 Stunden je Lehrer dagegen unter dem Durchschnitt liegen¹⁴⁾. Auf den nebenamtlich/nebenberuflich erteilten Unterricht entfallen nur 0,5 % aller Unterrichtsstunden; für die Deckung des Unterrichtsbedarfs ist er damit praktisch bedeutungslos.

Die sich aufgrund günstiger Schüler-Lehrer-Relationen andeutende Verbesserung der Unterrichtssituation wird durch den kräftigen Anstieg des pro 100 Schüler zur Verfügung stehenden Unterrichtsvolumens bestätigt. Während im Vorjahr 141,6 Wochenstunden und 1980/81 sogar nur 122,5 Wochenstunden auf 100 Schüler entfielen, waren es jetzt bereits 147,8 Wochenstunden. Damit hat sich innerhalb von 5 Jahren das Unterrichtsvolumen um 20,7 % erhöht. Die einzelnen Schulformen waren an dieser Entwicklung unterschiedlich beteiligt¹⁵⁾: Bei den Schulen der allgemeinen Ausbildung lag die Zunahme des Unterrichtsvolumens gegenüber 1980/81 zwischen 15,3 (Gesamtschule) und 54,6 (Sonderschule im Bereich G/H) Wochenstunden. Von den quantitativ bedeutsamen Schulformen schneiden die Hauptschule mit einem Anstieg um 38,0 Stunden oder 30,0 % und das Gymnasium mit einem Anstieg um 24,5 Stunden oder 20,9 % am besten ab. Die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges liegen mit einer Zunahme um 1,1 Stunden oder 0,8 % weit unter dem Durchschnitt¹⁶⁾; eine vergleichsweise günstige Position nimmt lediglich das Kolleg mit 161,3 Wochenstunden je 100 Schüler ein.

Durch die stabile Lehrer- und Unterrichtsversorgung bei gleichzeitig rückläufigen Schülerzahlen konnten die durchschnittlichen Klassengrößen erneut verringert werden. Unter den quantitativ bedeutsamen Schulformen weisen die Sonderschulen im Bereich G/H mit durchschnittlich 11,2 Schülern pro Klasse (= -0,2 gegenüber dem Vorjahr)¹⁷⁾ die niedrigste Klassenfrequenz auf, gefolgt von der Grundschule (-0,2 auf 20,8), Hauptschule (-0,9 auf 22,4), Gymnasium (-0,8 auf 27,1), Realschule (-0,4 auf 27,2) und Gesamtschule (-0,4 auf 27,7). Gemessen an den für das Schuljahr 1985/86 gültigen Klassenfrequenz-Richtwerten für die Sekundarstufe I (28 Schüler je Klasse) schneiden die einzelnen Klassenstufen der Hauptschule mit wei-

14) Bei der Interpretation dieser Angaben sind allerdings die schulformspezifischen Unterschiede beim Pflichtstundensoll (GHV: 28; R: 27; GeGy: 24; AR: 22; AGy, K: 19 Wochenstunden) und bei der Teilzeitbeschäftigungsquote zu beachten.

15) Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Schulen mit Ganztagsbetrieb und Schulen mit differenzierter gymnasialer Oberstufe einen deutlich höheren Unterrichtsbedarf aufweisen.

16) Allerdings sind die Werte für 1985/86 nur bedingt mit den Werten für 1980/81 vergleichbar, da der Nachweis von Gasthörern/Teilbelegern in der Schülerzahl von 1985/86 tendenziell zu einem zu niedrigen Stundenkoeffizienten führt.

17) Bei Aufschlüsselung nach Schultypen ergeben sich Werte zwischen 13,7 (Schulen für Lernbehinderte) und 6,8 (Schulen für Gehörlose).

tem Abstand am günstigsten ab, wobei die 10. Klassenstufe mit 19,6 Schülern pro Klasse (das ist fast ein Drittel unter dem Richtwert) noch eine Sonderstellung einnimmt. Beim Gymnasium lagen zum ersten Mal alle Klassenstufen unter dem Richtwert, und an der Realschule bzw. Gesamtschule wird nur noch in der 9. (Realschule) bzw. 8. (Gesamtschule) Klassenstufe mit jeweils 28,3 Schülern je Klasse der Richtwert überschritten.

Im.

Zur Entwicklung der Mehrarbeit durch Überstunden

Als ein mögliches Mittel zur Reduzierung der Arbeitslosenzahlen wird auch das gesetzliche Verbot von Überstunden diskutiert. Die zugrunde liegende Argumentation lautet, daß der Arbeitsmarkt erheblich entlastet würde, wenn anfallende Mehrarbeit statt durch Überstunden durch zusätzlich eingestelltes Personal geleistet würde. Abgesehen von inhaltlichen, rechtlichen und organisatorischen Fragen (Kurzfristigkeit von Mehrarbeit, Verfügbarkeit geeigneter Arbeitsloser usw.) ist bei diesem problemlosen Vorschlag der quantitative Aspekt zu betrachten. Wieviel zusätzliche Arbeitsplätze ließen sich denn durch ein Verbot von Überstunden schaffen? Eine Antwort hierauf zu geben, soll im folgenden versucht werden.

Im Rahmen des Mikrozensus, einer 1 %-Stichprobe, die sich u. a. mit Fragen zu Art und Umfang der Erwerbsbeteiligung der Wohnbevölkerung befaßt, werden auch Angaben zur geleisteten Wochenarbeitszeit erhoben. Erfragt wird einmal die „normalerweise je Woche geleistete Zahl von Arbeitsstunden“, zum anderen die „in der Berichtswoche tatsächlich geleistete Zahl von Arbeitsstunden“. Bei einer Differenz zwischen beiden Werten sind zusätzlich die Gründe hierfür anhand vorgegebener Antwortkategorien zu nennen. Aus dieser Selbsteinstufung der Befragten ergibt sich, daß die von einem nordrhein-westfälischen Erwerbstätigen normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit im Durchschnitt bei rd. 40 Stunden liegt, 1978 waren es 40,4 Stunden, 1984 39,8 Stunden. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche – hier werden Ausfälle wegen Urlaub oder Krankheit genauso berücksichtigt wie Mehrarbeit wegen Überstunden – beträgt durchschnittlich etwa 39 Stunden (1978: 39,9, 1984: 38,5), d. h. die Ausfallzeiten sind insgesamt größer als die Summe der Mehrarbeitsstunden.

Normalerweise und tatsächlich geleistete Arbeitsstunden je Woche 1978 – 1984				
Jahr	Normalerweise geleistete Arbeitsstunden		Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden	
	insgesamt	je Person	insgesamt	je Person
	Mill.	Anzahl	Mill.	Anzahl
1978	272,1	40,4	268,8	39,9
1979	273,3	40,0	270,4	39,4
1980	280,6	40,4	275,8	39,7
1981	280,2	40,1	273,6	39,2
1982	276,3	40,1	270,3	39,3
1983	267,2	39,7	257,4	38,3
1984	269,5	39,8	260,6	38,5

Von den 6,7 Mill. Erwerbstätigen Nordrhein-Westfalens im Jahr 1976 leisteten 8,3 % Mehrarbeitsstunden in der Berichtswoche, bei knapp 60 % davon handelte es sich nach Angaben der Betroffenen um Überstunden. 1982 war der Anteil der Erwerbstätigen mit Mehrarbeitsstunden auf 6 % gesunken (bei 6,9 Mill. Erwerbstätigen insgesamt), nur noch 51 % davon gaben als Grund „Überstunden“ an. Betrachtet man die von diesem Personenkreis geleisteten Arbeitsstunden, so zeigt sich, daß die Differenz zwischen normalerweise und tatsächlich geleisteter Wochenarbeitszeit etwa 10 Stunden pro Person beträgt, also 1982 einen Gesamtwert von rd. 2,1 Mill. Arbeitsstunden für die Berichtswoche erreichte.

An dieser Stelle beginnt nun die Spekulation über das heutige Ausmaß der Überstunden (neueres statistisches Datenmaterial liegt z. Z. nicht vor) und die Alternative durch Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze. Vorausgesetzt, der Anteil der Erwerbstätigen mit Mehrarbeitsstunden liegt bei 5 %, wovon die Hälfte Überstunden leistet,

Erwerbstätige mit Mehrarbeitsstunden in der Berichtswoche 1976 – 1983 – 1 000 –			
Jahr	Erwerbstätige		
	insgesamt	darunter	
		mit Mehrarbeitsstunden	darunter mit Überstunden
1976	6 729,0	559,9	332,3
1977	6 744,1	515,0	315,3
1978	6 739,4	440,7	253,7
1979	6 824,8	467,5	277,0
1980	6 948,4	491,0	293,6
1981	6 982,7	485,0	296,6
1982	6 883,6	412,1	210,3
1983	6 722,6	341,0	.1)

1) Merkmal nicht erhoben

Erwerbstätige mit Überstunden 1978 – 1982 nach normalerweise und tatsächlich (in der Berichtswoche) geleisteter Arbeitszeit					
Jahr	Erwerbstätige mit Überstunden	Normalerweise		Tatsächlich	
		geleistete Arbeitsstunden			
	1 000	insgesamt	je Person	insgesamt	je Person
1978	253,7	10 318 400	40,67	12 871 200	50,73
1980	293,6	12 007 000	40,90	14 883 600	50,69
1982	210,3	8 589 800	40,85	10 667 300	50,72

und zwar 10 Stunden je Woche, so ergibt sich ein Überstundenpool von etwa 1,7 Mill. Arbeitsstunden wöchentlich. Könnte man diesen auf Einheiten à 39 Stunden aufteilen, so ergäben sich fast 44 000 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Nun enthalten diese Überlegungen einige unzulässige Vereinfachungen: Zum einen wird unterstellt, man könne die Überstunden aller Erwerbstätigen in beliebigen Berufen, Branchen und Betrieben zusammenzählen und neu verteilen. Zum anderen beziehen sich die Berechnungen auf die Verhältnisse in einer Berichtswoche – ob die Zahl der Überstunden über das ganze Jahr hinweg die gleiche Größenordnung hat, wie hierfür nachgewiesen, muß offenbleiben. Bei stärkeren Schwankungen würde z. B. die längerfristige Beschäftigung eines zusätzlichen Arbeitnehmers fraglich. Mit der hier angestellten globalen Betrachtungsweise ist dem Problem daher nicht beizukommen. Sinnvolle Aussagen sind nur bei berufsspezifischer Betrachtung auf Betriebsebene möglich. Derartige Informationen sind jedoch in der Regel nicht öffentlich, der Personaleinsatz ist der verantwortlichen Entscheidung durch die Betriebsleitung vorbehalten und von außen nur in engen Grenzen beeinflussbar.

Festzuhalten bleibt: Bei rückläufiger Entwicklung der Mehrarbeitsstunden entfällt knapp 1 % der geleisteten Arbeitszeit auf Überstunden. Je nach Standpunkt wird diese Zahl unterschiedlich bewertet, sicher ist jedoch, daß nur ein Bruchteil dieser Mehrarbeit auch von zusätzlich einzustellenden Dauerbeschäftigten geleistet werden könnte.

Pö

GmbH – Fluktuation

Der Bestand an GmbH ist durch eine außerordentlich hohe Fluktuationsrate gekennzeichnet, deren Dynamik den Wechsel bei Unternehmen anderer Rechtsformen bei weitem übertrifft. Eine Sonderauswertung aus der Umsatzsteuerstatistik ergab zwischen den Berichtsjahren 1984 und 1982 für GmbH eine um 20 % höhere Fluktuationsrate als für Unternehmen mit einer anderen Rechtsform¹⁾. Auch wenn davon ausgegangen werden muß, daß in der Umsatzsteuerstatistik wegen der Erfassungsgrenze von 20 000 DM im steuerbaren Umsatz eine Zählung als Zu- oder Abgang bereits durch ein temporäres Über-/Unterschreiten dieser Grenze bewirkt wird, so weist die unterschiedliche Quote doch deutlich auf die Sonderstellung der GmbH hin.

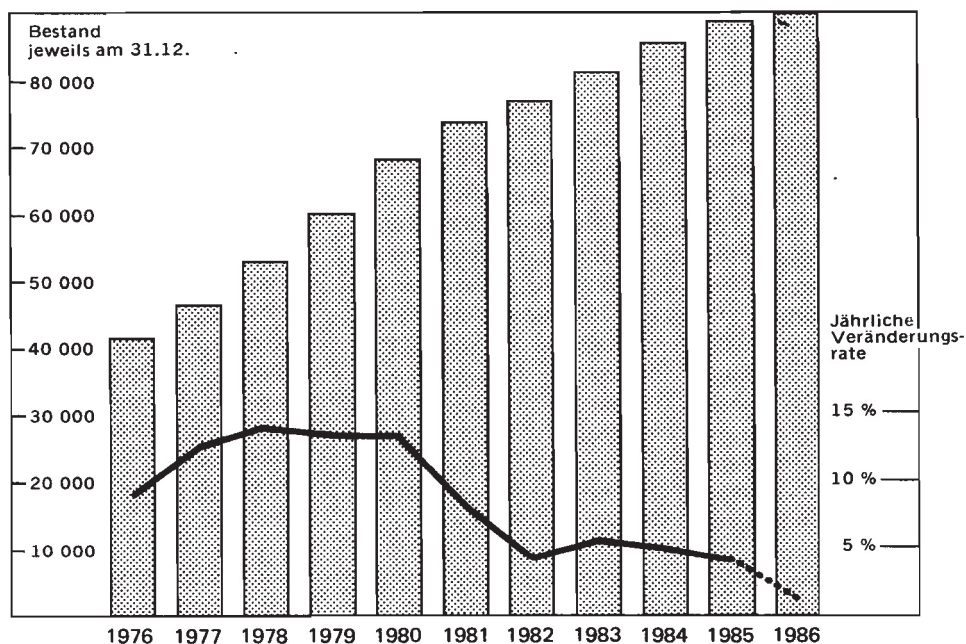
1) Sonderauswertung für das Institut für Mittelstandsforschung, Bonn

Unternehmen

Das für die Wirtschaftsentwicklung bedeutungsvolle Gründungs- und Marktaustrittsgeschehen wird im folgenden für die GmbH anhand der im Bundesanzeiger veröffentlichten Eintragungen der Amtsgerichte in das Handelsregister näher untersucht. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich auf die Jahre 1976 – 1985 sowie das erste Halbjahr 1986, das wegen des Auslaufens der fünfjährigen Anpassungsfrist nach dem neuen GmbH-Recht dazugenommen wurde. Bis zum 31. 12. 1985 mußten alle Altgesellschaften, die noch mit einem Stammkapital von weniger als 50 000 DM in das Handelsregister eingetragen waren, ihr Kapital auf diesen Mindestbetrag erhöht haben. Für Firmen-Neugründungen war das Mindest-Stammkapital von 50 000 (zuvor 20 000) DM bereits ab Januar 1981 vorgeschrieben.

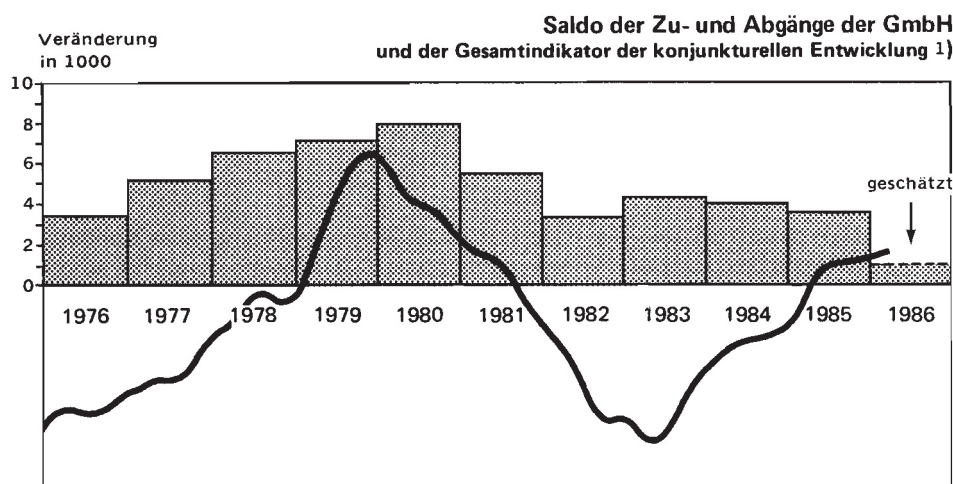
Im Beobachtungszeitraum hat der Bestand der GmbH eine bemerkenswerte Aufwärtsentwicklung erfahren. Die Zahl der Gesellschaften erhöhte sich um mehr als das Doppelte. Die Bewegung verlief dabei nicht gleichförmig. In den Jahren 1976 – 1980 konnte eine wahre Gründungswelle festgestellt werden. Eine verbreitete Bereitschaft zur Selbständigkeit, verbunden mit der Möglichkeit einer Haftungsbeschränkung des eingesetzten Kapitals auf damals 20 000 DM sowie konjunkturelle Faktoren, die eine Neugründung begünstigten, führten zu jährlichen Zuwachsraten von in der Spitze (1978/77) 14 %.

**GmbH-Bestand
und jährliche Bestandsveränderung 1976–1986**
(1986 geschätzt)



Im Gefolge des Konjunktureinbruchs 1981/82 gingen die Zuwachsraten deutlich zurück, und auch in den Folgejahren wurden die Bestandszuwächse der späten siebziger Jahre nicht mehr erreicht. Die konjunkturelle Lage hatte sich zwar verbessert, gleichzeitig befanden sich weite Teile der Wirtschaft aber weiterhin in einem Strukturwandel in Anpassung an veränderte wirtschaftliche Ausgangsdaten. Desweiteren fiel in diese Zeit die GmbH-Novelle. Auch wenn bei einem Andauern der Konjunktur eine stärkere Bestandszunahme noch möglich scheint, so ist doch abzusehen, daß der Trend im Bestandswachstum der GmbH zunächst insgesamt deutlich gebremster verläuft. Die Gegenüberstellung des per Saldo stets positiven Gründungs- und Auflösungs geschehens mit dem monatlichen Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung weist dabei augenscheinlich auf den starken Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage hin.

Hinter den Salden verbirgt sich eine unterschiedliche Dynamik zwischen Zu- und Abgängen. Während die Zugänge zwischen 1976 und 1985 um etwas mehr als die Hälfte zunahmen, erhöhten sich die Abgänge um rd. das 2,4fache. Im Jahre 1976 kamen auf 100 Zugänge 39,3 Abgänge. Diese Relation verminderte sich bei verbesserter Kon-



1) Vgl. Zahlenspiegel der Statistischen Rundschau.

junkturlage auf 26,5 in 1979 und 27,4 in 1980 zugunsten der Zugänge. Während des Konjunkturreinbruchs schnellte die Quote dann wieder hoch auf 1981 39,2 und 1982 57,8 Marktaustritte auf 100 Neuzugänge und verharrte in den Folgejahren auf diesem hohen Niveau (1983 – 1985: 54,9 Ab- auf 100 Zugänge). Der hohe Wert des 1. Hj. 1986 mit 93,5 Ab- auf 100 Zugänge ist eindeutig vom Auslaufen der im GmbH-Gesetz gesetzten Frist zur Erhöhung des Stammkapitals geprägt. Diejenigen Gesellschaften mit weniger als 50 000 DM Stammkapital, die nicht bis zum 31. Dezember 1985 einen Beschluß über die Erhöhung des Stammkapitals auf mindestens diesen Betrag zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet hatten, waren Kraft Gesetzes aufzulösen²⁾. Aber auch in den Vorjahren dürfte es aufgrund der verordneten

GmbH, Zu- und Abgänge 1976 – 1. Halbjahr 1986													
Jahr	a = Anzahl b = %	Bestand am 31. 12.	Zugänge				Abgänge						
			ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	davon					
				Grün- dung, Umwand- lung	Fort- setzung	Sitzver- legung ¹⁾		Liquida- tion	er- öffnete Kon- kurse	mangels Masse abge- lehnte ²⁾ Kon- kurse	Ver- schmel- zung, Um- wand- lung	Sitzver- legung ³⁾	sonstige Betriebs- auf- lösung ⁴⁾
1976	a	41 446	5 586	5 423	10	152	2 196	855	209	351	124	162	495
	b	x	100	97,1	0,2	2,7	100	38,9	9,5	16,0	5,6	7,4	22,5
1977	a	46 662	7 573	7 376	12	182	2 357	904	236	382	85	182	568
	b	x	100	97,4	0,2	2,4	100	38,4	10,0	16,2	3,6	7,7	24,1
1978	a	53 197	8 946	8 738	20	179	2 411	930	261	394	97	187	542
	b	x	100	97,7	0,2	2,0	100	38,6	10,8	16,3	4,0	7,8	22,5
1979	a	60 303	9 664	9 428	25	209	2 558	1 035	264	380	106	218	555
	b	x	100	97,6	0,3	2,2	100	40,5	10,3	14,9	4,1	8,5	21,7
1980	a	68 248	10 948	10 684	44	220	3 003	1 225	342	558	116	200	562
	b	x	100	97,6	0,4	2,0	100	40,8	11,4	18,6	3,9	6,7	18,7
1981	a	73 723	9 003	8 739	27	236	3 528	1 293	462	724	118	269	662
	b	x	100	97,1	0,3	2,6	100	36,6	13,1	20,5	3,3	7,6	18,8
1982	a	76 996	7 755	7 425	55	273	4 482	1 530	650	1 139	146	259	758
	b	x	100	95,7	0,7	3,5	100	34,1	14,5	25,4	3,3	5,8	16,9
1983	a	81 299	8 819	8 438	53	321	4 516	1 550	547	1 030	204	306	879
	b	x	100	95,7	0,6	3,6	100	34,3	12,1	22,8	4,5	6,8	19,5
1984	a	85 357	8 757	8 397	56	304	4 699	1 569	608	1 166	149	282	925
	b	x	100	95,9	0,6	3,5	100	33,4	12,9	24,8	3,2	6,0	19,7
1985	a	88 878	8 786	8 376	133	277	5 265	1 761	715	1 343	199	349	898
	b	x	100	95,3	1,5	3,2	100	33,4	13,6	25,5	3,8	6,6	17,1
1. Halbjahr 1986	a	89 173	4 566	4 272	148	146	4 271	1 957	356	772	114	145	927
	b	x	100	93,6	3,2	3,2	100	45,8	8,3	18,1	2,7	3,4	21,7

1) nach NW — 2) geschätzt aufgrund des aus der Insolvenzstatistik bekannten Verhältnisses von eröffneten zu mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren — 3) in das übrige Bundesgebiet — 4) geschätzt

2) gem. Art. 12 § 1 Abs. 1 GmbH-Novelle vom 4. Juli 1980 (Gesetz zur Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und anderer handelsrechtlicher Vorschriften, BGBl. I 1980, S. 836)

Kapitalaufstockung vermehrt zu Betriebsschließungen bei Unternehmen mit einem unbefriedigenden Geschäftsverlauf gekommen sein. Eine gewisse Marktbereinigung als Folge des neuen GmbH-Rechts kann daher unterstellt werden. Die aus den Handelsregistereintragungen gewonnenen Ursachen für das hohe Fluktuationsgeschehen der GmbH sind in der Tabelle ausgewiesen.

Bei den Marktaustritten sind die Fälle von Liquidation, Eröffnung eines Konkursverfahrens, Verschmelzung und Umwandlung sowie Sitzverlegung detailliert ausgewertet, nicht dagegen die übrigen Geschäftsaufösungen und Löschungen. Darunter fallen mangels Masse abgelehnte Konkurse sowie wegen Vermögenslosigkeit vorgenommene Löschungen. Um einen besseren Überblick über die nicht näher ausgewerteten Auflösungen zu erhalten, wurden die mangels Masse abgelehnten Konkurse mit Hilfe der aus der Insolvenzstatistik bekannten Relation zu den eröffneten Konkursen näherungsweise ermittelt und in der Tabelle gesondert ausgewiesen. Es verblieben somit als Restgröße die Löschungen wegen Vermögenslosigkeit³⁾. Mit der Löschung gilt die Gesellschaft als aufgelöst. Stellt sich später heraus, daß noch verteilbares Vermögen vorhanden ist, so findet eine Liquidation statt⁴⁾.

Die im Verhältnis zu den Neuzugängen höheren Abgangszahlen ab 1981 werden oftmals auch als Reflex auf die hohe Anzahl an Neugründungen in den vorausgegangenen Jahren angesehen. Eine zu optimistische Markteinschätzung, gepaart mit einer unzureichenden Kapitalausstattung, führte bei einsetzender Marktschwäche vielfach gerade bei jüngeren Unternehmen zum vorzeitigen wirtschaftlichen Aus. Vergleicht man die Daten der Jahre 1979/80 mit denen der Jahre 1981/82, so ist unter dem Einfluß der unterschiedlichen Konjunkturlage eine Wechselbeziehung zwischen Liquidationen und sonstigen Betriebsschließungen sowie Konkursfällen nicht zu verkennen. Die Jahre 1979/80 weisen hohe Anteile an Liquidationen auf. Die Gründe für die Liquidation eines Unternehmens sind äußerst vielschichtig. Als Beispiele seien aus betriebswirtschaftlicher Sicht aufgeführt: Betriebs- oder Gewerbeuntersagung, Gründe im Gesellschaftsbereich, freiwillige Betriebsaufgabe (auch die Verlegung eines Betriebes in das Ausland gilt als Betriebsaufgabe) sowie Betriebsstillegung wegen andauernder Unrentabilität oder Geschäftslosigkeit⁵⁾. Es ist zu vermuten, daß die zuletzt genannten Gründe überwiegen. Die Liquidation stellt in bezug auf die wirtschaftlichen Folgen, anders als der Konkurs, dabei gewissermaßen den Fall einer geordneten Betriebsaufgabe dar, ohne Schaden für die Gläubiger. Die gesellschaftsrechtlichen Beziehungen werden gelöst, verbliebenes Vermögen wird unter den Gesellschaftern aufgeteilt. Lediglich im Gesellschafterbereich kann es zu Verlusten kommen, wenn die noch vorhandenen Vermögenswerte die Einlagen unterschreiten. Auch die sonstigen Betriebsschließungen weisen in Zeiten mit besserer Konjunktur (1976 – 1979) höhere Anteilswerte auf. Hier wird das Unternehmen zwar erzwungenermaßen – wegen Vermögenslosigkeit – gelöscht, die Auflösung erfolgt jedoch noch so rechtzeitig, daß Gläubiger i. d. R. nicht betroffen werden. Dagegen gehen mit Konkursen Verluste im Gläubigerbereich einher. Eine einigermaßen geordnete Betriebsauflösung ist unter dem Druck einer bereits eingetretenen Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit nicht mehr durchführbar. Deutlich höhere Konkursanteile sind ab 1981 feststellbar. Im Gegensatz zum wirtschaftlichen Aufschwung 1976 – 1980 ging die Konkurswelle nach überstandener Rezession diesmal aber nur kurz, in 1983, zurück. Die Entwicklung bei den GmbH war dabei so einschneidend, daß viele der eingeleiteten Verfahren in einen mangels Masse abgelehnten Konkurs mündeten, mit einem Totalverlust für die Gläubiger. Dies kommt in den hohen Anteilswerten der Jahre 1982, 1984 und 1985 mit jeweils rd. einem Viertel aller Abgänge zum Ausdruck. Für 1986 bahnt sich eine weitere Verschlechterung an. Lediglich aufgrund der noch rasanter angestiegenen Liquidationsfälle wirkt sich die weitere Zunahme bei den mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren in den Prozentangaben nicht aus. Die höheren Anteile der Liquidationen und sonstigen Betriebsschließungen des 1. Halbjahres 1986 sind – wie dargelegt – auf die Auswirkungen des neuen GmbH-Rechts zurückzuführen.

3) gem. § 2 des Gesetzes über die Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften vom 9. Oktober 1934, Reichsgesetzblatt I, S. 914

4) Vgl. Alfred Hueck: Gesellschaftsrecht, 13. Auflage, München und Berlin 1965, S. 213. Zur Löschung im Handelsregister wegen Vermögenslosigkeit bemerkt Hueck: „Das Fortbestehen vermögensloser Kapitalgesellschaften bedeutet eine unnötige Belastung des Handelsregisters und zugleich eine Gefahr für den Verkehr, da dadurch eine nicht vorhandene Kreditwürdigkeit vorgetäuscht werden kann. Deshalb sieht das Gesetz ... eine Löschung solcher Gesellschaften auf Antrag der Handelskammer, des Finanzamts oder auch von Amts wegen vor“.

5) Vgl. Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, Wiesbaden.

Bei den Zugängen überwiegen die Fälle von Unternehmens-Neugründungen bei weitem. Auf die Stagnation seit 1981 wurde bereits eingegangen. Eine Besonderheit stellt die Zunahme der Fortsetzung in 1985 und im 1. Hj. 1986 dar, die ebenfalls im Zusammenhang mit der Änderung des GmbH-Gesetzes steht. Unternehmen, die den Stichtag 31. 12. 1985 zur Kapitalaufstockung versäumt haben, gelten Kraft Gesetzes als aufgelöst. Solange, wie bei der daran anschließenden Liquidation aber noch nicht mit der Verteilung des Vermögens begonnen worden ist, ist noch ein Beschluß auf Fortsetzung des Unternehmens möglich, wenn gleichzeitig die versäumte Anmeldung der Mindeststammkapitalerhöhung vorgenommen wird.

Pe.

Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1986

(ca. 720 Seiten, 39,00 DM, Bestell-Nr. Z 02 1 8600)

In seinem 28. Jahrgang bietet dieses statistische Standardwerk über Nordrhein-Westfalen wiederum einen breiten Querschnitt von Ergebnissen aus der amtlichen Statistik.

Eine umfassende Aktualisierung bei weitgehend beibehaltenem Tabellenaufbau sichert dem Benutzer die Möglichkeit, nicht nur Strukturen erkennen, sondern auch die zeitliche Entwicklung beurteilen zu können. Neu aufgenommen wurden u. a. weitere Merkmale zur Struktur der Arbeitslosen, die Arbeitslosenquoten nach Arbeitsamtsbezirken, die Ergebnisse der Beschäftigtenschätzung sowie aus dem Bereich Umweltschutz Angaben über das Sonderabfallaufkommen, die öffentlichen Kläranlagen und die Ergebnisse der Waldschadenserhebung.

Kreisstandardzahlen Nordrhein-Westfalen 1986

(124 Seiten, 9,00 DM, Bestell-Nr. Z 03 1 8600)

Bereits zum 36. Male werden in übersichtlicher Form statistische Angaben für die Kreise und kreisfreien Städte des größten deutschen Bundeslandes vorgelegt. Ob Sie Daten über die Steuereinnahmekraft eines Kreises, den Beitrag einer kreisfreien Stadt zum Bruttoinlandsprodukt des Landes oder Beschäftigtenzahlen und Umsätze in den großen Wirtschaftssektoren suchen oder wichtige Erhebungsergebnisse zur Gesundheit, Bildung, dem Kraftfahrzeugbestand usw. — ein Zugriff und viele Antworten!

Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens 1986

(ca. 340 Seiten, 13,00 DM, Bestell-Nr. Z 04 1 8600)

Auch das handliche Taschenbuch mit ausgewählten Eckdaten für die 396 Gemeinden NRWs hat sich längst einen festen Nutzerkreis erschlossen. Die Ende Dezember erscheinende Ausgabe 1986 (11. Jahrgang) bietet wieder etwa 80 Daten für jede Kommune, von der Altersgliederung der Bevölkerung (auf Basis eines Regionalmodells) über die Flächennutzung, den Industriebesatz und das Baugewerbe, die Gemeindefinanzen bis hin zum Wählerverhalten. Erstmals nachgewiesen werden Ergebnisse der Beschäftigtenschätzung.

TABELLENTEIL

1

Wahlberechtigte, Wähler- und Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1949 – 1983

Bundes- tagswahl		Wahl- berechtigte	Wähler ¹⁾	Gültige Stimmen	Davon				
					CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige
Erststimmen									
1949 ²⁾	Anzahl	8 681 794	6 909 719	6 726 543	2 481 523	2 109 172	581 456	<div></div>	1 554 392
	%	100	79,6	100	36,9	31,4	8,6		23,1
1953	Anzahl	9 599 109	8 250 961	7 994 686	4 034 990	2 609 048	683 465		667 183
	%	100	86,0	100	50,5	32,6	8,5		8,3
1957	Anzahl	10 407 006	9 158 928	8 936 963	4 911 300	3 049 317	528 307		448 039
	%	100	88,0	100	55,0	34,1	5,9		5,0
1961	Anzahl	11 085 775	9 799 429	9 565 976	4 602 409	3 593 596	1 063 302		306 669
	%	100	88,4	100	48,1	37,6	11,1		3,2
1965	Anzahl	11 322 627	9 920 068	9 660 392	4 655 973	4 178 408	596 375		229 636
	%	100	87,6	100	48,2	43,3	6,2		2,4
1969	Anzahl	11 259 648	9 827 911	9 591 257	4 253 791	4 575 554	412 187		349 725
	%	100	87,3	100	44,4	47,7	4,3		3,6
1972	Anzahl	11 992 806	11 005 807	10 877 706	4 517 830	5 743 844	530 974		85 058
	%	100	91,8	100	41,5	52,8	4,9		0,8
1976	Anzahl	12 118 533	11 066 546	10 959 285	4 907 990	5 251 009	703 914		96 372
	%	100	91,3	100	44,8	47,9	6,4		0,9
1980	Anzahl	12 374 314	11 008 682	10 892 068	4 587 267	5 278 416	798 323	187 264	40 798
	%	100	89,0	100	42,1	48,5	7,3	1,7	0,4
1983	Anzahl	12 576 604	11 254 374	11 155 470	5 386 165	5 017 483	273 042	435 916	42 864
	%	100	89,5	100	48,3	45,0	2,4	3,9	0,4
Zweitstimmen									
1949 ²⁾		x	x	x	x	x	x	<div></div>	x
1953	Anzahl	9 599 109	8 250 961	8 008 429	3 915 320	2 553 014	682 902		857 193
	%	100	86,0	100	48,9	31,9	8,5		10,7
1957	Anzahl	10 407 006	9 158 928	8 855 271	4 813 996	2 965 616	554 781		520 878
	%	100	88,0	100	54,4	33,5	6,3		5,9
1961	Anzahl	11 085 775	9 799 429	9 518 246	4 530 553	3 549 359	1 118 460		319 874
	%	100	88,4	100	47,6	37,3	11,8		3,4
1965	Anzahl	11 322 627	9 920 068	9 751 232	4 593 281	4 149 910	739 954		268 087
	%	100	87,6	100	47,1	42,6	7,6		2,7
1969	Anzahl	11 259 648	9 827 911	9 687 113	4 222 914	4 534 471	526 861		402 867
	%	100	87,3	100	43,6	46,8	5,4		4,2
1972	Anzahl	11 992 806	11 005 807	10 934 638	4 484 657	5 509 886	856 963		83 132
	%	100	91,8	100	41,0	50,4	7,8		0,8
1976	Anzahl	12 118 533	11 066 546	10 989 562	4 892 278	5 153 959	860 331		82 994
	%	100	91,3	100	44,5	46,9	7,8		0,8
1980	Anzahl	12 374 314	11 008 682	10 919 449	4 432 661	5 108 147	1 191 643	136 288	50 710
	%	100	89,0	100	40,6	46,8	10,9	1,2	0,5
1983	Anzahl	12 576 604	11 254 374	11 176 337	5 046 812	4 782 220	716 412	581 350	49 543
	%	100	89,5	100	45,2	42,8	6,4	5,2	0,4

1) Die %-Anteile entsprechen der Wahlbeteiligung — 2) Bei der Bundestagswahl 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

ZAHLENSPIEGEL

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	16 777	16 686
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 503	8 443
3	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,1	6,1
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	13 192	13 309
5	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,6
6	Totgeborene je 1 000 Geborene		4,7	4,3
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 710	15 930
8	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,2	11,5
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	148	136
10	* je 1 000 Lebendgeborene		11,2	10,2
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (—)	Anzahl	—2 517	—2 621
12	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		— 1,8	—1,9
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	16 719	18 395
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	25 276	18 260
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (—)	"	—8 557	+135
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	36 562	40 811
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	717	734
18	* darunter Männer	"	411	414
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	2 077	2 069
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	639	622
21	* Schweine	"	6 177	6 356
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 319	2 296
23	* Zuchtsauen	"	706	731
24	* darunter trächtig	"	466	474
Schlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft, Tieren aus der DDR und Berlin (Ost)				
25	* Rinder	1 000 St.	77	74
26	* Kälber	"	22	23
27	* Schweine	"	989	1 021
28	* darunter Hausschlachtungen	"	16	14
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	106	107
30	* darunter Rinder	"	22	21
31	* Kälber	"	3	3
32	* Schweine	"	81	82
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken	1 000	2 222	1 997
34	* für Masthühnerküken	"	2 782	2 852
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	3 003	3 321
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	271	264
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96,9	96,4
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	114	121
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	100
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 942	1 947
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 357	1 363
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	190 156	189 383
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 004	4 174
45	* Gehälter (brutto)	"	2 694	2 797
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	33 635	35 360
47	* darunter Auslandsumsatz	"	9 737	10 476

1) Bei den Werten des Jahres 1986 handelt es sich um vorläufige Werte. — 2) nach dem Ereignisort — 3) nach der Wohngemeinde der Mutter — Viehbestand am 3. Dezember 1984 bzw. 3. Dezember 1985 — 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat — 10) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und

1985			1986				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
16 684	16 685	16 684	16 663	1
10 077	8 163	12 374	13 331	2
7,3	5,8	8,7	9,4	3
12 858	13 995	13 618	13 798	4
9,4	9,9	9,6	9,7	5
5,8	4,3	3,8	4,7	6
14 667	14 972	14 266	14 814	7
10,7	10,6	10,1	10,5	8
141	122	107	120	9
11,0	8,7	7,9	8,7	10
—1 809	—977	—648	—1 016	11
—1,3	—0,7	—0,5	—0,7	12
15 886	22 965	22 076	15 606	13
17 486	21 155	22 399	14 582	14
—1 600	+1 810	—323	+1 024	15
35 382	43 844	42 121	32 770	16
730	742	729	712	699	719	721	17
408	410	399	385	373	380	381	18
2 093	.	.	.	2 075	.	.	19
610	.	.	.	608	.	.	20
.	.	6 495	.	.	.	6 572	21
.	.	2 273	.	.	.	2 359	22
.	.	733	.	.	.	745	23
.	.	476	.	.	.	488	24
59	60	76	71	66	71	69	25
19	22	26	28	25	25	27	26
939	1 036	1 017	1 032	1 028	1 075	996	27
6	5	6	8	7	6	5	28
96	104	108	111	108	113	106	29
17	17	22	21	20	22	20	30
2	3	3	3	3	3	3	31
76	84	82	86	85	88	82	32
1 642	2 015	2 188	1 649	1 158	1 358	1 679	33
2 670	3 408	3 063	3 550	3 227	3 343	3 000	34
3 015	3 370	3 345	3 336	3 473	3 866	3 655	35
292	288	271	321	305	301	276	36
97,7	97,4	96,8	97,7	97,9	294	268	37
15,2	14,5	13,7	16,6	16,4	15,6	14,3	38
115	118	113	110	118	120	101	39
108	82	95	110	108	96	83	40
1 942	1 952	1 968	1 955	1 959	1 973	1 977	41
1 360	1 370	1 382	1 367	1 371	1 384	1 386	42
175 267	173 614	193 930r	179 769	186 985	198 870	165 096	43
4 006	4 372	4 199r	4 305	4 315	4 458	4 416	44
2 863	2 727	2 663r	2 912	3 028	2 919	2 820	45
34 149	33 810	34 535r	32 737	35 079	34 779	29 026	46
10 205	9 594	10 090r	9 488	10 502	10 143	7 939	47

4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen — 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene — 6) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: ohne Innereien — 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern — 9) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 245	2 195
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	949	947
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	304	311
4	* Erd- und Erdölgas	"	645	636
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	437	393
6	* leichtes Heizöl	"	109	102
7	* schweres Heizöl	"	328	291
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 389	6 493
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 824	2 717
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	88	90
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	168	163
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	136	133
13	geleistete Arbeiterstunden	"	15 963	15 878
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	428	439
15	Gehälter (brutto)	"	169	171
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 143	2 135
17	darunter Auslandsumsatz	"	335	294
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	118	122
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	97	98
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	530	528
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	356	354
22	geleistete Arbeiterstunden	"	50 374	49 480
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 159	1 197
24	Gehälter (brutto)	"	869	905
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 684	14 371
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 241	4 582
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	124
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	104
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	822	839
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	561	575
31	geleistete Arbeiterstunden	"	79 931	81 178
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 629	1 736
33	Gehälter (brutto)	"	1 197	1 247
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	10 708	11 627
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 101	4 437
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	114
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	95	96
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	319	315
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	237	234
40	geleistete Arbeiterstunden	"	33 585	32 677
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	616	625
42	Gehälter (brutto)	"	325	335
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 307	4 434
44	darunter Auslandsumsatz	"	862	947
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	102	106
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	102
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 303	10 170
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	172	177
50	Gehälter (brutto)	"	134	139
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 793	2 793
52	darunter Auslandsumsatz	"	198	216
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	96,9	95,5
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	128,1	125,8

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; — ab 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich
kohle — 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 4) am Monatsende — 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe — 6) am Ende des

1985			1986				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
6 353	.	.	.	5 929	.	.	1
2 633	.	.	.	2 923	.	.	2
884	.	.	.	1 081	.	.	3
1 749	.	.	.	1 842	.	.	4
1 011	.	.	.	1 368	.	.	5
280	.	.	.	435	.	.	6
731	.	.	.	933	.	.	7
6 324	6 311	6 539r	6 494	6 396	6 560	6 033	8
2 485	2 527	2 357r	2 583	2 307	2 311	2 298	9
90	87	87	90	86	84	83	10
161	161	165	160	159	159	158	11
131	131	135	130	130	129	129	12
13 761	15 724	16 566	13 850	14 738	16 408	13 598	13
390	441	430	438	391	450	421	14
168	166	170r	182	165	171	173	15
1 925	2 046	1 951	1 815	1 689	1 760	1 618	16
295	311	286	273	210	211	187	17
121	122	116	109	113	114	100	18
105	91	96	101	102	95	84	19
527	530	532	524	525	528	528	20
354	357	358	351	351	354	353	21
46 473	46 909	50 827r	47 385	48 139	50 579	44 303	22
1 154	1 203	1 177r	1 229	1 243	1 218	1 203	23
895	862	850	983	947	912	882	24
14 435	14 385	14 458r	12 753	13 037	12 727	11 270	25
4 636	4 589	4 510r	3 917	4 123	3 952	3 491	26
118	124	113	116	131	136	105	27
114	76	97	122	118	101	82	28
836	841	848	856	858	866	866	29
574	578	583	588	591	597	597	30
75 123	72 713	82 667	78 254	82 100	87 418	70 040	31
1 679	1 891	1 794	1 822	1 850	1 936	1 965	32
1 311	1 248	1 201	1 266	1 413	1 361	1 306	33
10 966	10 791	10 856r	11 186	13 010	12 581	9 714	34
4 167	3 645	4 060r	4 228	4 980	4 709	3 236	35
99	98	110	105	108	109	98	36
104	67	91	102	102	90	74	37
316	316	318	315	315	316	318	38
234	235	236	233	233	235	236	39
30 397	27 868	33 360	30 746	32 119	33 780	27 090	40
612	660	620	633	655	674	645	41
352	322	313	336	364	343	327	42
4 101	3 803	4 511	4 120	4 482	4 788	3 827	43
896	840	1 024	869	988	1 067	841	44
116	92	99	122	112	104	97	45
102	104	105	100	102	104	107	46
67	69	70	65	66	69	71	47
9 513	10 400	10 510	9 534	9 889	10 685	10 065	48
171	177	178	183	176	180	182	49
137	129	129	145	139	132	132	50
2 722	2 785	2 759r	2 863	2 861	2 923	2 597	51
211	209	210	201	201	204	184	52
94,9	.	.	.	92,3	.	.	53
124,1	.	.	.	127,3	.	.	54

(für das Berichtsquartal) erhoben. — 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraun-Berichtsquartals

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	Öffentliche Energieversorgung			
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 828	11 167
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	9 836	9 997
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 877	1 814
	Bauhauptgewerbe			
	Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)			
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	251 343	234 019
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 973	24 256
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	11 593	8 470
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 624	8 499
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 757	7 286
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	605,8	540,5
10	* Gehälter (brutto)	"	140,3	136,3
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 076,7	1 858,8
	Bautätigkeit und Wohnungswesen			
	Baugenehmigungen			
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 761	2 292
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 359	2 074
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 193	2 321
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 015 365	724 340
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	551	397
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	430	407
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 181	2 127
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	423 105	374 397
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	360	352
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 898	4 701
	Handel und Gastgewerbe			
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1980 = 100	109,5	112,1
	davon des Einzelhandels mit			
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	115,3	115,7
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	103,3	109,2
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	102,4	100,4
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	107,4	110,7
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	118,6	123,6
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	114,5	120,0
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	121,0	122,7
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	122,3	126,8
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	101,0	104,0
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1980 = 100	115,6	120,9
	davon des Großhandels mit			
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	116,5	123,4
34	Fertigwaren	"	114,3	117,2
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1980 = 100	108,1	108,2
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	114,1	115,4
37	Gaststättengewerbe	"	106,2	105,6
38	Kantinen	"	115,6	123,0
	Handel mit der DDR und Berlin (Ost)			
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	182 534	173 385
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	156 534	190 994
	Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	10 838,7	11 995,2
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	308,2	337,8
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	10 530,5	11 659,9
44	* davon Rohstoffe	"	318,4	313,6
45	* Halbwaren	"	1 112,9	1 150,1
46	* Fertigwaren	"	9 099,2	10 196,2
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 104,2	3 412,0
48	* Enderzeugnisse	"	5 995,0	6 784,2
	Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern			
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 198,3	1 333,7
50	Dänemark	"	207,4	253,8
51	Frankreich	"	1 055,2	1 153,4
52	Griechenland	"	90,0	101,8
53	Großbritannien	"	897,7	1 049,9
54	Italien	"	687,8	769,8
55	Niederlande	"	1 229,6	1 337,5
56	Portugal	"	54,2	66,0
57	Republik Irland	"	55,3	68,1
58	Spanien	"	203,9	237,5

1) am Monatsende — 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus — 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse

1985			1986				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
9 237 8 965 1 609	9 437 8 261 1 692	9 320r 8 797 1 585	9 495 8 865 1 478	9 484 9 248 1 363	9 698 9 222 1 402	8 833 ... 1 326	1 2 3
235 562 25 230 9 324 8 349 7 557 540,9 137,9 1 957,2	236 225 25 714 8 528 9 305 7 881 592,4 134,2 1 908,8	238 938 28 970 10 208 9 833 8 929 607,1 132,3 2 091,4	223 303p 23 537p 7 874p 8 264p 7 399p 534,1p 138,6p 1 688,0p	223 887p 26 128p 8 503p 9 125p 8 500p 549,3p 134,0p 1 973,3p	225 808p 28 586p 9 092p 10 267p 9 227p 601,3p 131,0p 2 216,3p	227 701p 22 004p 6 557p 8 225p 7 222p 561,0p 131,3p 1 965,0p	4 5 6 7 8 9 10 11
2 691 2 456 2 706 854 025 454 450 1 890 311 169 319 5 202	2 331 2 116 2 347 726 661 406 452 2 629 406 985 426 4 806	2 247 2 066 2 230 697 419 374 471 2 563 522 745 424 4 350	2 681 2 494 2 530 797 921 426 418 2 273 404 645 375 4 705	2 721 2 569 2 467 772 595 410 401 1 681 280 987 275 4 496	2 500 2 343 2 275 712 446 381 442 2 176 336 557 362 4 084	2 646 2 487 2 322 731 118 390 446 2 171 381 356 367 4 245	12 13 14 15 16 17 18 19 20 21
102,0 109,3 87,1 86,0 87,1 103,1 114,8 112,8 130,5 93,2 114,5 119,3 107,5 109,0 121,9 105,6 111,7	107,6 110,0 95,2 94,2 94,3 118,7 115,1 123,2 135,1 102,5 123,1 127,7 116,4 97,8 102,2 96,6 100,7	106,6 117,2 88,7 91,2 100,6 125,6 116,6 127,0 112,4 103,2 122,8 130,2 111,7 109,3 117,6 107,2 109,0	115,1 121,7 115,2 91,9 95,4 103,4 121,5 115,1 146,3 102,6 105,3 96,7 118,0 125,6 157,2 118,1 113,7	107,9 115,9 94,5 94,4 93,6 106,7 120,6 108,4 150,6 91,1 105,3 94,5 121,4 109,7 127,8 104,3 125,9	115,9 120,6 105,0 100,9 99,8 114,4 130,8 109,8 156,2 102,6 106,7 92,7 127,5 112,2 120,7 109,2 128,3	99,1 107,9 87,8 81,4 92,0 112,0 118,0 103,1 115,4 89,1 93,1 82,1 109,5 101,5 115,4 98,5 90,3	22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38
180 291 160 597 11 493,1 307,0 11 186,1 340,8 1 125,5 9 719,8 3 271,8 6 448,0	168 697 191 643 11 875,3 357,7 11 517,6 311,2 1 142,2 10 064,2 3 445,3 6 618,9	164 421 164 686 11 391,8 318,9 11 072,9 299,3 1 031,1 9 742,5 3 168,2 6 574,3	179 792 157 983 10 667,8 273,6 10 394,2 248,5 869,5 9 276,2 2 991,2 6 285,0	150 391 161 336 12 112,0 311,7 11 800,3 259,4 903,0 10 637,9 3 348,9 7 289,0	182 265 221 348 12 180,3 315,4 11 864,9 266,6 809,8 10 788,5 3 202,3 7 586,2	169 217 155 275 9 469,3 282,2 9 187,1 216,1 674,1 8 296,9 2 561,5 5 735,4	39 40 41 42 43 44 45 46 47 48
1 333,9 232,8 1 127,0 106,4 1 031,1 788,0 1 250,6 62,8 59,2 227,3	1 047,4 201,0 1 219,3 146,1 1 039,5 806,2 1 285,5 70,6 57,4 220,7	1 230,0 281,8 881,2 91,7 1 085,7 470,1 1 356,7 58,2 56,2 162,7	1 173,3 218,0 1 053,1 88,7 957,3 750,8 1 207,4 61,2 58,5 298,7	1 389,9 273,5 1 303,4 103,5 1 119,5 868,7 1 339,6 85,2 69,4 331,5	1 087,5 235,8 1 281,1 103,3 1 208,4 874,9 1 294,9 82,2 65,4 326,5	1 029,3 216,1 764,5 79,0 806,6 413,1 1 086,8 53,0 49,6 203,2	49 50 51 52 53 54 55 56 57 58

gültige Ergebnisse -- 4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel -- 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat:

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	5 421,2	6 062,5
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 348,9	1 528,1
3	übrige Länder	"	4 068,7	4 407,0
	Fremdenverkehr¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	750	748
5	* darunter von Auslandsgästen	"	140	141
6	* Gästeübernachtungen	"	2 342	2 385
7	* darunter von Auslandsgästen	"	321	330
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	11 639	11 086
9	* davon Güterempfang	"	6 615	6 592
10	* Güterversand	"	5 024	4 494
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 415	10 860
12	davon Bergverkehr	"	7 484	7 418
13	Talverkehr	"	3 931	3 442
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	56 756	55 130
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	50 120	49 804
16	Lastkraftwagen	"	2 194	2 189
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	3 363	2 179
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	40 111	41 010
19	* davon mit Personenschaden	"	7 812	6 783
20	mit nur Sachschaden	"	32 299	34 227
21	* getötete Personen	"	182	141
22	* verletzte Personen	"	9 864	8 502
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 956	2 445
	Deutsche Bundesbahn³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	7 366	7 180
25	Güterversand	"	9 307	9 190
26	Güterwagenstellung	1 000	340	333
	Deutsche Bundespost⁴⁾			
27	Briefsendungen	Mill.	239	368
28	Paketsendungen	1 000	4 727	4 627
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	229	240
30	aufgegebene Telegramme	1 000	140	136
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen⁵⁾			
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	407 144	421 981
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	398 767	413 403
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	89 864	89 364
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	88 049	86 974
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 815	2 390
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	40 333	38 485
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	36 033	34 301
38	* an öffentliche Haushalte	"	4 300	4 184
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	269 898	286 008
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	215 609	231 185
41	* an öffentliche Haushalte	"	54 289	54 823
42	durchlaufende Kredite	"	7 049	8 124
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 447	7 228
44	an öffentliche Haushalte	"	602	896

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze — 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt — 3) Ergebnisse für die Bereiche Angaben umfassen die in NW gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentral Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

1985			1986				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
5 929,0	5 802,4	5 453,4	5 866,0	6 884,1	6 560,0	4 701,3	1
1 534,6	1 401,0	1 535,1	1 510,8	1 666,7	1 692,9	1 406,3	2
4 029,5	4 671,9	4 403,3	3 291,0	3 561,2	3 927,3	3 361,7	3
788	647	794	909	844	786	654	4
167	178	185	184	145	174	165	5
2 750	2 676	2 823	2 923	2 742	2 834	2 656	6
382	479	450	515	333	483	408	7
11 669	11 608	11 996	10 981	11 640	10 880	11 326	8
6 985	7 111	7 020	6 667	6 561	6 604	6 435	9
4 684	4 497	4 976	4 314	5 079	4 276	4 891	10
13 247	11 730	12 547	13 170	13 088	11 928	11 807	11
8 887	8 282	8 658	8 989	8 695	8 607	7 649	12
4 360	3 448	3 889	4 181	4 393	3 321	4 158	13
54 615	59 677	46 293	65 659	66 880	65 662	46 372	14
48 724	53 816	40 860	59 011	60 700	59 988	42 760	15
2 274	2 145	2 149	2 309	2 406	2 564	1 790	16
2 658	2 692	2 407	3 323	2 742	2 015	1 113	17
39 976	34 535	41 790	43 546	42 825	44 317	36 125	18
7 696	7 205	8 602	8 706	8 721	8 626	6 835	19
32 280	27 330	33 188	34 840	34 104	35 691	29 290	20
158	143	145	151	153	151	149	21
9 862	9 153	10 723	10 933	11 023	10 831	8 704	22
2 774	2 634	3 014	3 185	3 171	2 916	2 518	23
6 896	7 318	7 329	6 392	6 654	7 085	6 198	24
8 901	9 562	9 275	8 176	8 263	8 521	7 557	25
316	345	336	287	293	308	270	26
324	350	336	218	236	245	209	27
3 462	3 861	3 918	3 606	3 706	3 981	3 462	28
245	234	244	259	243	252	...	29
135	150	143	146	135	144	134	30
414 971	412 069	412 369	421 606	424 765	424 276	424 515	31
406 758	404 092	404 235	413 188	416 438	415 926	415 949	32
92 745	89 057	88 151	86 945	89 647	86 898	85 596	33
90 099	87 161	86 599	85 671	86 802	85 558	84 475	34
2 646	1 896	1 552	1 274	2 845	1 340	1 121	35
38 589	38 200	38 307	36 960	36 726	36 711	36 517	36
34 513	34 255	34 329	33 400	33 274	33 346	33 288	37
4 076	3 945	3 978	3 560	3 452	3 365	3 229	38
276 115	277 251	278 320	289 303	289 957	292 204	293 909	39
222 085	223 553	224 552	235 552	236 781	238 305	239 775	40
54 030	53 698	53 768	53 751	53 176	53 899	54 134	41
7 522	7 561	7 591	8 398	8 435	8 463	8 493	42
6 844	6 869	6 884	7 321	7 315	7 321	7 310	43
678	692	707	1 077	1 120	1 142	1 183	44

der DB-Direktionen Essen und Köln — 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster — 5) Die bank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) und bis Dezember 1985 ohne die Kreditgenossenschaften, deren

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	348 765	366 837
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	202 385	212 770
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	166 313	174 510
4	* von öffentlichen Haushalten	"	36 072	38 260
5	* Spareinlagen	"	146 380	154 067
6	* bei Sparkassen	"	89 259	93 990
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	8 900	9 422
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 476	8 783
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	420	478
10	* Vergleichsverfahren	"	2	3
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	4 274	4 208
12	* Wechselsumme	Mill. DM	34	36
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	470 202	463 137
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	449 079	443 080
15	von Lastenzuschuß	"	21 124	20 060
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	119	122
17	Mietzuschuß je Fall	"	118	121
18	Lastenzuschuß je Fall	"	140	139
Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 834	9 865
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 620	5 665
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 930	2 950
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	7 639,0	7 989,3
23	* Steuern vom Einkommen	"	4 487,4	4 861,6
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	3 160,7	3 428,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	688,9	725,0
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	117,2	142,5
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	520,5	565,4
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 151,6	3 127,7
29	* Umsatzsteuer	"	1 465,4	1 330,5
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 686,3	1 797,2
31	* Bundessteuern	"	1 194,1	1 246,7
32	darunter Ergänzungsabgaben	"	0,2	0,4
33	* Zölle	"	119,4	120,9
34	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	991,7	1 030,2
35	darunter Mineralölsteuer	"	558,6	612,7
36	* Landessteuern ⁴⁾	"	391,6	394,0
37	* darunter Vermögensteuer	"	102,0	100,7
38	* Kraftfahrzeugsteuer	"	161,6	161,2
39	* Biersteuer	"	32,2	31,9
40	* Gemeindesteuern ⁴⁾⁵⁾	"	2 643,6	2 756,4
41	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 990,3	2 105,4
42	* Grundsteuer A	"	13,0	13,4
43	* Grundsteuer B	"	461,1	475,0
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾				
44	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	15 780,8	16 394,5
45	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
46	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 193,0	6 145,9
47	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
48	* Steuereinnahmen des Landes	"	9 793,2	10 280,6
49	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
50	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 612,9	2 590,2
51	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
52	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 094,6	4 324,1
53	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 732,4	1 869,1
54	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶⁾	"	1 708,9	1 804,0

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 2) Anmerkungen und weitere ern) einschl. 5/14 (9/14) des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer — 5) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt

1985			1986				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
347 914	346 495	346 914	367 331	370 937	369 690	371 190	1
201 182	200 263	200 289	209 631	212 688	212 034	212 963	2
162 984	163 411	162 721	169 883	172 802	173 239	173 563	3
38 198	36 852	37 568	39 748	39 886	38 795	39 400	4
146 732	146 232	146 625	157 700	158 249	157 656	158 227	5
89 718	89 329	89 551	94 677	94 843	94 262	94 558	6
7 211	10 913	8 469	7 330	7 958	9 901	7 709	7
7 252	11 414	8 077	6 995	7 410	10 494	7 137	8
571	438	513	406	548	480	488	9
3	6	2	—	4	5	—	10
4 151	4 247	3 596	3 831	3 465	3 500	3 121	11
33	38	29	31	27	27	24	12
468 935	467 697	469 532	533 564	536 744	545 541	557 412	13
447 902	447 244	449 790	505 010	507 106	515 459	527 304	14
21 033	20 453	19 742	28 554	29 638	30 082	30 108	15
123	122	122	141	141	143	143	16
122	122	121	139	140	141	142	17
140	139	137	166	166	167	166	18
9 823	9 812	9 845	9 882	9 881	9 885	9 910	19
5 617	5 605	5 636	5 686	5 683	5 688	5 708	20
2 950	2 951	2 950	2 959	2 960	2 962	2 962	21
10 665,7	7 202,2	6 053,0	5 816,5	11 118,7	7 197,7	6 514,2	22
7 477,3	4 085,0	3 397,2	2 583,8	7 817,4	4 239,0	3 296,1	23
3 572,7	3 705,1	3 201,4	2 842,5	3 625,8	3 894,6	3 256,5	24
2 283,7	—259,8	—161,2	—228,4	2 170,5	—171,4	—104,1	25
161,3	378,3	260,6	63,0	230,3	358,6	458,6	26
1 459,6	261,3	96,4	—93,3	1 790,9	157,2	—314,9	27
3 188,4	3 117,2	2 655,8	3 232,7	3 301,2	2 958,8	3 218,1	28
1 413,7	1 193,4	874,5	1 560,9	1 673,1	1 360,7	1 589,3	29
1 774,7	1 923,8	1 781,3	1 671,8	1 628,1	1 598,1	1 628,8	30
1 282,6	1 250,4	1 260,0	1 170,7	1 361,4	1 313,2	1 330,2	31
0,2	0,4	0,1	0,1	—1,1	0,1	0,2	32
115,1	112,6	120,9	124,8	112,6	123,7	128,2	33
1 108,1	1 069,4	1 011,2	940,8	1 179,8	1 121,7	1 075,7	34
641,2	650,2	597,6	556,3	772,5	690,8	672,4	35
321,9	334,0	549,5	615,3	422,1	503,8	732,8	36
27,4	12,0	243,4	258,0	11,0	19,1	253,7	37
175,0	196,5	157,9	210,3	282,9	298,4	317,2	38
37,4	32,3	36,6	34,7	38,4	31,2	41,1	39
2 706,5	.	.	.	2 921,2	.	.	40
2 058,6	.	.	.	2 223,5	.	.	41
13,8	.	.	.	14,6	.	.	42
471,1	.	.	.	515,1	.	.	43
15 677,4	.	.	.	16 291,7	.	.	44
5 745,2	.	.	.	6 181,2	.	.	45
6 202,1	.	.	.	6 039,0	.	.	46
147,6	.	.	.	149,9	.	.	47
9 636,6	.	.	.	10 429,0	.	.	48
5 745,2	.	.	.	6 181,2	.	.	49
2 498,6	.	.	.	2 553,4	.	.	50
147,6	.	.	.	149,9	.	.	51
4 044,4	.	.	.	4 272,3	.	.	52
1 633,1	.	.	.	1 650,8	.	.	53
1 763,3	.	.	.	1 923,8	.	.	54

Merkmale auf der letzten Seite — 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung — 4) Landessteuern (Gemeindesteuern — 6) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,3	115,9
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,5	126,4
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	115,6	117,2
5	Bekleidung, Schuhe	"	117,1	120,0
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen			
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,0	115,6
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,6	126,6
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	115,5	117,2
10	Bekleidung, Schuhe	"	117,6	120,7
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude			
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	114,8
12	davon Rohbauarbeiten	"	111,3	110,7
13	Ausbauarbeiten	"	118,7	120,8
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	"	114,9	115,5
15	für Bürogebäude	Bauleistungen am Bauwerk	115,9	116,9
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		116,2	116,8
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	100,6	102,1
	Löhne und Gehälter			
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾			
	Bruttowochenverdienste			
18	* männliche Arbeiter	DM	694	719
19	* darunter Facharbeiter	"	732	760
20	* weibliche Arbeiter	"	473	491
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	461	478
	Bruttostundenverdienste			
22	* männliche Arbeiter	DM	16,70	17,42
23	* darunter Facharbeiter	"	17,66	18,39
24	* weibliche Arbeiter	"	11,82	12,40
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	11,48	12,10
	bezahlte Wochenarbeitszeit			
26	männliche Arbeiter	h	41,5	41,3
27	weibliche Arbeiter	"	40,0	39,6
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾			
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau			
	kaufmännische Angestellte			
28	* männlich	DM	4 253	4 428
29	* weiblich	"	2 922	3 030
	technische Angestellte			
30	* männlich	DM	4 450	4 649
31	* weiblich	"	2 998	3 101
	in Handel, Kredit und Versicherungen			
	kaufmännische Angestellte			
32	* männlich	DM	3 485	3 644
33	* weiblich	"	2 358	2 468
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen			
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		-0,5	+0

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen — 2) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt — 3) mit der jeweiligen von 10 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Glättung der Vormonatwerte; zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1985			1986				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
121,2	121,1	120,7	120,5	120,7	120,2	119,9	1
116,9	116,3	115,2	117,5	117,7	117,3	116,3	2
125,5	126,1	126,4	123,1	122,4	121,2	121,7	3
117,2	117,3	117,5	118,2	118,4	118,4	118,5	4
119,8	119,9	120,2	122,0	122,1	122,1	122,4	5
121,3	121,1	120,7	120,6	120,8	120,3	119,9	6
116,5	116,0	114,9	117,1	117,2	116,8	115,8	7
125,9	126,4	126,7	124,2	123,6	122,6	122,9	8
117,2	117,3	117,4	118,2	118,4	118,4	118,4	9
120,5	120,6	120,9	122,8	122,9	123,0	123,2	10
.	.	115,1	115,7	.	.	116,2	11
.	.	110,9	111,1	.	.	111,5	12
.	.	121,1	122,3	.	.	123,0	13
.	.	115,8	116,4	.	.	117,0	14
.	.	117,2	118,1	.	.	118,7	15
.	.	117,1	118,1	.	.	119,0	16
.	.	102,4	103,6	.	.	103,7	17
.	725	.	.	.	750	.	18
.	768	.	.	.	796	.	19
.	494	.	.	.	515	.	20
.	481	.	.	.	502	.	21
.	17,54	.	.	.	18,13	.	22
.	18,54	.	.	.	19,17	.	23
.	12,50	.	.	.	13,05	.	24
.	12,20	.	.	.	12,76	.	25
.	41,3	.	.	.	41,4	.	26
.	39,5	.	.	.	39,4	.	27
.	4 440	.	.	.	4 613	.	28
.	3 038	.	.	.	3 168	.	29
.	4 690	.	.	.	4 849	.	30
.	3 117	.	.	.	3 248	.	31
.	3 651	.	.	.	3 862	.	32
.	2 477	.	.	.	2 569	.	33
+0,1	+0,1	+0,2	+0,7	+0,8	+0,9	+1,0	34

Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober — 4) faktorenanalytische Verknüpfung

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monats- oder Jahresdurchschnitt bzw. Stichtag	
Bevölkerung				
1	Wohnbevölkerung ¹⁾	1 000	61 049	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	5,9	6,0p
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	9,5	9,6p
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,3	11,5p
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	25 352p	25 531p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	2 266	2 304
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	387	387
8	Milcherzeugung	"	2 179	2 140
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	6 854	6 940
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	653	659
11	Umsatz	Mill. DM	116 481	124 691
12	darunter Auslandsumsatz	"	33 544	37 006
13	Index der Nettoproduktion	1980 = 100	98,6	103,7
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe	1 000	1 106	1 026
15	Beschäftigte	Mill.	122	106
16	geleistete Arbeitsstunden	"	52	40
Handel				
17	Einzelhandel	1980 = 100	111,3	114,0
18	Umsatz insgesamt	Mill. DM	2 924	3 137
19	Warenverkehr mit Berlin (West)	"	2 174	2 307
20	Bezüge	Mill. DM	645	636
21	Lieferungen	"	534	659
22	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)	Mill. DM	36 188	38 651
23	Bezüge	"	40 685	44 764
24	Lieferungen	"	11,3	11,4
Außenhandel				
25	Einfuhr	Mill. DM	36 188	38 651
26	Ausfuhr	"	40 685	44 764
Verkehr				
27	Beförderte Güter	1 000 t	27 482	27 884
28	Eisenbahnen ²⁾	"	19 707	18 534
29	Binnenschifffahrt	"	11 026	11 528p
30	Seeschifffahrt	"	11 026	11 528p
31	Beförderte Personen	Mill.	90,5	92,0
32	Eisenbahnen ²⁾	"	90,5	92,0
Geld und Kredit				
33	Bargeldumlauf ¹⁾	Mrd. DM	99,8	104,2p
34	Spareinlagen ¹⁾	"	568,8	601,6p
35	Kredite an	"	568,8	601,6p
36	Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾	Mrd. DM	1 468,8	1 548,2p
37	öffentliche Haushalte ¹⁾	"	446,8	465,8
Steuern				
38	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	29 789	31 303
39	Steuern vom Einkommen	"	16 218	17 854
40	Lohnsteuer	"	11 363	12 303
41	veranlagte Einkommensteuer	"	2 197	2 381
42	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	466	517
43	Körperschaftsteuer	"	2 193	2 653
44	Bundessteuern	"	4 505	4 586
45	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 222	4 264
46	Landessteuern	"	1 548	1 540
Preise				
47	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	121,2	122,1
48	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	114,0	114,5
49	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1980 = 100	119,2	121,8
50	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	106,9	103,1
51	Preisindex für die Lebenshaltung	"	118,4	121,0
52	aller privaten Haushalte	"	118,4	121,0
53	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	118,4	120,9

1) Jahres- bzw. Monatsende — 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs — — — Quelle: Statistisches Bundesamt

1985			1986				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
61 015 7,6 9,2 10,6	61 025 6,8 10,4 11,2	61 031 8,5 9,6 10,1	... 10,2 9,9 10,7	... 8,8 10,5 11,2	... 7,0 10,8 10,7	... 8,4 10,3 10,1	1 2 3 4
2 160	2 221	25 717p 2 217	25 701p 2 122	25 774p 2 078	25 859p 2 132	26 000p 2 120p	5 6
348 2 306	385 2 311	370 2 164	400 2 507	398 2 381	395 2 388	378 2 233	7 8
6 907 615 120 797 36 296 105,0	6 961 658 125 065 36 636 99,2	7 002 611 111 401 31 488 89,6	7 021 629 114 976 33 706 104,6	7 044 659 125 026 38 040 110,3	7 096 675 121 608 35 707 100,3	7 122 594 104 803 29 178 91,1	9 10 11 12 13
1 047 117 46	1 055 134 51	1 066 116 42	1 000 109 40	1 012 121 44	1 022 129 45	1 032 109 37	14 15 16
104,8	114,7	107,0r	117,6	110,9r	116,1	104,5p	17
3 015 2 132	3 347 2 330	2 887 2 041	2 877 2 116	3 060 2 220	3 170 2 211	2 798 1 983	18 19
600 599	650 697	618 771	552 534	519 529	562 664	513 536	20 21
36 603 42 116	41 136 47 896	35 620 38 967	32 571 40 632	34 470 44 395	34 528 45 417	27 975 36 117	22 23
26 702 21 270 11 521	28 656 21 232 11 156p	25 968 20 852 10 896p	25 171 21 263 11 485p	26 335 ... 11 137p 11 595p 11 220p	24 25 26
86,3	96,5	85,0	89,3	89,7	27
99,8 571,1	100,4 569,0	101,2 570,5	105,5 631,8	105,4 633,3	108,1 632,4	108,3p 635,4p	28 29
1 503,2 454,0	1 500,8 456,1	1 503,7 455,9	1 589,7 462,5	1 606,2 460,7	1 608,5 464,4	1 612,2p 463,7p	30 31
39 533 27 315 11 996 7 416 648 7 255 4 699 4 459 1 259	27 442 14 004 13 119 -778 1 110 552 4 569 4 316 1 424	26 733 12 906 12 211 -569 1 136 129 4 604 4 184 2 059	26 224 11 235 11 034 -860 498 564 4 455 4 090 2 347	40 987 28 281 12 401 7 284 771 7 825 4 712 4 458 1 602	28 837 14 670 13 941 -655 1 412 -28 4 698 4 427 1 763	28 433p 13 348 12 717 -446 1 157 -79 4 744p 4 306p 2 363p	32 33 34 35 36 37 38 39 40
123,4	122,3	120,9	105,2	103,9	101,6	100,7	41
122,0	122,1	114,8	116,1	116,7	42
104,0	103,7	121,9	118,6	118,5	117,7	117,5	43
		102,7	97,3	98,9	99,0	97,7p	44
121,3	121,1	120,7	120,9	121,1	120,5	120,2	45
121,3	121,1	120,7	120,9	121,2	120,7	120,3	46

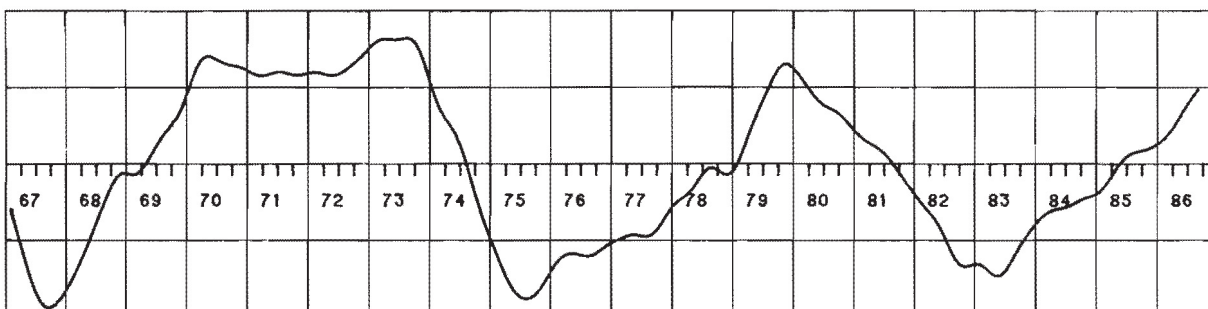
Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Ergänzende Daten zu Sozialleistungen

Merkmal	Einheit	1985	1986					
		Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Gesetzliche Krankenversicherung¹⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)								
Mitglieder insgesamt	1 000	9 865	9 895	9 881	9 882	9 881	9 885	9 910
darunter								
Pflichtmitglieder	"	5 665	5 692	5 686	5 686	5 683	5 688	5 708
darunter								
krankenversicherte Arbeitslose . . .	"	481	521	508	490	473	463	464
Rentner und Rentenantragsteller . . .	"	2 950	2 958	2 958	2 959	2 960	2 962	2 962
Altenteiler	"	50	49	49	49	49	49	49
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,68	6,95	4,79	4,77	4,32	4,77	4,49
Männer	"	5,00	7,14	5,04	5,07	4,61	5,22	4,92
Frauen	"	4,21	6,68	4,44	4,33	3,89	4,12	3,87
Darunter								
RVO-Kassen								
Ortskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	3 451	3 451	3 446	3 448	3 446	3 454	3 453
darunter								
Pflichtmitglieder	"	2 028	2 036	2 034	2 037	2 035	2 042	2 043
Rentner	"	1 232	1 224	1 222	1 221	1 221	1 220	1 218
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,00	7,05	4,92	5,13	5,13	5,41	5,04
Männer	"	4,94	6,81	4,83	5,02	5,02	5,41	5,08
Frauen	"	5,13	7,58	5,13	5,38	5,38	5,42	4,95
Innungskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	805	801	796	794	792	791	789
darunter								
Pflichtmitglieder	"	587	581	577	575	572	571	569
Rentner	"	149	150	150	150	150	150	150
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,02	5,74	4,26	4,17	3,90	4,16	4,05
Männer	"	4,19	5,85	4,42	4,33	4,05	4,39	4,26
Frauen	"	3,37	5,36	3,63	3,60	3,36	3,33	3,29
Betriebskrankenkassen²⁾								
Mitglieder insgesamt	1 000	1 263	1 270	1 269	1 270	1 271	1 269	1 269
darunter								
Pflichtmitglieder	"	721	724	724	724	725	724	723
Rentner	"	435	437	437	438	438	438	439
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,56	8,57	5,41	5,69	4,97	5,63	5,08
Männer	"	5,61	8,55	5,46	5,76	5,07	5,80	5,19
Frauen	"	5,40	8,62	5,26	5,49	4,67	5,10	4,75

1) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW sowie Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundespost, Bundesbahn, des Bundesverkehrsministeriums, Bundesknappschaft, Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft und der Krankenkasse für den Gartenbau mit Anteil Nordrhein-Westfalens — 2) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW

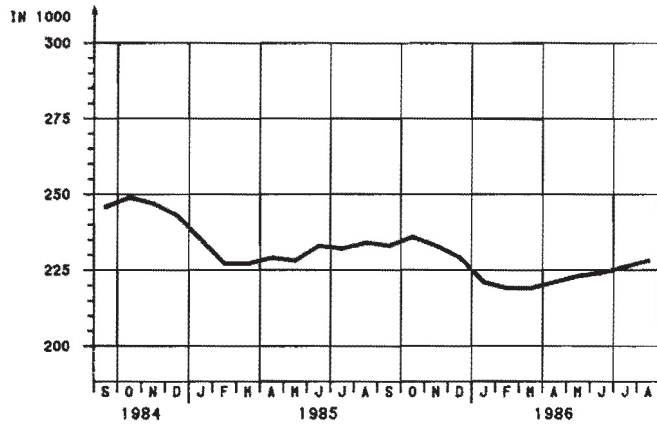
MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG JANUAR 1967 BIS AUGUST 1986



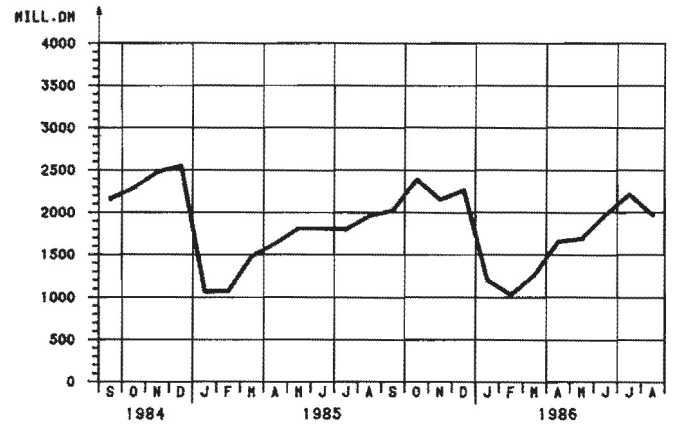
GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG* LDS NW

BAUHAUPTGEWERBE
SEPTEMBER 1984 BIS AUGUST 1986
 (NACH DER TOTALERHEBUNG HOCHGERECHNET)

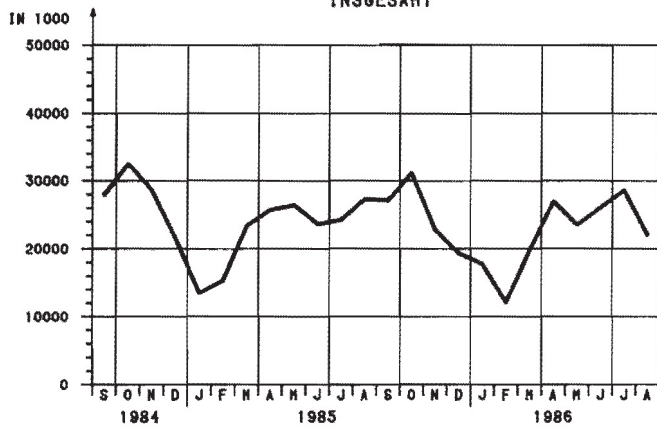
BESCHÄFTIGTE



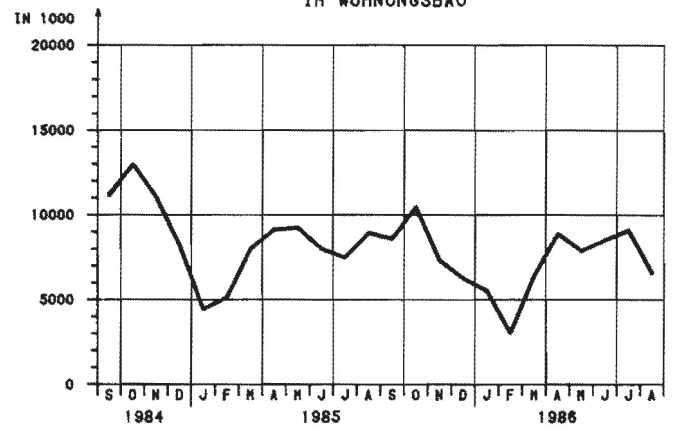
BAUGEWERBLICHER UMSATZ



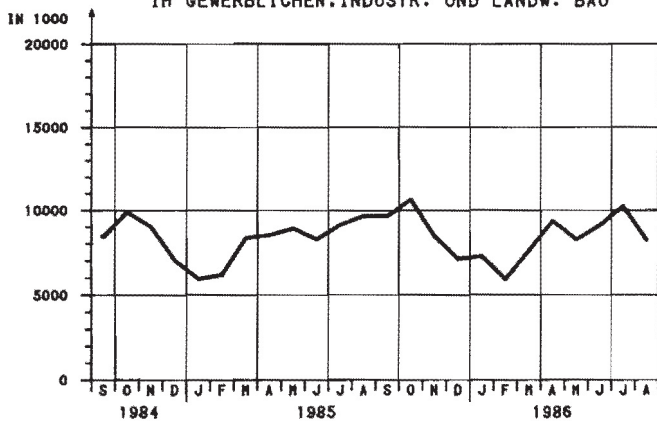
**GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
INSGESAM**



**GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM WOHNUNGSBAU**



**GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM GEWERBLICHEN, INDUSTRI. UND LANDW. BAU**



**GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM ÖFFENTLICHEN UND VERKEHRSBAU**

